Für wertvolle Hinweise, anregende Gespräche und die Begutachtung dieser Diplomarbeit möchte ich mich bei Prof.ⁱⁿ Hannelore Eva Kreisky bedanken. Ich freue mich, dass sich meine geliebte Partnerin Mehtap Can um ein zusätzliches Lektorat bemüht und sie mich in meinen Schreibprozessen immer wieder moralisch unterstützt hat. Meinen Eltern bin ich wegen der materiellen Unterstützung, die sie mir im Laufe des Studiums zukommen haben lassen, verbunden. Werner Zirngast sei für tiefgehende Unterhaltungen und - damit einhergehend - mehrere Motivationsanschübe gedankt.

Diese Arbeit ist in der vorgelegten Form einzigartig. Mit der Unterfertigung dieser Seite bestätige ich, dass ich die Diplomarbeit selbständig sowie ausschließlich und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen verfasst habe.

Einleitung	S. 1
Forschungsfrage	S. 5
Zielsetzung	S. 8
Begriffe	S. 9
Methodik	S. 10
1. Die historische Entwicklung	S. 13
1.1 Regionale wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn der Industrialisierung	S. 13
1.2 Der umkämpfte Begriff des Jugoslawismus in den verschiedenen Regionen	S. 19
1.3 Das Nord-Süd-Verhältnis innerhalb Jugoslawiens zwischen 1918 und 1943	S. 24
1.4 Exkurs - Die Ursprünge des Selbstverwaltungsbegriffs und Anfänge sozialistischer Entwicklung in diversen Ländern	S. 33
1.5 Das Nord-Süd-Verhältnis während des Zweiten Weltkriegs	S. 42
1.6 Administrativer Sozialismus mit anschließendem Übergang zur Selbstverwaltung?	S. 52
1.7 Wirtschaftswachstum, institutionelle Verfestigung und Veränderung der Selbstverwaltung in den 1950er-Jahren	S. 63
1.8 Krisen, Kritik, Nachdenken – alle Schritte zur Selbstverwaltung getan?	S. 70
2. Prägende Ereignisse in den späten Jahren des Zweiten Jugoslawiens	S. 83
2.1 Die unmittelbare Vorgeschichte zur Verfassungsreform 1974	S. 83
2.2 Die letzte neue Verfassung des Jahres 1974 und ihre Folgen	S. 88
2.3 Die 1980er-Jahre – Jugoslawien am Abstellgleis	S. 104
Schlussfolgerungen	S. 110
Literatur	S. 116
Anhang	S. 120
Abstract (Deutsch)	S. 120
Abstract (Englisch)	S. 121
Lebenslauf	S. 122

Abkürzungsverzeichnis

AVNOJ – Antifašističko vijeće narodnog oslobođenja Jugoslavije (Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens)
BdK(J) – Bund der KommunistInnen (Jugoslawiens)
BiH – Bosna i Hercegovina (Bosnien und Herzegowina)
BRD – Bundesrepublik Deutschland
CIA – Central Intelligence Agency (ein US-Geheimdienst)
DFJ – Demokratisches Föderatives Jugoslawien
FNRJ – Federalna Narodna Republika Jugoslavija (Föderale Volksrepublik Jugoslawien)
GMP – Gross Material Product (Bruttomaterialprodukt – äquivalent zum Bruttoinlandsprodukt)
HSS – Hrvatska seljačka stranka (Kroatische Bäuerinnen- und Bauernpartei)
IWF – Internationaler Währungsfonds
Kap. - Kapitel
KP(J) – Kommunistische Partei (Jugoslawiens)
LCY – League of Communists of Yugoslavia (Bund der KommunistInnen Jugoslawiens)
NDH – Nezavisna Država Hrvatska (Unabhängiger Staat Kroatien)
NOV – narodno-oslobodilačka vojska (Volksbefreiungsarmee)
p. a. - per annum
SFRJ – Socijalistička Federativna Republika Jugoslavija (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien)
SHS - Država Srba, Hrvata i Slovenaca (Königreich der KroatInnen, SerbInnen und SlowenInnen)
SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SU – Sowjetunion
SV – Selbstverwaltung
UdSSR – Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

EINLEITUNG

Werden die Begriffe des Kapitalismus und des Sozialismus als ausschließlich dichotom aufgefasst, so kann dies die Variationen und Ausprägungen der beiden oft gegensätzlich erscheinenden Gesellschaftsmodelle nicht berücksichtigen. Vor allem durch die Entwicklungen nach Ende des Zweiten Weltkriegs (Ost-West-Konflikt/De-Kolonialisierung) und die Übernahme von prinzipiell kapitalistischen oder sozialistischen Entwicklungsmodellen durch die überwiegende Mehrzahl der Staaten weltweit wurden nicht nur neue entwicklungstheoretische Paradigmen geschaffen sondern auch in der komplexen Praxis gesellschaftlicher Tauschbeziehungen in diversen Formen umgesetzt. Dabei ist einerseits zu berücksichtigen, dass den handlungsleitenden AkteurInnen auf der Umsetzungsebene ein mehr oder weniger breites Spektrum an Abänderungs- oder Vertiefungsmöglichkeiten der unterschiedlich stark ausgeprägten wirtschaftspolitischen Vorgaben eines Entwicklungsmodells offen stand. Andererseits konnten Versuche, Mittelwege zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu gehen, beobachtet werden – Versuche, die aufgrund der Blockkonfrontation entweder innenpolitisch im Keim erstickt wurden, mit dem Bruch zur „großen Schwester“ (wie im Falle Jugoslawiens) endeten oder eine militärische Intervention mit nachfolgend jahrelanger brutaler Repression (wie im Falle Chiles nach dem Putsch Pinochets 1973) nach sich zogen.

Das energische Vorgehen der jugoslawischen Führungselite in den späten 1940er-Jahren bedeutete – im Bewusstsein, dass die sowjetische Führung unter ihren Augen keine „alternativen Experimente“ zulassen würde – die garantierte Autonomie des Staates auf dem Balkan. Damit war aber auch eine Gratwanderung für die ArchitektInnen der für die Praxis eines peripheren Landes erst zu definierenden Selbstverwaltung gestartet: Einen Schritt zu weit in die „östliche“ Richtung (Umsetzung eines Stalinismus mit jugoslawischer Prägung) konnte das Einstellen bitter benötigter Hilfszahlungen aus dem westlichen Block bedeuten. Das Überschreiten der „westlichen“ Grenze hingegen hätte unweigerlich das völlige Einbeziehen eines dem Namen nach sozialistischen Staates in die Sachzwänge des kapitalistischen Weltmarktes zur Folge gehabt. Dazu kam es schließlich in bedingtem Ausmaß in den letzten Jahren der Existenz der SFRJ (Sozialistische[n] Föderale Republik Jugoslawien). Schließlich prägte Jugoslawien die Politik der Blockfreien, die sich primär um wirtschaftliche Kooperation bemühten. Dass Ideen der Selbstverwaltung¹ nach wie vor gesellschaftliche Relevanz besitzen, zeigt der Versuch serbischer ArbeiterInnen, sich mit ihrem über Aktien in Eigenbesitz befindlichen Betrieb den Lebensunterhalt zu sichern – und das allen

¹ Einige dieser Ansätze werden in Abschnitt 1.4 behandelt.

Widerständen von Seiten institutioneller Politik zum Trotz.²

Wie ist aber nun zu verstehen, dass Jugoslawien, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg rekonstituiert wurde, nicht wie andere europäische Länder einen klarer vorgezeichneten Entwicklungsweg auf Seiten einer der beiden Pole Kapitalismus oder Staatssozialismus beschritten hatte? Drei Erklärungsfaktoren kommen dafür in Betracht:

- Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen waren im größten Teil der jugoslawischen Republiken vor der Machtübernahme der PartisanInnen im Zweiten Weltkrieg sehr heterogen. War einerseits in den nördlichen Regionen die wirtschaftliche Entwicklung in den Perioden der einsetzenden Industrialisierung der Kaiserlich-Königlichen Monarchie relativ weit vorangeschritten und zugleich die politische Entwicklung durch die Abhängigkeit von Wien und Budapest gekennzeichnet, wiesen vor allem die Gebiete im Süden klassische Kennzeichen einer Agrargesellschaft auf. Politisch hingegen war etwa Serbien nach dem Rückzug des osmanischen Reichs weitgehend unabhängig von einem externen politischen Zentrum. Mit der Zusammenlegung dieser politisch und in ihrer wirtschaftlichen Basis sehr unterschiedlichen Regionen in ein Königreich entstanden Widersprüche, die niemals kollektiv bearbeitet wurden. Letztere mündeten schlussendlich in jener Form von Totalitarismus, der – wie in anderen europäischen Ländern – die Keimzelle für faschistisches Gedankengut säen sollte. Parallel dazu konnte sich aber auf breiter Basis Widerstand aus eigener Kraft heraus entwickeln, was gleichzeitige Unterstützung aus dem Ausland nicht auszuschließen hatte. Daraus resultierte das Selbstbewusstsein der jugoslawischen Führung, ihr Modell in einem relativ kleinen und nach den Verlusten und Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs jedenfalls peripherem Land über viel Widerstand hinweg durchzusetzen.
- Die Deutungshoheit über die Definition der zukünftigen politischen Entwicklungen am Balkan war – ähnlich wie in vielen anderen europäischen Regionen östlich des Rheins – noch bis kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs umstritten. Eine Kombination militärstrategischen Geschicks der PartisanInnen (Organisation des Widerstandes von der Basis mit einer starken Rolle informeller Kommandostrukturen und entsprechender Rekrutierung der KämpferInnen), von Unfähigkeit des Gegners im BürgerInnenkrieg (die Fehlinterpretationen der geopolitischen Situation Rest-Jugoslawiens durch den Anführer der „Četnici“, General Mihajlović) und von Einflüssen der Alliierten (die Zuwendung

² vgl. den Artikel von Metape Can, frei erhältlich unter <http://www.gbw-wien.at/article859.htm>

Großbritanniens hin zu Tito als effektivstes Mittel zur Bekämpfung des Faschismus in Südosteuropa) ebnete den Weg für den militärischen Sieg der Volksbefreiungsarmee. Dabei waren von Seiten der jugoslawischen KommunistInnen schon längst Ideen für die zivile Nachkriegsordnung entworfen worden – Tito war General, Präsident und Regierungschef in einer Person.³

- Schließlich führte der Bruch mit der Sowjetunion dazu, dass – teils freiwillig, teils aus Mangel an Alternativen – mit Hilfe willensstarker Intellektueller in einem Prozess zahlreicher Auseinandersetzungen ein Abweichen vom sowjetischen Entwicklungsmodell erfolgte. „[D]ie Verbindung nationalemanzipatorischer und sozialistischer (,marxistisch-leninistischer‘) Elemente im Selbstverständnis der KPJ-Führung, die im Bewußtsein der jugoslawischen Revolution zum Ausdruck kam“, wie es Nenad Zakošek (1984, 22) beschreibt, ermöglichte diese Deviation erst. Hierbei ist es wichtig, auf die zahlreichen Kurswechsel bis zur letzten großen Verfassungsänderung im Jahre 1974 einzugehen und die politischen und sozialen Machtkämpfe zu beleuchten, um die speziell jugoslawische Prägung des Selbstverwaltungsverständnisses nachvollziehen zu können. Denn galt „das sowjetische System der zentralen Planwirtschaft“ zunächst „als einziges Modell sozialistischer Wirtschaft“,⁴ wurde diese Spezifizierung spätestens ab 1950 aufgehoben.

Später stellte sich dann heraus, dass man nicht nur im Jugoslawien nach Ende des Zweiten Weltkriegs (mit dem „administrativen Sozialismus“) mit dem Überstülpen eines mehr oder weniger vorgefertigten Entwicklungsmodells unzufrieden war. So wurden in der Tschechoslowakei im „Prager Frühling“ Fragen der innerbetrieblichen Mitbestimmung durch die ArbeiterInnenklasse thematisiert.⁵ Zeitgleich wurden auch „[i]n den westlichen Ländern [...] die Selbstverständlichkeiten der Nachkriegsordnung erstmals [...] hinterfragt, der Prager Frühling bedrohte 1968 die 'alte Ordnung' des Ostblocks.“⁶ Die Dynamik der Ereignisse während des Einmarschs der Warschauer Pakt-Truppen im August ließen selbst Fünfzehnjährige zum Zweck der Demonstrationen auf die Straße gehen, bevor sie – verängstigt durch Schüsse und den Lärm der Panzer – das Weite suchten. In Polen war die Stärke der Gewerkschaftsbewegung ein Indiz für ein kritisches Hinterfragen der autoritären Gesellschaftsstruktur in diesem Land. Das jugoslawische

³ Bereits früh im Jahre 1939 wurde er von der Komintern als Generalsekretär der KPJ bestimmt (vgl. Wheeler 1980, 75). Zu zeigen, dass es vor allem im Nachkriegsjugoslawien, aber auch schon davor für die beobachtbaren Entwicklungen nicht nur auf eine einzelne charismatische Führungspersonlichkeit ankommt und es gerade auf theoretischer Ebene in Jugoslawien lange Zeit darum ging, staatliche und somit gesellschaftliche Hierarchien zu hinterfragen und – wenn möglich – abzuschaffen, ist ein Ziel der vorliegenden Arbeit.

⁴ Zakošek 1984, 16

⁵ vgl. Becker 2009, 28 f.

⁶ Steindorff 2007, 197

System war durch die innerjugoslawische StudentInnenbewegung und den kroatischen Frühling auf die Probe gestellt worden.⁷

Die Achillesferse des Selbstverwaltungsmodells, wie es in Jugoslawien existierte, waren neben der Arbeitslosigkeit – ein Aspekt, der in der vorliegenden Arbeit zwar angesprochen, aber nicht ausführlich behandelt werden wird – die großen regionalen Differenzen,⁸ auf die im Folgenden fokussiert werden wird. Die Analyse dieser Differenzen kann auf verschiedenen Ebenen erfolgen. Für das vorliegende Werk werden sowohl die Dynamiken der Interaktion zwischen den politischen Verwaltungsebenen, also Bundesstaat, Republiken/autonome Provinzen und Betriebe analysiert als auch Möglichkeiten und Grenzen reformistischer oder emanzipatorischer Praktiken innerhalb der angesprochenen Verwaltungseinheiten aufgezeigt. Das Ergebnis dient dazu, die Veränderungen des jugoslawischen Staatenbundes in seiner letzten politischen Dekade ein Stück weit erklären zu können und die treibenden Kräfte hinter dem allmählichen Zerfall des Vielvölkerstaates zu identifizieren. Um den Weg bis zu den Reformen der 1970er-Jahre nachvollziehen zu können, erscheint es ebenso wichtig, zuvor entstandene ökonomische und politische Ungleichgewichte bzw. Dreh- und Angelpunkte der Entwicklung in den Blick zu nehmen und als Basis für die Untersuchung zu berücksichtigen.

Wie gezeigt werden wird, kam es bereits im Vorfeld der letzten großen Verfassungsänderung 1974 in der SFRJ zu Reformen, die sich einerseits durch ihre programmatische Ausrichtung in Richtung Sozialismus auszeichneten, andererseits jedoch – in Hinblick auf die Bekämpfung bürokratischer Tendenzen in Richtung einer Form des Staatskapitalismus, wie die offizielle Doktrin lautete – immer mehr marktwirtschaftliche Elemente enthalten hatten. Die zunehmende Verlagerung fiskalischer und wirtschaftspolitischer Handlungsmöglichkeiten von bundesstaatlichen Instanzen auf die Ebenen der Republiken und Kommunen erfolgten also nicht von heute auf morgen, das verfügbare Ensemble an separatistischen Maßnahmen in den einzelnen Republiken erhöhte sich damit jedoch deutlich. In Zusammenspiel mit der über die Periode 1974-91 hinweg vergrößerten Außenabhängigkeit Jugoslawiens durch Aufnahme von Krediten, beständige Handelsbilanzdefizite und die Durchsetzung von Strukturanpassungsprogrammen (ab den 1980ern) verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage dramatisch, sodass in der letzten Dekade der Existenz der Föderation faktisch kein Wirtschaftswachstum mehr zu verzeichnen war. Sobald keine Wohlstandsgewinne zur Distribution mehr vorhanden waren, äußerten sich die historisch bedingten Entwicklungsdifferenzen zwischen Nord und Süd in verstärkt desintegrativen Tendenzen der

⁷ vgl. ebd.

⁸ vgl. Becker 2009, 29

Republiken und Teilrepubliken der SFRJ.

FORSCHUNGSFRAGE

Welche historischen und damals aktuellen Gründe waren ausschlaggebend für die unterschiedliche ökonomische und politische Entwicklung nördlicher und südlicher Regionen Jugoslawiens im untersuchten Zeitraum? Um diese Frage beantworten zu können, wird in den folgenden Absätzen darauf eingegangen, welche historischen und aktuellen Gründe für die unterschiedliche Entwicklung der Regionen eine zentrale Rolle gespielt haben können und wie die Begriffe ökonomischer sowie politischer Entwicklung eingegrenzt werden. Die Darstellung der *historischen* Entwicklung wird in drei Schwerpunkte unterteilt und mit den folgenden Fragen operationalisiert:

„Regionen“-Schwerpunkt:

Inwiefern bildeten sich bereits in den Anfängen industrieller Entwicklungen auf den Gebieten des späteren Jugoslawiens generell und speziell bei der Gegenüberstellung nördlicher und südlicher Provinzen regionale wirtschaftliche Unterschiede heraus?

These 1: Unterschiede bei geografischen Gegebenheiten, natürlichen Ressourcen und den Rollen in den jeweiligen Reichen, denen die Regionen zugehörten, bildeten erste Grundlagen für das Wohlstandsgefälle von Nord nach Süd innerhalb des späteren Jugoslawiens.

War der Status bestimmter nördlicher/südlicher Regionen im Königreich Jugoslawiens insofern ein besonderer, als sie eine für sich ökonomisch vorteil-/nachteilhafte Entwicklung durchmachten? Wirkte sich diese auf Widerstandsaktivitäten gegen die serbische Dominanz im Königreich aus?

These 2: Während primär Kroatien die Idee der föderalen Integration der jugoslawischen Länder voranzutreiben versuchte, also eine politische Vereinigung ohne Vorherrschaft einer bestimmten Nation anstrebte, forderten die meisten serbischen Kräfte einen Zusammenschluss der Länder unter besonderer Stellung der serbischen Nation. Dies förderte die ökonomische Ausbeutung relativ entwickelter wie auch relativ unentwickelter Regionen zugunsten der „Zentrale“, was zu Widerstand in den ausgebeuteten Gebieten führte.

Welche Rolle spielten die Volksbefreiungsarmeen, -ausschüsse (als Quelle der Selbstverwaltung - SV) und deren politische Organisation in Nord und Süd während des zweiten Weltkriegs für die

spätere Integration Jugoslawiens? Welche Region hatte die stärksten Ausbeutungen durch die Besatzung und Verluste durch Kampfhandlungen zu beklagen?

These 3: Die Volksbefreiungsorganisationen hatten wegen ihrer Organisation „von Unten“ und aufgrund ihrer Kampfaktik in relativ peripheren Gebieten größeren Rückhalt in der Bevölkerung als in „wohlhabenderen“ Regionen. Ferner war die wirtschaftliche Entwicklung in den Gebieten, die die größten (materiellen) Verluste zu beklagen hatten, in der Nachkriegszeit besonders dynamisch. Diese beiden Aspekte hatten Einfluss auf die späteren Muster der innerjugoslawischen Umverteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts.

„Selbstverwaltung“-Schwerpunkt:

Welche Elemente der marxistischen Philosophie beeinflussten jugoslawische PartisanInnen/IdeologInnen auf ihrem spezifisch jugoslawischen Weg?

Wie lassen sich auf den Ebenen der Staats- und Republikführungen die Konfliktlinien zwischen staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln und deren Sozialisierung nachzeichnen?

These 4: Der Bruch mit der Stalin-UdSSR führte innerhalb der KPJ zu einer Intensivierung der Debatten darüber, welche Rolle dem Staat im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zukommen soll. Sowohl auf Bundes- als auch auf Republikebene gab es innerhalb der KPJ⁹ Konflikte über die Pläne und das Programm der ArbeiterInnenselbstverwaltung, die sich nach den ökonomischen Krisen Anfang der 60er-Jahre noch verschärften. Die „liberalen“ AnhängerInnen der SV setzten sich durch.

Welche Maßnahmen wurden mit den Verfassungsänderungen ab 1971 gesetzt, um die Ausweitung der Handlungsspielräume der betrieblichen und regionalen SV in der Praxis durchzusetzen / effektiv zu gestalten?

„kombinierter“ Schwerpunkt:

Wie beeinflusste der ökonomische Boom in den 1950er-Jahren die Fortentwicklung der Selbstverwaltungsidee und welche Strukturveränderungen vollzogen sich dabei in den regionalen Ökonomien der untersuchten Gebiete?

⁹ Die Herrschaft einer KP ist keine hinreichende Bedingung für klassenfreie Herrschaft: „[Der Prozess der Dezentralisierung] contains several contrasts, and does not develop without tensions, conflicts and struggle, especially between attempts at bureaucratization of power in the form of political and social monopolies, and at democratization of power by the working layers of the society“ (Supek 1970, 219 f.).

These 5: Große Wohlstandsgewinne und eine Veränderung der Wirtschaftsstrukturen während der ersten zwei Fünf-Jahres-Pläne (1951-1961) führten nicht zu einer substantiellen Verringerung der Einkommensschere zwischen „fortgeschrittenen“ und „rückständigen“ Regionen. Dennoch schienen sich in Jugoslawien bei den großen Verfassungsreformen 1963 und 1974 jene Kräfte durchgesetzt zu haben, die den Zeitpunkt für die Förderung von mehr Eigeninitiative und SV in den Republiken und Betrieben bereits eingetreten sahen. Dies führte rasch zu einer Fülle von Eigendynamiken in Betrieben und Regionen, die wenig mit den Ideen des Selbstverwaltungssozialismus zu tun hatten und innerhalb eines Staates nicht mehr koordiniert werden konnten.

Die zwischen 1974 und 1989 *aktuellen* Entwicklungen werden mit den folgenden zwei Fragestellungen analysiert:

Wurde die SV, also die relativ autonome Entwicklung in Betrieben und Regionen, im Eindruck der Anfangserfolge des jugoslawischen Wirtschaftsmodells früh zu weit getrieben, sodass, wegen eines geschwächten Zentralstaates, Jugoslawien noch vor den kriegerischen Ereignissen in den 90er-Jahren in sechs quasi-separate Volkswirtschaften zerfiel? Ging die Autonomie der Regionen also wirklich so weit, dass von teilsouveränen Ökonomien gesprochen werden konnte?

These 6: Da keine genügenden Wege zur Auflösung regionaler Disparitäten innerhalb Jugoslawiens gefunden werden konnten, arbeiteten insbesondere die nördlichen Republiken (Slowenien, Kroatien) auf eine autonomere Stellung in der Föderation hin. Dazu trug auch die zunehmende Außenabhängigkeit ihrer regionalen Ökonomien von Deutschland und Österreich bei. In den benachteiligten Regionen manifestierten sich die Stagnationstendenzen des jugoslawischen Wirtschaftsmodells der 70er-Jahre besonders stark. Dies förderte auch dort desintegrative Kräfte und trug nicht zur Kohäsion der Volkswirtschaft bei.

Woran lässt sich die zunehmende Außenabhängigkeit des jugoslawischen Wirtschaftsmodells, die die Differenzen zwischen den untersuchten Republiken/Provinzen verstärkte, in den 70er- und insbesondere in den 80er-Jahren festmachen?

These 7: Bereits in der Nachkriegszeit war bezüglich der Annahme von Hilfszahlungen eine gewisse Orientierung gen „Westen“ festzustellen. Die negative Außenhandelsbilanz und die u. a. darauf folgende Verschuldung bei „westlichen“ KreditgeberInnen führte jedoch erst in den 70er-Jahren über eine Form von Strukturanpassungsprogrammen dazu, dass der ArbeiterInnenselbstverwaltung wichtige Instrumente der Wirtschaftspolitik aus der Hand genommen wurden. Die Widersprüche zwischen neoliberaler Konjunkturbeeinflussung und den

Methoden der SV führten zu intensiven sozialen Widerständen in den meisten Regionen Jugoslawiens, die sich vorwiegend nationalistisch und desintegrativ äußerten.

ZIELSETZUNG

Die Veränderungen zentraler Institutionen des jugoslawischen Staates nach der letzten verfassungsrechtlichen Veränderung des Konzepts der ArbeiterInnenselbstverwaltung (1974) steht im Zentrum der Betrachtung dessen, wie sich die gesamte ökonomische Entwicklung, aber auch jene der jugoslawischen Regionen/Provinzen dargestellt hat. Insbesondere ist von Interesse, inwiefern eine zusätzliche Dezentralisierung im ArbeiterInnenselbstverwaltungssozialismus die ungleiche Entwicklung der untersuchten Regionen gefördert hat und welche Widersprüche zwischen (staatlicher) Theorie¹⁰ und Unternehmens-/Regionalpraxis entstanden. Dabei werden in abnehmender Intensität die Machtverhältnisse innerhalb der selbstverwalteten Unternehmen, der Länder/Provinzen, der Bundes- und Landesparteien sowie auf internationaler Ebene unter die Lupe genommen.

In der Tat konnten bestimmte Regionen in den 1970er-Jahren bereits einen relativ hohen Lebensstandard genießen, während andere in die Marginalisierung gedrängt wurden. Daraus folgernd kann gezeigt werden, wie die negative volkswirtschaftliche Entwicklung in den 1980er-Jahren Sezessionsbestrebungen in den Teilrepubliken und Provinzen ausgelöst bzw. (im Kosovo beispielsweise) verstärkt hat. Um die Forschungsfrage zeitlich einzugrenzen, wird die Auflösung Jugoslawiens zu Beginn der 1990er-Jahre als Wende von der selbstverwalteten Wirtschaft zur kapitalistischen betrachtet, aber nicht mehr behandelt.

Mit der Beschreibung des selbstverwalteten Systems Jugoslawiens soll auch aufgezeigt werden, wie dieses Land einen eigenen authentischen Weg zum Sozialismus gehen wollte und wie sich seine wirtschaftliche Praxis auf regionaler Ebene von jener anderer Staaten unterschied. Konkreter soll untersucht werden, wie durch die Lenkung eines Wirtschaftssystems und dessen Eigendynamik (etwa in den Betrieben und Regionen) zwischen „westlichem“ Kapitalismus und „östlichem“ Staatskapitalismus die Widersprüche innerhalb der selbstverwalteten Betriebe und Regionen bearbeitet wurden und wie sich dabei die institutionellen Pfeiler des jugoslawischen Staates so weit veränderten, dass er schließlich zerfiel. Womit auch die Praxis der SV ihr Ende fand.

¹⁰ Die Wechselwirkungen zwischen Theorie und Praxis können anhand des jugoslawischen Beispiels deutlich veranschaulicht werden, sodass folgender Standpunkt für dieses Werk kaum zutreffen kann: „All theory depends on assumptions which are not quite true. That is what makes it theory.“ (Solow 1956, 65)

BEGRIFFE

Unter *ArbeiterInnenselbstverwaltung* wird das institutionelle Arrangement der jugoslawischen Gesellschaft im Allgemeinen verstanden. Dieser Begriff bekam in Jugoslawien eine spezifische Prägung, da insbesondere nach dem Konflikt mit der Sowjetunion in den späten 1940er-Jahren eine eigene Definition von Sozialismus gesucht wurde. Im Speziellen kam es durch die Kollektivierung landwirtschaftlicher Flächen sowie industrieller Betriebe und mit deren Überführung in Staatsbesitz zunächst zu einer Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen in der jugoslawischen Ökonomie (bis zu Beginn der 1950er-Jahre). Mit der Zeit wurden die staatlichen Wirtschaftseinheiten jedoch sozialisiert und mit „Gesellschaften organisierter Arbeit“ zunächst auf Mikroebene durchaus demokratische und wirtschaftliche Erfolge erzielt (1960er-Jahre). Die Widersprüche einer relativ demokratisch organisierten Basis und sich nur langsam demokratisierenden Staatsstrukturen mündeten schließlich in den umfangreichen Reformen der 1970er-Jahre, auf denen der Hauptfokus des o. g. „Selbstverwaltungs-Schwerpunkts“ liegen soll.

Ökonomische Entwicklung bezeichnet die Veränderungen von bestimmten sozial-ökonomischen Indikatoren der jugoslawischen Regionen. Derartige Indikatoren können umfassen: Einkommen und Konsumausgaben pro Kopf; Erwerbsquote; Beschäftigung nach Sektoren; Arbeitslosenquoten, aufgegliedert nach Gebieten, Geschlecht, Bildung; Lebendgeburten/1 000 EinwohnerInnen; Bildungsstand; Diese werden nur in die Analyse miteinbezogen, wenn sie aus gesicherten Quellen verfügbar sind.

Politische Entwicklung berücksichtigt sowohl einige externe Einflussfaktoren auf den Zustand der untersuchten Regionen (also politische Entscheidungen, deren Entstehung außerhalb der direkten Reichweite jugoslawischer Politik liegt) als auch und primär das Ausmaß an tatsächlicher ArbeiterInnenpartizipation in der täglichen Praxis und die Durchsetzung von Forderungen der ArbeiterInnen auf überbetrieblicher Ebene.

Bei der Behandlung der *Machtverhältnisse* werden diese in formelle und informelle unterteilt. Die formellen werden im Hinblick auf die Fragestellung, inwiefern die theoretische Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den diversen Verwaltungsebenen (Betrieb bis Bundesstaat) Auswirkungen auf die Durchsetzbarkeit einer Autonomie von Unten hatte, untersucht. Informelle Machtverhältnisse werden durch Handlungspraktiken und Eigenschaften von ArbeiterInnen in der Praxis nachgezeichnet (Wissen; Organisationswillen; Alter) – sie konnten formelle Machtverhältnisse entweder abstützen oder torpedieren, was wiederum den AkteurInnen bewusst

oder unbewusst geschah. Hiermit wird auch weitgehend behandelt, was als *Eigendynamiken in Firmen/Regionen* benannt wurde.

Eine *Sezessionsbestrebung* einer Nation/einer Gemeinschaft zielt darauf ab, sich vom Status als Teil einer anderen Gemeinschaft zu lösen und die Gründung eines souveränen Staates zu fordern. *Desintegration* ist das bewusste Arbeiten von AkteurInnen innerhalb eines Staates gegen die von dieser Instanz vorgegebenen allgemeinen Leitlinien oder von ebendieser bewusst definierten strategischen Zielen, eventuell mit dem Streben nach Sezession.

METHODIK

Der Versuch, einen Entwicklungsweg in einem peripheren Land mit im Vergleich zu den zwei Supermächten sehr kleinem Format zu beschreiben, der sich sowohl vom kapitalistischen als auch vom staatssozialistischen unterscheidet, ist jedenfalls bemerkenswert. Über Bündnisse mit anderen Ländern auf internationaler Ebene kristallisierte sich mit starkem Einfluss Jugoslawiens ab den späten 1950er-Jahren ein dritter Block heraus. Wie vom Verfasser im Jahre 2009 für den Fall von Simbabwe festgestellt,¹¹ sind es die Wechselwirkungen zwischen politischer und ökonomischer Sphäre im beobachteten Land selbst, aber auch in den Staaten mit außenpolitischem Einfluss auf ebendieses, deren Ergebnisse sich in außenwirtschaftlichen Größen wie Bruttoinvestitionen aus dem Ausland, Wechselkursen oder Handelsbilanzen manifestieren. Dieser Tatsache soll primär im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit auf den Grund gegangen werden. Hier wird detailliert darauf eingegangen, wie sich die institutionellen Pfeiler des Staates Jugoslawien in seiner Praxis der ArbeiterInnenselbstverwaltung, auch unter Betrachtung ausgewählter Variablen (Arbeitslosenquote; Auslandsverschuldung; nicht überwundene regionale Differenzen bei Verwendung und Zuteilung von Ressourcen), wandelten. Dieser Arbeitsschritt wird unter Heranziehung der Vorgeschichte der untersuchten Regionen seit den Wurzelschlägen der frühen Industrialisierung bis zur spezifischen Eigendynamik der Etablierung eines „jugoslawischen Modells“ durch den weitgehend fehlenden Einmarsch von Befreiungstruppen im Zweiten Weltkrieg vollzogen.

Für die Analyse von (früher) kapitalistischer Entwicklung nahe liegend und die Erklärung staatskapitalistischer Tendenzen zwischen 1944 und 1953 in Jugoslawien (Kapitel 1) noch bedingt anwendbar sind Entwicklungstheorien mit ökonomischer Fundierung in der Neoklassik. Diesen Theorien ist weitgehend gemein, dass sie für die Entwicklung der Zentrumsländer gewisse Faktoren

¹¹ Stransky 2009 (unveröffentlicht)

als entscheidend klassifizieren, die u. a. sind: Eine günstige geografische Lage, eine Basis motivierter UnternehmerInnen und funktionierende Bürokratien. Die Grenzen dieser Herangehensweise sind darin aufgezeigt, dass das Fehlen der genannten Faktoren für andere Länder häufig als Entwicklungshemmnis *per se* identifiziert wird.¹² Derartige neoklassische Entwicklungstheorien unterscheiden folglich nicht zwischen hinreichenden und *notwendigen* Bedingungen für industrielle Entwicklung. Deswegen wird für den genannten Zeitraum im ersten Kapitel dieser Arbeit versucht, mit Hilfe von Induktion aus der Empirie der Entwicklung jugoslawischer Regionen auf gewisse theoretische Muster zu schließen, die sich in den theoretischen Ansätzen der unten angeführten WissenschaftlerInnen wiederfinden. Dieser Schritt wird mit Hilfe wissenschaftlicher Literatur vollzogen, die qualitativ analysiert und interpretiert wird.

Einerseits liegt in dieser Herangehensweise die Besonderheit des vorliegenden Werks begründet, die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens in ihrem historischen Kontext umfassend, d. h. in ihrer Einbettung in zentrale innenpolitische Ereignisse, zu betrachten. Dabei wird vor allem untersucht, ob sich kapitalistische Entwicklung innerhalb Jugoslawiens, also auf Ebene der Regionen, in Stadien vollzogen hat, die ökonomisch entwickelten Gebiete den weniger entwickelten also das Abbild ihrer eigenen Zukunft vorführten, wie es Marx formuliert hatte. Andererseits ermöglicht es ein von den einleitend genannten Hypothesen weitgehend unabhängiges Vorgehen, mit dem die These, dass die für die Zeit von 1974 bis 1991 prägenden Entwicklungsdifferenzen in Jugoslawien eine bemerkenswerte Vorgeschichte hatten, bestätigt werden kann. Die Hypothesen werden dann unter Berücksichtigung der aus der Literatur gewonnenen empirischen Ergebnisse in den Schlussfolgerungen auf die Fragestellungen zurückgeführt. Eine nicht explizit formulierte, aber beim Verfassen der Arbeit doch angenommene These ist, dass Entwicklungsdifferenzen innerhalb Jugoslawiens immer in größerem oder geringerem Ausmaß vorhanden waren.

Da der Umfang des Erkenntnisnetzes jener ökonomischen Theorien, die sich vorwiegend mit der Entwicklung kapitalistischer Volkswirtschaften auseinandergesetzt haben, für ein (teil-)sozialistisches Land, wie es das Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg war, nicht mehr ausreichen kann, werden im abschließenden Schwerpunkt dieser Diplomarbeit in Kapitel 2 Theorien eingesetzt, die

- einerseits aus soziologischer Perspektive (mit Pierre Bourdieu) den Wandel institutioneller Gegebenheiten der Selbstverwaltung mit Fokus ab den 1970er-Jahren auf mikropolitischer

¹² Hirschman 1965

Ebene erklären können und

- andererseits – nicht zuletzt durch die Einbettung in die internationale Arbeitsteilung, die von der SFRJ ab Mitte der 1960er-Jahre forciert worden war – mit einem neomarxistischen Ansatz, der Regulationstheorie, sowie mit Elementen eines modernen Entwicklungstheoretikers (Raúl Prebisch) einige Gründe für die fehlende Demokratisierung eines dem Anspruch nach selbstverwaltenden Systems auf Makroebene eruieren können.

Da es bei den Begriffen von Demokratisierung, Ökonomisierung oder Verstaatlichung immer auch um Auffassungsunterschiede zwischen den Gebieten und Republiken des Zweiten Jugoslawiens gegangen ist, kann der rote Faden in Form des Hervorhebens von Entwicklungsdifferenzen aus dem ersten Kapitel darauf folgend durchgezogen werden. Abschließend wird versucht, die Relevanz der Vertiefung von Ungleichgewichten innerhalb der Föderation für die Vorboten der kriegerischen Auseinandersetzungen in den 1990er-Jahren herauszuarbeiten.

Zuletzt wird an dieser Stelle auf einige formale Eigenschaften der vorliegenden Arbeit eingegangen. Die Quellen der Zitate und allfällige Literaturverweise finden sich in der Regel in Fußnoten wieder. Wird die/der AutorIn direkt in den Fließtext eingebaut, sind Jahr der Publikation und Seitenzahl des Zitates dort in Klammer vermerkt. Weiterer Inhalt der Fußnoten sind gelegentliche Anmerkungen sowie weitere Informationen zu einem Detail, die beim Lesen des Fließtextes ohne weitere Verständnisprobleme außen vor gelassen werden können.

1. DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG

1.1 REGIONALE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG ZU BEGINN DER INDUSTRIALISIERUNG

Um den Wurzeln der ungleichen Entwicklung nördlicher und südlicher Gebiete Jugoslawiens auf den Grund gehen zu können, ist es nahe liegend, Erklärungsgründe für sich später stark akzentuierende wirtschaftliche Unterschiede in den Anfängen der Industrialisierung zu suchen. Hierbei muss angemerkt werden, dass gewisse Teile Jugoslawiens niemals vollständig i. d. S. industrialisiert wurden, als ein hoher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter tatsächlich im sekundären Sektor der Ökonomie(n) beschäftigt war, geschweige denn, dass dem sekundären Sektor ein tertiärer Sektor mit entsprechender Wertschöpfung beigelegt worden wäre.¹³ Für einige Gebiete des früheren Jugoslawiens kann erst seit dem späten 19. und dem frühen 20. Jahrhundert von partieller Industrialisierung gesprochen werden. Diesen Entwicklungen zu Grunde liegt der abwechslungsreiche *Status* verschiedener Regionen *in den Großreichen* Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reichs, die im Verlauf der historischen Entwicklung ab dem 16. Jahrhundert die Balkanhalbinsel weitgehend unter sich aufteilten. Von besonderer Bedeutung für die lokale Bevölkerung war dabei die Grenzlinie zwischen den Monarchien, die sich von der dalmatinischen Nordküste bis nach Belgrad zog und erst nach der Okkupation Bosniens und der Herzegowina (BiH) durch Österreich-Ungarn 1881 offiziell ausradiert wurde.¹⁴ Insbesondere die Konstitution serbischen Widerstands unterschiedlicher Prägung gegen die bis ins 19. Jahrhundert hinein dominanten OsmanInnen kann mit Einschränkungen als eine Art jugoslawischen Momentums, das Folgen für die unterschiedlichen Definitionen von Jugoslawismus (s. u., Kap. 1.2) haben sollte, bezeichnet werden. Wo liegen also die wichtigsten ökonomischen Unterschiede zwischen den nördlichen und südlichen Regionen, als die beiden Großreiche noch existierten, die Ost- und Südosteuropa so lange dominierten?

Nach dem zweiten Angriff des Osmanischen Reichs auf Wien Ende des 17. Jahrhunderts musste sich diese Monarchie aus dem östlichen Mitteleuropa langsam zurückziehen. Allgemein herrschte *in den osmanisch besetzten Gebieten* südlich der Save-Donau-Linie im 18. und 19. Jahrhundert *überwiegend wirtschaftliche Stagnation* vor, die mit politischer Repression einherging. Kroatien und Ungarn wendeten sich aufgrund ihrer nunmehrigen Grenzposition stärker Österreich zu. Durch

¹³ Das Zweite war in den „Industrieländern“ ab den 1970er-Jahren immer stärker der Fall. Zur allgemeinen Behandlung spätkapitalistischer Entwicklung, siehe etwa Amin 1994 (Hrsg.); Becker et al. 1997 (Hrsg.); Hirsch/Roth 1986.

¹⁴ vgl. Singleton/Carter 1982, 42

den Ausgleich 1867 wurde Kroatien de jure als autonomer Teil der ungarischen Herrschaft anerkannt, welche die KroatInnen einem Prozess der Magyarisierung aussetzte.¹⁵ *Serbien und Montenegro* bemühten sich indes, als besetzte, aber *unabhängige Staaten* die Erblasten osmanischer Herrschaft abzuwerfen. SerbInnen bevölkerten im späten 19. Jahrhundert neben Zentralserbien zu einem Viertel Kroatien-Slawonien, über 800 000 lebten in BiH und knapp 400 000 in der von Ungarn verwalteten Vojvodina. Als wirtschaftliche Faktoren mit nicht unwesentlicher Bedeutung konnte Serbien eine Armee und ein System staatlicher Administration aufweisen, die potentielle politische Herrschaft oblag der Karadorđević-Dynastie.¹⁶ Sie übernahm jedoch erst nach der Ermordung von Alexander Obrenović, dem seit 1858 herrschenden Regenten, im Jahr 1903 den königlichen Thron.¹⁷ Das Territorium des ursprünglich sehr kleinen Montenegros expandierte auf Kosten der OsmanInnen innerhalb der fünf Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg, 1878 verschaffte sich das Land direkten Zugang zum adriatischen Meer.¹⁸ Noch im selben Jahr wurde Montenegro auf dem Berliner Kongress völkerrechtlich als Staat anerkannt.¹⁹ Die Tatsache, dass es von nun an Zugang zur Adria hatte, sollte die industrielle Entwicklung der später kooperierenden Staaten Montenegro und Serbien ein Stück weit befördern, zumal der Warenverkehr mit dem Norden dadurch wesentlich vereinfacht wurde. Das Osmanische Reich war insbesondere nach den Eroberungen Österreich-Ungarns am Balkan und der letzten geopolitischen Stärkung der Donaumonarchie kaum mehr in der Lage, industrielles Potential in den von ihm besetzten Gebieten zu nutzen, zumal auch Serbien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als unabhängig anerkannt wurde. Zur Evaluierung regionaler Entwicklungsunterschiede hervorzuheben ist das Faktum, dass sich das Osmanische Reich aus jenen Regionen am spätesten zurückziehen musste, die am weitesten südlich des späteren Jugoslawiens lagen.

Neben den Kooperationsversuchen auf politischer Ebene, die im nächsten Abschnitt aufgearbeitet werden, waren die *Verbindungen Kroatiens und Sloweniens* vor allem ökonomisch *stark auf die HabsburgerInnenmonarchie ausgerichtet* - wobei die beiden Länder dabei einen eher peripheren Status einnahmen, indem Industrien, Infrastruktur und Finanzinstitutionen den Bedürfnissen des gesamten Reichs untergeordnet waren. Mazedonien und Montenegro hingegen waren zu dieser Zeit

¹⁵ vgl. Singleton/Carter 1982, 42 f.; Die Folgen des österreichisch-ungarischen Ausgleichs für die unterschiedlichen Vorstellungen zur Konstituierung eines jugoslawisch-nationalen Selbstverständnisses werden in Abschnitt 1.2 genauer dargestellt.

¹⁶ vgl. ebd., 44 f.

¹⁷ vgl. Đilas 1973, 73 (Fn.); Schon seit dem frühen 19. Jahrhundert kämpften die Häuser Karadorđević und Obrenović um die Vorherrschaft in Serbien (vgl. Behschnitt 1976, 31).

¹⁸ vgl. Singleton/Carter 1982, 43; Für das Binnenland Serbien war der Zugang zur See von besonderer Bedeutung, hatten doch lokale Regierungen, die anstatt Serbiens über diesen geografischen Vorteil verfügten, aufgrund der Konkurrenzsituation kein Interesse daran, ihn der ganzen Region zugutekommen zu lassen (vgl. Collier 2007, 59).

¹⁹ vgl. Behschnitt 1976, 27

im Wesentlichen von Subsistenzwirtschaft (also Selbstversorgung der ansässigen Bevölkerung) geprägte Regionen, obwohl Mazedonien mit Saloniki auch Handel trieb. In Serbien hingegen konnte sich nach der Unabhängigkeit 1878 durchdachter Staatsinterventionismus zur Förderung wirtschaftlicher Entwicklung herausbilden.²⁰ Ob es jedoch in der relativ kurzen Periode bis zur Herausbildung des Königreichs der KroatInnen, SerbInnen und SlowenInnen im Falle Serbiens tatsächlich zum „Aufbau eines schlagkräftigen, zentralisierten Nationalstaates auf der Basis von Koalitionen, die von einem neuen Nationalismus inspiriert waren und in Opposition zu den traditionellen regionalen Interessen der Grundherren, den kolonialen Machtansprüchen oder beiden standen“²¹ kam, sei dahingestellt.

Jedenfalls kann staatliche Lenkung von Großinvestitionen als eine Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufstieg angesehen werden, wie Walt Rostow (1960, 44) argumentiert. So wurde *in Serbien Infrastruktur* in Form von Straßen und Eisenbahnen *geschaffen*, bald konnte die Lücke in der Schienenverbindung von Wien nach Istanbul geschlossen werden. Auslandskredite unterstützten die dabei rege Staatstätigkeit (was sich im späten Jugoslawien als Kontinuum erweisen sollte, KS), die durch verkehrstechnische Erschließung abgelegener Regionen auch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen förderte. Kontinuitäten in der zentralen Rolle des Staates waren aus Zeiten der osmanischen Herrschaft zu erkennen, Österreich-Ungarn errichtete hingegen (vermutlich aufgrund der intern angespannten wirtschaftlichen Lage, KS) Zollschranken für serbische landwirtschaftliche Produkte – was die Gründung von Betrieben im produzierenden Bereich innerhalb Serbiens, insbesondere zwischen 1906 und 1914, durch das Loslösen wirtschaftlicher Abhängigkeit vom kaiserlich-königlichen Absatzmarkt beförderte.²² Diese Abhängigkeit war zuletzt aufgrund der marktbeherrschenden Stellung österreichischer Waren gegeben, die sich aus den im späten 19. Jahrhundert abgeschlossenen, ungünstigen Handelsverträgen mit Österreich-Ungarn ableitete. Neben Infrastrukturinvestitionen wurden von staatlicher Seite auch industrialisierungsfördernde Gesetzesinitiativen vorgebracht, deren Effekte im Schutzzollkrieg mit der Donaumonarchie (1906-11) gipfelten.²³

Die relativ frühe industrielle Entwicklung Serbiens hindernd hatte sich aber die mit österreichisch-ungarischer Unterstützung erfolgte Gründung Albaniens erwiesen, durch die der

²⁰ vgl. Singleton/Carter 1982, 51

²¹ Rostow 1960, 44 f.

²² vgl. Singleton/Carter 1982, 52 f.; So waren französisches und österreichisches Kapital im Eisenbahnbau dominant (vgl. Behschnitt 1976, 36).

²³ vgl. Behschnitt 1976, 35

serbischen Ökonomie der direkte Zugang zur Adria wieder abhanden kam.²⁴ Außerdem waren Industrien und Handelsaktivitäten weitgehend auf die Zentren Belgrad, Kragujevac und Niš beschränkt.²⁵ Wie stellte sich die Situation für *Kroatien und Slowenien* dar?

Diese zwei *inhomogenen Regionen* stellten bei der Eingliederung in das spätere Königreich die Gebiete *mit der am weitesten fortgeschrittenen Industrialisierung* dar, obwohl staatliche Institutionen eine weniger gewichtige Rolle im Industrialisierungsprozess spielten als dies in Serbien der Fall war.²⁶ Ein entscheidender Faktor für die frühere Industrialisierung war – frei nach Alexander Gerschenkron (1973, 129; kritisch hierzu: Becker et al. 2007, 9) – die 1848 beschlossene Abschaffung des Feudalsystems in den kroatischen Ländern. Dennoch blieben „in vielen Teilen Dalmatiens und Istriens“ die „drückenden Agrarverhältnisse bis 1918 bestehen“.²⁷ So verfügte Dalmatien zur Jahrhundertwende zwar über wichtige Handelshäfen, aber über keinerlei industrielle Basis. Das *Ziel der Donaumonarchie* war die Förderung des freien Warenaustauschs innerhalb der Teile des Reichs, was vor allem durch die *Bereitstellung von Infrastruktur* (Eisenbahnen) unterstützt wurde. So konnten Wien und Triest bereits 1857 mit einem durchgängigen Schienennetz verbunden werden. Die Okkupation BiHs 1878 führte auch dort zum Aufbau einiger Eisenbahnverbindungen, die zunächst primär militärisch, später aber auch zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen genutzt wurden.²⁸ Die militärisch-industrielle Nutzung der okkupierten Region bot sich dem österreichisch-ungarischen Reich nicht zuletzt aufgrund der Schwierigkeiten mit der lokalen Agrarreform an.²⁹

Trotz weniger Versuche, industrielle Entwicklung mit nationalem Kapital voranzutreiben, wie etwa in Slowenien, konnte für die Gebiete unter habsburgischer Herrschaft nach Ansicht von Fred Singleton und Bernard Carter (1982) nur von ökonomischer Entwicklung in Satelliten-Abhängigkeit gesprochen werden, wobei – ähnlich wie im Falle Serbiens (KS) – neben österreichischem und ungarischem Kapital auch deutsches, französisches und britisches in die Ökonomien floss.³⁰ Wolf Dietrich Behschnitt (1976) hingegen weist darauf hin, dass die Industrialisierung zumindest in den kroatischen Ländern mitunter durch intensive Einbindung einheimischen Kapitals vorangetrieben wurde. So konnten vor allem das nordkroatische und dalmatinische Handelsbürgertum mithilfe der bereits im Jahre 1840 erfolgten Einführung der

²⁴ vgl. ebd., 33

²⁵ vgl. Singleton/Carter 1982, 75

²⁶ Ein beeindruckendes Werk, das die Funktionen von Institutionen und staatlichen Interventionen zur Unterstützung von Industrialisierung am Beispiel ostasiatischer Staaten herausarbeitet, ist Chang (2006, insbes. 13-62).

²⁷ vgl. Behschnitt 1976, 43

²⁸ vgl. Singleton/Carter 1982, 53 f.

²⁹ vgl. Cardaklija 2001, 21 f.

³⁰ vgl. Singleton/Carter 1982, 54-56

Freiheit zur Gründung von Manufakturen und des Gewerbes Investitionen tätigen. Die langsame Entwicklung eines funktionierenden Kapitalmarkts erwies sich jedoch als ein die Investitionstätigkeit beschränkender Faktor.³¹

Aufgrund der bisherigen groben Darstellung der Industrialisierungsanfänge auf der Balkanhalbinsel kann in Bezug auf Nord-Süd-Ungleichgewichte festgestellt werden, dass es diese auch in den von Österreich-Ungarn besetzten Gebieten im späten 19. Jahrhundert gab. Kroatien und Slowenien entwickelten – sowohl mit starkem Einfluss ausländischen Kapitals (was sich in der Periode ab 1970, in anderer Form wohl gemerkt, wiederholen sollte) als auch mithilfe im Inland akkumulierter Mittel - eine gewisse industrielle Basis, während *BiH* eher der *Status als Zulieferland für Rohstoffe* mit geringem Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotential zukam. Dennoch wurde dort noch unter osmanischer Herrschaft um 1860 der Straßenausbau vorangetrieben, wie in einer an der Wirtschaftsuniversität Wien verfassten Diplomarbeit über Wirtschaftsstruktur und -entwicklung BiHs dargelegt wird. Die schlechte wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlich geprägten Bevölkerung hätte schlussendlich über die Folgen regionaler Aufstände zur Okkupation BiHs durch Österreich-Ungarn beigetragen.³²

Serbien konnte eine stärker unabhängige Industrialisierungspolitik verfolgen. Dieser Politik waren aber aufgrund fehlenden inländischen Kapitals – Serbien verfügte im Gegensatz zu Teilen Kroatiens nur über zeitlich stark beschränkten Zugang zum Meer und folglich kein nennenswertes Handelskapital -, eingeschränkten Kapitalflüssen von außen und der nationalen territorialen Expansion jedoch eindeutig Grenzen gesetzt. Es ist zu vermuten, dass die südlichen Regionen, die im Laufe der 1910er-Jahre Teil Serbiens wurden, „remained unassimilated by its new masters; Kosovo and Montenegro remained in medieval torpor, isolated from the rest of the Yugoslav lands.“³³ Schließlich können die Reformversuche der neuen HerrscherInnen als gewagter Schritt hinaus aus den traditionellen Gesellschaften mit nach oben hin begrenzt erreichbarer Pro-Kopf-Produktion (Rostow 1960) interpretiert werden. Das Agrarsystem war ein Hebel, um der angestrebten Transformation eine Spur näher zu kommen. Allerdings muss hier hinzugefügt werden, dass die Gleichsetzung Rostows (1960, 42) der „Zivilisation des Mittelmeerraums“ mit den Dynastien Chinas und dem mittelalterlichen Europa durchaus problematisch ist – war doch zumindest in China die wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum mittelalterlichen Europa

³¹ vgl. Behschnitt 1976, 44 f.; Gerschenkron (1973, 125 ff.) begründet die wesentliche Rolle finanzkapitalistischer Institutionen in der frühen Phase der Industrialisierung, insbesondere für „rückständige“ Ökonomien.

³² vgl. Cardaklija 2001, 21

³³ Singleton/Carter 1982, 75

allem Anschein nach auf ganz anderem, höherem Niveau.³⁴ Mag vor allem der zweite Teil des obigen Zitats polemisch sein, so deutet es doch klar auf die Entwicklungsunterschiede selbst innerhalb Serbiens hin und zeigt Erklärungsansätze für spätere Friktionen innerhalb der jugoslawischen Staatsformen auf.

Mit der bis hierhin angefertigten Analyse kann auch bestätigt werden, dass Nachteile aus der geografischen Lage sowie die reichliche Ausstattung mit natürlichen Ressourcen dazu führten, dass die südlichen Regionen am Balkan benachteiligt waren, während jene Gebiete, die näher zum Habsburger Reich lagen, Vorteile aus gegenseitigem Handel, aber auch eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung schöpfen konnten. Mit der relativ gut ausgebauten Infrastruktur und einer koordinierten Handelspolitik konnten grenzüberschreitende Wachstumsimpulse wirksam werden.³⁵ Ein wesentliches Problem für Regionen mit umfangreichen natürlichen Ressourcen ist – bei kapitalistischer Produktionsweise – die Zuweisung von Eigentumsrechten. So können Rentiers die Wohlfahrtsüberschüsse aus der Förderung natürlicher Ressourcen abschöpfen, ohne, dass der breiteren Gesellschaft irgendwelche Vorteile zukommen würden. Außerdem werden ökonomische Aktivitäten außerhalb des Rohstoffsektors bei einseitiger Spezialisierung mitunter vernachlässigt.³⁶ Das Fördern natürlicher Ressourcen kann sich für eine Ökonomie also sowohl aus Effizienz- als auch aus verteilungspolitischen Gesichtspunkten als problematisch erweisen.

Ferner konnten in den nördlichen Gebieten technologische Innovationen leichter aus angrenzenden Ländern der Donaumonarchie übernommen werden, was die Industrialisierung für die relativ rückständigen Gebiete durchaus aussichtsreich machen konnte, wie Gerschenkron (1973, 123) anführt. Im Fall BiHs etwa wurden die Grenzen dieser Möglichkeiten jedoch durch die geografische Lage, aber auch durch die relativ späte Annexion durch Österreich-Ungarn früh deutlich. Zumindest die Basisinfrastruktur in Form eines Eisenbahnnetzes hatte in BiH eine Spur positiver Externalitäten durch Transfer von Technologie hinterlassen. Denn positive Effekte industriellen Fortschritts in bestimmten Regionen können sich u. U. als Kostenersparnisse auf andere Industrien auswirken, was wiederum Wertschöpfungsmöglichkeiten erweitert.³⁷ Die vorgebrachte These, wonach die genannten Unterschiede gewisse Grundlagen für ein ausgeprägtes Wohlstandsgefälle von Nord nach Süd innerhalb des späteren Jugoslawiens bildeten, kann somit nicht verworfen werden.

³⁴ vgl. hierzu Pomeranz 2000

³⁵ Diese beiden Aspekte ökonomischer Entwicklung werden von Paul Collier (2007, 58 f.) als Wachstumsfaktoren für Länder ohne Zugang zur See angesehen. In der Tat hatte etwa Kroatien-Slawonien damals noch kein Staatsgebiet in unmittelbarer Adrianähe, sodass für dieses Land Handelspolitik und Infrastruktur wesentlich waren.

³⁶ vgl. Collier 2007, 38

³⁷ vgl. Gerschenkron 1973, 125

1.2 DER UMKÄMPFTE BEGRIFF DES JUGOSLAWISMUS IN DEN VERSCHIEDENEN REGIONEN

Während bereits einige Unterschiede zwischen Nord und Süd bezüglich der wirtschaftlichen Verhältnisse herausgearbeitet werden konnten, kam die Behandlung der *politischen Entwicklungen*, die in ihrer Wechselwirkung mit den wirtschaftlichen gesehen werden können, bisher zu kurz. Dieser Abschnitt widmet sich daher vorwiegend der Beschreibung von Versuchen, die Interessen der sehr diversen südslawischen Völker unter einen Hut zu bringen, und zwar mit der „Idee einer besonderen Wechselseitigkeit, einer Beziehung besonderer Art zwischen den südslawischen bzw. jugoslawischen Nationen, nach der diese Nationen eine größere nationale Gemeinschaft darstellen.“³⁸ KroatInnen, MazedonierInnen, SerbInnen und SlowenInnen taten sich hervor, um das Abenteuer zu unternehmen, den Begriff des Jugoslawismus zu definieren. Als wichtige Konfliktlinie erwies sich dabei jene zwischen kroatischen und serbischen JugoslawistInnen, was teilweise die in Abschnitt 1.1 beschriebenen unterschiedlichen Startbedingungen für ein jugoslawisches Staatengebilde / einen jugoslawischen Staat reflektiert.

Ein wesentliches Hindernis zur Herausbildung einer einheitlichen südslawischen Zusammengehörigkeitsidee stellten die religiösen und kulturellen Unterschiede zwischen *katholischen und orthodoxen SlawInnen* dar. Die kroatisch-nationale Debatte ging dennoch davon aus, dass es über die Aussöhnung mit der Orthodoxie zu einem Bündnis gleichberechtigter südslawischer Nationalitäten kommen könnte. Bei Betrachtung dieser Diskussionen darf jedoch der Widerspruch, der sich aus den Integrationsbestrebungen und der für das kroatische Nationalverständnis prägenden, besitzbetonten Staatsrechtskonzeption ergab, nicht übersehen werden. Mit Wiedereinführung etlicher Benachteiligungen für das kroatische Volk durch das von Kaiser Franz Josef 1860 erlassene Oktoberdiplom traten die Jugoslawisten Josip Juraj Strossmayer und Franjo Rački für eine sprachliche Unifizierung sowie den Anspruch, mit Kroatien gleichberechtigter Teil der ungarischen Krone zu sein, ein.³⁹ Zu diesem Zweck wurde von Teilen der katholischen Kirche zeitweise die Existenz der SerbInnen geleugnet.⁴⁰ Erst im 20. Jahrhundert sollte es so weit kommen, dass größere politische Gruppen in Dalmatien, Kroatien und Slawonien für die „nationale Einheit“ eintraten und somit die Theorie, dass KroatInnen, SerbInnen und SlowenInnen eine gemeinsame jugoslawische Nation bilden konnten, befürworteten. Diese Vereinigung sollte ihrer Ansicht nach unter Ausblendung historischer Differenzen und eisernem

³⁸ Behschnitt 1976, 65

³⁹ vgl. Banac 2007, 153 f. Auch hohe slowenische PolitikerInnen standen dem Gedanken, innerhalb des ungarischen Königreichs gleichberechtigt sein zu können, nahe (vgl. Singleton/Carter 1982, 45).

⁴⁰ vgl. Banac 2007, 153 f.

Willen zur Einheit stattfinden, was die Existenz kroatischer Institutionen (des Staatsrechts) und somit die Positionen Strossmayers und Račkis radikal in Frage stellte.⁴¹ Gewisse VertreterInnen der nationalen Einheit nutzen dabei durchaus die Errungenschaften aus dem Eintreten Bischof Strossmayers für kroatische Rechte als Widerstand gegen die Magyarisierungspolitik zur Radikalisierung kroatisch-nationalistischer Ideen. In Dalmatien stand für die jugoslawische Bewegung die Kooperation zwischen KroatInnen und SerbInnen im Vordergrund, während sich in der Vojvodina Sympathien für den serbischen Weg ausbildeten.⁴²

Strossmayer und Rački können in den Begrifflichkeiten von Behschnitt (1976, 65 ff.) als *föderalistische Jugoslawisten* angesehen werden, was bedeutet, dass die Einigungsbestrebungen der KroatInnen in diesem Fall ihren Status als eigenständige Nation nicht mindern durfte. Das Ordnungsprinzip musste im jugoslawischen Staat spezifisch national ausgestaltet sein, während der Föderalismus auch ein staatlich-territoriales Gliederungsprinzip darstellte. In Kroatien war aber zunächst jene Gruppe von JugoslawistInnen stärker repräsentiert, die dem *integralen Jugoslawismus*, wie ihn Behschnitt (1976) beschreibt, anhing. Die Idee, dass die JugoslawInnen eine Nation seien, stand bei diesen Bewegungen im Vordergrund. Das Ziel der BefürworterInnen einer Integration ging dahin, die verschiedenen Nationen zu einem souveränen Staat zu verschmelzen, den eine möglichst homogene Nation prägen sollte. Der *unitaristische Jugoslawismus* in den Worten Behschnitts (1976) hingegen stand bei AnhängerInnen der nationalen Einheit, die sich in Kroatien im späten 19. Jahrhundert mehrten, im Vordergrund. Die Benennung einer ethnischen Gemeinschaft der JugoslawInnen durch den Unitarismus sollte der Eintracht („sloga“) unter den jugoslawischen Nationen dienen, wobei der Schwerpunkt politischer und kultureller Tätigkeit bei den jeweiligen Nationen lag, denen die UnitaristInnen angehörten. Die Konsequenz, dass aus unitaristischer Perspektive keine einheitliche jugoslawische Nation geformt werden konnte, führte nicht selten zur Vorherrschaft eines bestimmten Nationalismus (Kroatismus, Serbismus) innerhalb des Jugoslawismus.

Im Unterschied zu den Konzeptionen des Jugoslawismus mit kroatischem Hintergrund berief sich der Slawismus serbischer Prägung dezidiert auf seine orthodoxen Wurzeln und die Führungsrolle Russlands innerhalb der orthodoxen SlawInnen. Als Reflex aus der Zeit der osmanischen Kriege versuchte der serbische Slawismus, seine Macht über territoriale Expansion auszudehnen, was auch auf die Assimilierung Nicht-Orthodoxer, vorwiegend von MuslimInnen, hinauslief. Eine Wende in der Definition der serbischen Nation und eine damit einsetzende Säkularisierung stellte die

⁴¹ vgl. ebd.

⁴² vgl. Singleton/Carter 1982, 45

Perzeption der von der deutschen Romantik beeinflussten Schriften Vuk Karadžićs (1787-1864) dar.⁴³ Anstatt AlbanerInnen, BulgarInnen, MazedonierInnen und WlachInnen über die Zugehörigkeit zum serbischen Patriarchat zu assimilieren, sollte fortan der Gebrauch des Štokavischen, eines wichtigen südslawischen Dialekts, für die Außenprojektion serbischer Identität zentral sein. Mitte des 19. Jahrhunderts schlug der serbische Außenminister Garašanin konsequenterweise vor, das Staatsgebiet Serbiens auf all jene Gebiete auszuweiten, wo über die sprachliche Klassifizierung identifizierte SerbInnen lebten.⁴⁴

Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs sollte also keine homogene jugoslawische Idee entstehen. Die Vereinigung südslawischer Nationen hätte nach Ansicht der meisten KroatInnen und SlowenInnen auch innerhalb der Donaumonarchie erreicht werden können. Die Schaffung einer gleichberechtigten Nation neben Ungarn als Folge des Ausgleichs von 1867 hätte für Serbien durch das Aufgehen innerhalb Ungarns jedoch die Aufgabe der Unabhängigkeit bedeutet – und widersprach dem serbischen Ziel, eine Vereinigung der SerbInnen anstatt eine der SüdslawInnen zu erreichen. Dies wurde realpolitisch mit der gen Süden expansionistischen Politik unter Premierminister Nikola Pašić unterstrichen.⁴⁵ Die Beschlüsse des Berliner Kongresses zeitigten aus der Sicht Serbiens erste Erfolge, indem die „Neuen Gebiete“ im südlichen Moravagebiet dem Fürstentum zugeschlagen wurden. Gleichzeitig besteht Behschnitt (1976) jedoch darauf, dass die Expansion nach Süden nach der Okkupation BiHs durch das HabsburgerInnenreich nicht freiwillig geschah. Die territoriale Expansion um primär Mazedonien und Altserbien (Kosovo-Metochija) führte zur Ausdehnung des serbischen Einflussbereichs.⁴⁶

Mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns (1914) an das nunmehrige Königreich Serbien steckte ebendieses auch in Kroatien und Slowenien eifrig seine Gebietsansprüche ab, Pašić sah sich aber gezwungen, auf die kroatischen PolitikerInnen, deren Forderung nach südslawischer Vereinigung auf gleicher Augenhöhe nach wie vor bestand, einzugehen. Insbesondere zwei Mitglieder des Jugoslawischen Komitees, das im Exil wirkte, kämpften für die Durchsetzung eines neuen Staatsgebildes im Gegensatz zur serbischen Machtausweitung: die Kroaten Frano Supilo und Ante Trumbić. Sie erreichten die Aufstellung eines jugoslawischen Freiwilligencorps und die Übernahme eines Platzes in Pašićs Kabinett mit einer Person aus dem Jugoslawischen Komitee.⁴⁷ Die

⁴³ France Prešeren (1800-49) und Ljudevit Gaj (1809-72) stellten für Slowenien bzw. Kroatien wichtige Vermittler eines „vagen südslawischen Zusammengehörigkeitsgefühls“ dar (Singleton/Carter 1982, 44).

⁴⁴ vgl. Banac 2007, 154 f.

⁴⁵ vgl. ebd., 155 f.

⁴⁶ vgl. Behschnitt 1976, 32

⁴⁷ vgl. Banac 2007, 156

unitaristischen serbischen Ambitionen am Balkan kollidierten also mit den föderalistischen Ideen kroatischer PolitikerInnen, deren einflussreichste ExponentInnen zur damaligen Zeit aus dem Londoner Exil tätig wurden. Elemente des serbischen Nationalismus, die sich in Pašićs imperialistischem Vorgehen auszudrücken vermochten, charakterisierten das nicht Vorhandensein des Ziels der Bildung einer einheitlichen jugoslawischen Nation, wohingegen ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen den Positionen kroatischer SpitzenpolitikerInnen und jenen Positionen der sich in Kroatien formierenden „Nationalen Einheit“ (s. o.) bzgl. des Jugoslawismusbegriffs festgestellt werden kann. Nach Ansicht von Behschnitt (1976, 333) „sind die Varianten des Jugoslawismus“ sogar „als Sekundärformen des Nationalismus der südslawischen Völker einzustufen“.

Infolge des regen Zulaufs zur südslawischen Bewegung am Vorabend der sich abzeichnenden Niederlage Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs wurde am 29. Oktober 1918 die *Vereinigung der kroatischen Länder* zu einem unabhängigen Staat verkündet. Darüber hinaus beschloss das kroatische Parlament, dass der neu gebildete Staat im Zusammenschluss der KroatInnen, SerbInnen und SlowenInnen aufzugehen hatte und übertrug somit alle Machtbefugnisse auf den Nationalrat. Die schwerwiegenden Folgen dieses Beschlusses für die Souveränität Kroatiens kristallisierten sich noch im selben Jahr heraus: Der einer einseitigen Vereinigung zugunsten Serbiens zugeneigte Nationalrat stimmte schließlich unter Federführung des einflussreichsten serbischen Politikers in Kroatien, Svetozar Pribićević, und der Serbisch-Kroatischen Koalition einer unvorbereiteten und bedingungslosen Union mit Serbien zu. Lediglich Stjepan Radić, Vorsitzender der Bäuerinnen- und Bauernpartei, warnte vor diesem Schritt und sah sich deswegen fortan mit konsequenter Oppositionsarbeit konfrontiert.⁴⁸ Zu dieser Zeit bot lediglich die wenig machtvolle Sozialdemokratie den AnhängerInnen eines synthetischen Nationalismus ansatzweise einen sicheren Hafen des „Serbokroatismus“. Die Basis für die Auffassung enger ethnischer Verwandtschaft von KroatInnen und SerbInnen wurde innerhalb der zwei Nationen in intensiven Debatten über grundlegende Kriterien jugoslawischer Konzeptionen geschaffen, die SozialdemokratInnen konnten sich von den Primärformen des kroatischen bzw. serbischen Nationalismus aufgrund ihrer eigenen funktionellen Auslegung des Nationalismus leichter als andere Parteien distanzieren.⁴⁹

⁴⁸ vgl. Banac 2007, 157

⁴⁹ vgl. Behschnitt 1976, 334; Nach der letzten regulären Wahl vor der Gründung der Königsdiktatur (1929) im Jahre 1927 war die Sozialdemokratische Partei nicht einmal mehr im Unterhaus (in der „Skupština“) vertreten (vgl. Singleton/Carter 1982, 48).

Nicht nur die selbst in Kroatien und Slawonien spät stattgefundene Industrialisierung sollte die Möglichkeiten einer sozialdemokratischen Partei beschränken. ExponentInnen der ArbeiterInnenbewegung wurde die Organisation untersagt, sie wurden von Regierungsseite verfolgt. Ihre AnhängerInnen fand die Partei zumindest bis zur Jahrhundertwende weniger im Industrieproletariat als in der Bäuerinnen- und Bauernschaft, bei Angehörigen des Handwerk und des Kleinhandels, was die geringe Neigung zum Klassenkampf trotz marxistisch-revolutionärer Mobilisierungsparolen erklären könnte.⁵⁰ Im Gegensatz zur kommunistischen Partei konnte die Sozialdemokratie jedoch zunächst ihre Sitze behalten – erstere wurde trotz (oder gerade wegen) „establishing 'for the common state a democratic, parliamentary, centralised, monarchical form of government““ nach Inkraftsetzung der Verfassung des neuen Königreichs aus der Nationalversammlung verabschiedet.⁵¹

Resümierend kann festgehalten werden, dass sich auf den Gebieten des späteren Jugoslawiens die vordergründigen politischen Konflikte um die Jahrhundertwende im Wesentlichen auf die Linien Kroatiens und Serbiens beschränkten. Dazu haben die Definitionsversuche eines Jugoslawismus, deren aufkommenden Ansätze bereits vor dem 19. Jahrhundert zu beobachten waren, ebenso beigetragen wie die unterschiedlichen polit-ökonomischen Entwicklungen Kroatiens bzw. Sloweniens und Serbiens. Mazedonien war zur damaligen Zeit wechselseitig unter bulgarischem, osmanischem und serbischem Herrschaftsbereich, was dort JugoslawistInnen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen marginalisierte. BiH geriet des Öfteren zwischen die Fronten kroatischer und serbischer JugoslawistInnen verschiedener Prägung, während sich die Sympathien für den serbischen Weg in Montenegro und der Vojvodina durchsetzten, in Gebieten also, die schließlich ebenso von Serbien einverleibt wurden wie Kosovo-Metochija (Altserbien), welches zwischenzeitlich Teil Großalbanens wurde und somit kaum einem jugoslawistischen Einflussbereich zugeordnet werden konnte. Die Konsequenzen aus der territorialen und politischen Stärkung Serbiens sollten sich nun in den Nord-Süd-Verhältnissen innerhalb des neuen Königreichs nach dem Ersten Weltkrieg spiegeln.

⁵⁰ vgl. Behschnitt 1976, 267

⁵¹ vgl. Singleton/Carter 1982, 47

1.3 DAS NORD-SÜD-VERHÄLTNIS INNERHALB JUGOSLAWIENS ZWISCHEN 1918 UND 1943

Die unterschiedlichen Prägungen des Jugoslawismus entfalteten ihre Wirkung auf die politischen Kräfte in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Im Zentrum standen dabei zunächst die kroatische und die serbische Version einer Staatsbildung, wobei der zweiten die entscheidende Rolle in der Entwicklung des neuen jugoslawischen Staates zukommen sollte. Serbien expandierte bereits vor Beginn des Ersten Weltkriegs nach Süden, wodurch es den riskanteren Weg der Expansion nach Westen (BiH) gemieden hatte.⁵² Während führende AkteurInnen in den nördlichen Republiken aufgrund ihrer historischen Orientierung gen Österreich/Ungarn eine andere Idee von gemeinsamem Staat hatten, wurde das von den meisten PolitikerInnen des Nordens eher als Pflichtbündnis empfundene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (SHS),⁵³ das sich aus BiH, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien konstituierte, 1918 aus der Taufe gehoben. Somit war auch die Vorstellung einiger KroatInnen und SlowenInnen von einer gleichberechtigten Entität innerhalb der Donaumonarchie zertrümmert worden.⁵⁴ Bis 1926 hinein kam es jedoch immer wieder zu Grenzkonflikten, obwohl unter der Regentschaft von Aleksandar Karađorđević bereits im Sommer 1921 die neue Verfassung erlassen worden war.⁵⁵

Besonders Italien und die Alliierten hatten gewisse Vorstellungen eines jugoslawischen Staates, die sich nicht immer mit jenen der jugoslawischen Völker vertrugen. Serbiens Rolle innerhalb des SHS wurde durch diese äußeren Einflüsse eingeschränkt.⁵⁶ Hierbei sei auch auf die Heterogenität des Staatsvolks hingewiesen – neben ca. einer halben Mio. Deutscher, rund 470 000 UngarInnen und knapp 440 000 AlbanerInnen waren RumänInnen (~ 230 000), TürkInnen (~ 150 000) und TschechoslowakInnen (~ 115 000) nennenswerte Minderheiten im SHS (Zahlen nach der Volkszählung von 1921), woraus folgt, dass etwa ein Sechstel (zwei der zwölf Mio. Menschen) der südslawischen Bevölkerung nicht südslawischer Herkunft war.⁵⁷

Die *Wilson'sche Formel*, durch die Bulgarien und Italien Ansprüche auf Gebiete geltend machten, welche auch Kroatien oder Serbien zugeschlagen hätten werden können, sorgte noch vor dem Ersten Weltkrieg für nicht enden wollende territoriale Konflikte. Besonders umstritten war der Status der Regionen um Triest, Istriens, von Teilen Sloweniens sowie Dalmatiens mit Zadar und der

⁵² vgl. Banac 2007, 156

⁵³ Erst ab 1929 lautete der offizielle Name „Königreich Jugoslawien“ (vgl. Đilas 1973, 35 [Fn.]).

⁵⁴ vgl. Singleton/Carter 1982, 58

⁵⁵ vgl. ebd., 47

⁵⁶ vgl. Weißenbacher 2005, 33

⁵⁷ vgl. Singleton/Carter 1982, 59

Mehrheit der istrischen und dalmatinischen Inseln. Bulgarien reagierte auf den Misserfolg der Alliierten, Serbien die Vorherrschaft in Teilen Mazedoniens abzusprechen, mit dem Überfall auf Serbien (1915).⁵⁸ Zwischen 1915 und 1918 war Serbien von kaiserlich-königlichen und bulgarischen Truppen besetzt gewesen, danach bestand das Land im Wesentlichen aus den Gebieten der Šumadija und der Umgebung Belgrads mit einer gewissen industriellen Basis, den in Abschnitt 1.2 definierten „Neuen Gebieten“ und den südlichen Regionen Mazedoniens sowie des Sandžaks, die wirtschaftlich relativ rückständig gewesen waren.⁵⁹ Die *ökonomisch relativ entwickelten Länder* Kroatiens und Sloweniens waren zu dieser Zeit zwar weiterhin *wichtige Finanzzentren*, Serbien versuchte aber die Kompensation seiner wirtschaftlichen Nachteile mit dem Ausspielen seines Status des politischen Zentrums.⁶⁰

Denn wie schon der Name des neu entstandenen Staatengebildes des SHS - „Država Srba, Hrvata i Slovenaca“ - andeutet, war die politische Vorherrschaft der SerbInnen innerhalb des Bündnisses eindeutig gegeben. Die Mehrzahl der KroatInnen und SlowenInnen fanden sich nach langer Zeit unter österreichisch-ungarischer Herrschaft plötzlich unter serbischer Dominanz wieder, eine Dominanz, der sich die überwiegend unerfahrenen slowenischen und kroatischen PolitikerInnen aufgrund der Umstände unterwerfen mussten.⁶¹ Serbien konnte durch Punkt Elf der Wilson'schen 14 Punkte, die als Basis einer Friedensvereinbarung nach dem Ersten Weltkrieg dienen sollten, direkten Zugang zum Meer erhalten. Ein Slowene übernahm indes die Leitung des Nationalrats (welcher zuvor den Anschluss an das SHS beschlossen hatte, KS) in Zagreb. Im November 1918 beschloss die montenegrinische Nationalversammlung, König Nikola abzusetzen und die Vereinigung mit Serbien zu proklamieren, womit der Gründung des SHS in der beschriebenen Form nichts mehr im Wege stand.⁶² Zuvor verfolgte Nikola bis 1910 als Fürst, danach als König die eigenständige, vom SerbInnentum getrennte Entwicklung Montenegros, ab Anfang des 20. Jahrhunderts wurde sein autokratischer Führungsstil durch das Parlament und die entstehenden Parteien zumindest eingeschränkt.⁶³

Anknüpfend an die *staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik* des unabhängigen serbischen Staates vor dem Ersten Weltkrieg sollte *auch die ökonomische Entwicklung der nicht-serbischen Gebiete des SHS* nun von dieser Politik geformt werden, wobei trotz des Ziels der Autarkie die

⁵⁸ vgl. Weißenbacher 2005, 34 f.

⁵⁹ vgl. Singleton/Carter 1982, 52

⁶⁰ vgl. ebd., 59

⁶¹ vgl. Banac 2007, 158

⁶² vgl. Singleton/Carter 1982, 58 f.

⁶³ vgl. Behschnitt 1976, 27; Die These der eigenständigen Entwicklung ist nicht unumstritten, wie selbiger anmerkt.

Präsenz ausländischen Kapitals am Balkan zunahm. Aufgrund der Erholung der Nachfrage in den Ökonomien des ehemaligen HabsburgerInnenreichs und am heimischen Markt kam es zu einer raschen Entstehung neuer Industrien in Folge des Ersten Weltkriegs. Von staatlicher Seite wurde die industrielle Entwicklung einerseits durch Schutzzölle (welche sich 1925 durchschnittlich auf 25% des Verkaufspreises für verarbeitete landwirtschaftliche Produkte, Leder- und Metallwaren beliefen), günstige Kredite, Infrastrukturausbau und Subventionen gefördert. Später übernahm eine staatlich geführte Aktiengesellschaft mit Unterstützung einer Abteilung des Ministeriums für Wirtschaft und Industrie die weitgehende Kontrolle über die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte, welche vorwiegend aus Getreide und Pflaumen bestanden hatte.⁶⁴ Möglicherweise legte die serbische Staatsführung ihren wirtschaftspolitischen Prinzipien einige Ideen des deutschen Ökonomen Friedrich List zugrunde – dieser sah Schutzzölle als absolut notwendiges Instrument zum Schutz junger Industrien gegen etablierte ausländische Konkurrenz an.⁶⁵

Der zunehmende Protektionismus führte jedoch andererseits ab den frühen 1920er-Jahren zur Beeinträchtigung wirtschaftlicher Beziehungen zu (anderen) ehemaligen Teilen der Habsburgermonarchie, gleichzeitig stärkte er die Macht der Zentralregierung in Belgrad, indem die Zolleinnahmen dieser zu Gute kamen. Weiters wurden die *Industrien Kroatiens und Sloweniens durch die serbische Politik negativ beeinflusst*.⁶⁶ Auch die Wachstumsraten der nördlichen Industrien wichen von jenen der jungen südlichen ab, die grundlegende Eisenbahninfrastruktur wurde in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre aber ebenso in südlicheren Regionen wie etwa Mazedonien erweitert.⁶⁷ Dennoch verharrten weite Teile des SHS in von Subsistenzwirtschaft geprägter Isolation, der der schlechte Zustand der Straßen zuträglich war. Die staatliche Industrialisierungspolitik zeigte - abgesehen vom Sektor des Rohstoffabbaus - wenige Erfolge. Das niedrige Lohnniveau der südlichen Provinzen löste Unzufriedenheit in Kroatien und Slowenien aus, zumal zumindest *in Slowenien bereits wohlfahrtsstaatliche Elemente* vorzufinden waren. Nationalchauvinistische Argumente kamen von slowenischer Seite in der Diskussion um ein einziges industrielles Zentrum im Norden des Reichs zum Einsatz.⁶⁸ In Folge der Großen Depression kam es zu einem weiteren Ausbau administrativer Formen der Regulierung der Ökonomie, was Formen der Innenregulierung (z. B. Verstaatlichung von Unternehmen) und fiskalische Instrumente (etwa

⁶⁴ vgl. Singleton/Carter 1982, 60; Kapitalimporte wären nach Rostow (1960, 46) ein normales Merkmal des wirtschaftlichen Aufstiegs einer Volkswirtschaft. Nach der Erfahrung des Verfassers der vorliegenden Arbeit ist hingegen der Einfluss ausländischen Kapitals für die wirtschaftliche Entwicklung durchaus ambivalent, empirisch untermauert werden konnte (vgl. Stransky 2009 [unveröffentlicht]).

⁶⁵ vgl. Fischer/Hödl/Sievers 2008, 13

⁶⁶ vgl. Singleton/Carter 1982, 62 f.

⁶⁷ vgl. ebd., 72 f.

⁶⁸ vgl. ebd., 76 f.

Veränderungen im Steuersystem) umfasste. Die Geografie des SHS sprach aber gegen die Erreichung des Ziels der Autarkie. Darüber hinaus hatten die massiven Zollschranken den Effekt, dass ausländische WettbewerberInnen für signifikanten Zufluss von Auslandskapital sorgten. Nach 1935 sollte sich diese Tendenz noch verstärken, als das nationalsozialistische Deutschland im Zuge seiner Kriegsvorbereitungen seine Wirtschaftsaktivitäten am Balkan ausbaute.⁶⁹ Darüber hinaus dürfte trotz der sehr ernsten Folgen der Wirtschaftskrise während der Königsdiktatur mit finanziellen Mitteln verschwenderisch umgegangen worden sein.⁷⁰

Der *Widerstand gegen die politische Dominanz Serbiens* wurde *innerhalb Kroatiens* am effektivsten von Seiten der kroatischen Bäuerinnen- und Bauernbewegung (HSS) artikuliert, die mit ihren Anführern Stjepan Radić und Vladko Maček selbst die „entlegensten kroatischen Flecken“ erreichte. Nach den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung im November 1920 nutzten die beiden großen zentralistischen Parteien (Unitaristische DemokratInnen und Großserbische Radikale) die Abwesenheit Radićs und der KommunistInnen in der Versammlung zum Aufbau des Bündnisses mit der türkisch-albanischen Partei Kosovos, den bosnischen MuslimInnen sowie einer Splittergruppe slowenischer AgrarierInnen und somit zum Beschluss der zentralistischen Verfassungsvorlage. Nach der Annahme dieser Verfassung war es fortan nicht mehr möglich, die nationale Frage ohne das Hinterfragen des verfassungsrechtlichen Rahmens anzusprechen.⁷¹

An der Absenz einflussreicher KroatInnen auf Bündnisebene veränderte sich bis zur Desintegration der Monarchie 1941 nichts, obwohl KroatInnen fast ein Drittel der zwölf Mio. Personen umfassenden Population stellten.⁷² Der Konflikt um die kroatische Frage spitzte sich nach der vom König herbeigeführten Ablöse des Kabinetts Pašić-Pribičević, welches seit Frühjahr 1924 regiert hatte, durch den oppositionellen Block um Ljubomir Davidović, Vorsitzender der unitaristischen DemokratInnen, weiter zu. Davidović machte der HSS Zugeständnisse, deren monarchiekritischen Aktivitäten unter ihrem Anführer Radić damals kroatische Bäuerinnen und Bauern in BiH und Dalmatien mobilisierten. König Aleksandar sah sich darauf hin gezwungen, Pašić und Pribičević wieder einzusetzen, die die HSS sogleich wegen ihrer Verbindungen zur Roten Bäuerinnen- und Bauern-Internationale als kommunistisch verboten, was auf Basis der zuvor bereits im Jahre 1921 beschlossenen antikommunistischen Gesetze geschehen war.⁷³

⁶⁹ vgl. ebd., 63-65

⁷⁰ vgl. Đilas 1973, 12

⁷¹ vgl. Banac 2007, 158 f.

⁷² vgl. Singleton/Carter 1982, 47

⁷³ vgl. Banac 2007, 161

Die ungebrochene Unterstützung für die Partei des inzwischen inhaftierten Radić drückte sich in den folgenden Wahlen vom Frühjahr 1925 aus. Danach wurde dem Spitzenpolitiker die Auflösung der HSS angedroht, was Radić dazu veranlasste, die zentralistische Verfassung anzuerkennen und anstatt mit Pribićević zusammen mit Pašić eine Koalition bis April 1926 einzugehen, in der er schließlich selbst das Amt des Erziehungsministers bekleidet hatte. Nachdem aus dieser Konstellation keinerlei Erleichterungen für die KroatInnen folgten, entschloss sich Radić abermals zur Opposition gegen Belgrad und auch der ehemals radikale Zentralist Pribićević wechselte die Fronten, indem er mit Radić kooperierte. Dieser und dessen MitstreiterInnen wurden, bevor sie die Unabhängigkeit Kroatiens fordern konnten, im Sommer 1928 während einer Parlamentssitzung von einem serbischen Abgeordneten niedergeschossen. Der König schaffte aus Angst um die nationale Einheit am 6. Jänner 1929 Verfassung, Parlament und politische Parteien ab und wachte fortan ohne Mittler über die staatliche Integrität des Reichs.⁷⁴ Von nun an hieß dieses Königreich Jugoslawien.⁷⁵

Zuvor hatte der König noch versucht, zwischen den Parteien eine Verhandlungslösung der kroatischen Frage herbeizuführen, was an serbischem Widerstand scheiterte. 1931 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die viele Formen politischer Aktivität verbot und der exekutiven Gewalt rund um den König breite Machtbefugnisse einräumte. Kroatische, muslimische und slowenische PolitikerInnen durften, sofern sie nicht verfolgt werden wollten, sich an keinen unabhängigen politischen Aktivitäten beteiligen, der Staatsapparat (Legislative, Militär, Judikative) war noch stärker als früher serbisch dominiert und der König konnte die Hälfte der Senatsmitglieder direkt einsetzen.⁷⁶ Milovan Đilas, der zweite Mann des frühen Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg, beschrieb die Stimmung im Lande unmittelbar nach Ausrufung des autoritär-monarchistischen Jugoslawiens folgendermaßen: „Als erste waren die Führer der Parteien davon [von der Verschärfung des politischen Klimas] betroffen. [...] Die Presse war zum Schweigen gezwungen, und das gesamte öffentliche Leben stand unter der Kontrolle einer Polizeiorganisation, so hart und brutal, daß die Unterdrückung nur durch deren Stumpfsinnigkeit gemildert wurde.“⁷⁷

Mit der Gründung des Ersten Jugoslawiens wurde das Staatsgebiet in *neue administrative Territorien* aufgeteilt, in „banovine“ (Provinzen), die *nach geografischen Gegebenheiten* benannt worden waren und vorangehende Grenzziehungen unberücksichtigt ließen. 1931 hatten bereits die ersten Grenzanpassungen zu erfolgen, Ende der 1930er-Jahre wurden den kroatischen

⁷⁴ vgl. ebd., 161 f.

⁷⁵ vgl. Weißenbacher 2003, 44

⁷⁶ vgl. Singleton/Carter 1982, 48 f.

⁷⁷ Đilas 1973, 13

NationalistInnen eine eigene „banovina“ mitsamt gesetzgebender Versammlung, dem „sabor“, zugestanden. Auf diesem Gebiet lebten damals noch zu 20% SerbInnen.⁷⁸ Diese Entwicklungen konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der jugoslawische Unitarismus unter der autoritären Herrschaft Aleksandars zu einer totalitären Ideologie mit faschistischen Zügen wandelte. Insbesondere in Kroatien hatten sich militante Gruppen gebildet, von denen die „Ustaše“⁷⁹ (Aufständischen) mit der von ihnen veranlassten Ermordung des Königs (1934) am meisten Bekanntheit erlangen sollten. Neben der Berücksichtigung dieser Tatsache trug auch die Regentschaft Prinz Pauls, der als Herrscher Aleksandar nachfolgte, zu einer konzilianteren Politik im Zusammenhang mit der nationalen Frage bei.⁸⁰ Die Herausbildung einer distinktiv kroatischen „banovina“ kann also auch als eine Folge zunehmender Kompromissbereitschaft von Seiten des Regenten gesehen werden.

Die *ökonomischen Differenzen im Nord-Süd-Verhältnis* schienen zunächst für die zentralen Konflikte im SHS *weniger bedeutend als die Widersprüche zwischen den politischen Programmen* der pro- und antizentralistischen Kräfte in der Konstituierenden Versammlung. So spielten „[u]nter den antizentralistischen Kräften [...] die wichtigsten Parteien der Slowenen und der bosnischen Muslime eine vermittelnde Rolle“, obwohl sie „für die Autonomie ihrer nationalen und konfessionellen Gruppen kämpften und sich somit Radićs harter Opposition annäherten“.⁸¹ Weniger ausgleichend wurde die nationale Frage hingegen unter den slawischen MazedonierInnen, den MontenegrienerInnen und den albanischen KosovarInnen verarbeitet – diverse Gruppen von Aufständischen waren ebenso wie die KommunistInnen, die bereits zu dieser Zeit eine bedeutende Rolle am Südrand der Monarchie eingenommen hatten, heftiger Repression ausgesetzt, was sie gewissermaßen zusammenschweißte. Ab Ende der 1920er-Jahre wurde nach Entmachtung des „rechten“ Parteiflügels mit Sima Marković an dessen Spitze innerhalb der inzwischen verbotenen Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) die Position vertreten, die Führungsrolle bei der Artikulation nationaler Interessen einnehmen zu können. Mitglieder der Parteiorganisation in Zagreb, unter ihnen ein gewisser Josip Broz, warben für diese Position.⁸²

Die These, dass die KP in den ärmsten Regionen des Südens besondere Unterstützung genoss, kann auch anhand anderer Quellen bestätigt werden. Zu einer Zeit, als die Unterdrückung von

⁷⁸ vgl. Weißenbacher 2003, 44

⁷⁹ Von Ante Pavelić gelenkte, zunächst illegale und u. a. von Italien unterstützte Terrororganisation, konnte diese 1941 das „unabhängige“ Kroatien gründen (vgl. Đilas 1973, 113 [Fn.]). Näheres dazu in Abschnitt 1.5.

⁸⁰ vgl. Banac 2007, 162 f.

⁸¹ ebd., 160

⁸² vgl. ebd., 160 f.

Gewerkschaften und der institutionelle Ausschluss der KP, die ursprünglich die drittgrößte Fraktion in der Nationalversammlung stellte, verfestigt wurden, intensivierten *vor allem die Bäuerinnen und Bauern Montenegros sowie die TabakarbeiterInnen Mazedoniens ihre Unterstützung für die KommunistInnen*. Gleichzeitig rekrutierten sich ihre führenden Persönlichkeiten aus Intellektuellen und FacharbeiterInnen aus nördlichen Provinzen. Nach dem Verbot der KP war diese fortan im Untergrund tätig.⁸³ Ebenso musste sich die HSS unter ihrem neuen Anführer Vladko Maček trotz ihrer starken Unterstützung von Seiten der KroatInnen über informelle Kanäle organisieren.⁸⁴

1928 kündigte die KPJ also an, das einheitsstaatliche Königreich durch ein föderales System ablösen zu wollen. Die Anerkennung jugoslawischer Nationen und deren Selbstbestimmungsrecht waren wahrscheinlich zentrale Faktoren für den Sieg der PartisanInnen nach 1943, was zumindest Josip Broz, also Tito, hervorhob, indem er den nationalen Befreiungskampf als emanzipatorisches Vehikel für die „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ der diversen jugoslawischen Völker und als Ausdruck der Ablehnung von allem, was das alte Regime gekennzeichnet hatte, klassifizierte.⁸⁵ Zu Zeiten der Königsdiktatur waren nämlich etliche Mitglieder des Zentralkomitees der KPJ, von denen manche die Moskauer Politschule besucht hatten, hingerichtet worden.⁸⁶ Erst 1938, nach den Parlamentswahlen, wurde die Kluft zwischen KroatInnen und SerbInnen reduziert, was einem Eingeständnis des Misserfolgs eines jahrzehntelangen Kampfs gegen national orientierte Oppositionelle gleichkam. Dennoch verblieben Ustaše und die KPJ in der Illegalität, wobei letztere unter ihrem neuen Generalsekretär Tito radikal umgebaut und von internen Differenzen in Bezug auf die Strategie des Umgangs mit den parlamentarischen Kräften geprägt worden war. Ein Opfer dieser parteiinternen Konflikte wurde Miroslav Krleža, ein kroatischer Intellektueller, der starke Abneigungen gegen die Politik Stalins hegte und als Trotzkist aus der KPJ ausgeschlossen wurde.⁸⁷

Nach dem Putsch serbischer ArmeeverschwörerInnen vom 27. März 1941 beschlossen etwa drei Wochen später Bulgarien, Deutschland, Italien und Ungarn, unter Federführung Hitlers, Jugoslawien anzugreifen. Die königliche Regierung floh mitsamt führender Mitglieder der HSS nach London, um von nun an die alliierte Exilregierung anzuführen.⁸⁸ Jugoslawien wurde aufgeteilt,

⁸³ vgl. Singleton/Carter 1982, 47; Der von den Autoren auf 47 f. vertretenen Ansicht, die Aktivitäten der KommunistInnen hätten ab diesem Zeitpunkt stärkere Relevanz für die Geschichte der Dritten Internationalen als für jene Jugoslawiens gehabt, sei hier widersprochen – Evidenz für diesen Widerspruch wird u. a. auf Basis von Đilas (1973) präsentiert werden.

⁸⁴ vgl. Banac 2007, 163

⁸⁵ vgl. Weißenbacher 2003, 34

⁸⁶ vgl. Đilas 1973, 14 f.

⁸⁷ vgl. Banac 2007, 163-5

⁸⁸ vgl. ebd., 165; „Sehr viele Mitglieder der Kroatischen Bauernpartei (HSS) [...] unterstützten anfänglich die Errichtung des Ustascha-Regimes. [...] 1942 und insbesondere 1943 schloss sich eine beträchtliche Zahl von ihnen

doch die verkürzte Beschreibung der Entwicklungen nach 1941, dass „the Nazi and Fascist forces had no difficulty in breaking asunder the brittle structure of royal Yugoslavia, and in watching while Croat *ustaša*; Serbian *četnici* and Communist-led partisans murdered each other in a frat[er]nicidal bloodbath“,⁸⁹ soll für die vorliegende Arbeit nicht ausreichen.

An den grundlegenden ökonomischen Differenzen zwischen nördlichen und südlichen Regionen *veränderte sich* trotz und auch ein Stück weit wegen der zentralistischen Wirtschaftspolitik in der Zwischenkriegszeit *nur sehr wenig*. Erwähnenswerte Veränderungen zeichneten sich jedoch in den Organisationsformen politischen Widerstands gegen das mit fortschreitender Zeit immer autoritärer agierende Regime ab. Darauf deutete auch die durchaus erwähnenswerte Organisationsdichte der StudentInnen zu Zeiten des SHS hin: „[D]ie Demonstrationen hatten im Volk ein gewaltiges Echo gefunden. Sie waren die Geburtsstunde der kommunistischen Organisationen der Zeit nach der Diktatur. Sie waren der Ursprung einer mächtigen Bewegung unter den Studenten, die unter kommunistischem Einfluß immer weiter wuchs. [...] Die offizielle Parteiführung [der KP, KS] begriff die Bedeutung der Demonstrationen nicht.“⁹⁰

Auch versuchten im Norden Jugoslawiens über eine signifikante Periode der Zwischenkriegszeit einerseits, kroatisch-national(istisch)e Kräfte (vgl. dazu oben, Abschnitt 1.2) ihre Ideen gegen die im SHS bzw. späteren Königreich Jugoslawien kondensierte serbische Vorherrschaft auf politischer Ebene durchzusetzen. Vor allem die Rolle der Bäuerinnen- und Bauernpartei sei hier hervorgehoben. Andererseits resultierte Widerstand aus den Handlungen wirtschaftlicher AkteurInnen in den nördlichen Landesteilen, denen die Art, mit der Serbien seine benachteiligte ökonomische Situation mit von Oben herab angeleiteter Umverteilung zu kompensieren versucht hatte, ein Dorn im Auge war. Als Beispiel dafür kann die Artikulation wirtschaftlich-chauvinistischer Interessen von Seiten slowenischer und kroatischer PolitikerInnen genannt werden.

Für die spätere politische Entwicklung noch zentraler waren die sich in den südlichen Gebieten herausbildenden Formen des Widerstandes gegen das serbisch dominierte Regime. Die territoriale Expansion Serbiens selbst hinterließ in den neu besetzten Gebieten den Eindruck, sie würden kolonialisiert werden. Ihre Einbindung in die zentralistische Wirtschaftsleitung sorgte für das Aufkeimen von Widerstand unter ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern, die wegen der

den Partisanen an.“ (Goldstein 2007, 175).

⁸⁹ Singleton/Carter 1982, 49 (Hervorhebung im Original); Ein „*četnik*“ war ursprünglich ein Freiwilliger, der in den Befreiungskriegen gegen das Osmanische Reich kämpfte. Seine Nachfolger agierten im ersten Balkankrieg sowie im Ersten Weltkrieg als Teile der regulären serbischen Armee (vgl. Đilas 1973, 27 [Fn.]).

⁹⁰ Đilas 1973, 55

arbeitsintensiven Produktion landwirtschaftlicher Produkte bzw. dem arbeitsintensiven Abbau natürlicher Ressourcen ihrer Macht im Produktionsprozess verstärkt Gehör verschaffen konnten. Die Organisation der KPJ fasste hier auf breiterer Basis Fuß als im Norden Jugoslawiens. Sie sollte fortan als einzige Gruppierung der Diktatur ernsthaft bedrohlich werden – die Unzufriedenheit unter den StudentInnen entwickelte sich über Rebellion und revolutionärem Kampf zu vollwertigen Organisationen.⁹¹ Wie Zakošek (1984, 10) betont, konnte sich die Partei aber erst kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs organisatorisch festigen - zuvor war in der Komintern sogar ihre Auflösung erwogen worden.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die „Zentrale“ in Belgrad durchaus sowohl relativ entwickelte als auch relativ unterentwickelte Regionen zu ihren Gunsten benachteiligte. Dies konnte jedoch nicht ohne sich zum Teil in latent revolutionären politischen Dynamiken ausgedrücktem Widerstand über die Bühne gehen. Abgesehen davon, dass von der Königsdiktatur jegliches Hinterfragen der Autoritäten unerwünscht und als revolutionär bezeichnet worden war, wurde von immer mehr politischen Menschen in Jugoslawien die vage Idee, die grundlegenden Produktionsverhältnisse umzugestalten, als wahrhaft revolutionär angesehen. Allerdings musste man sich als Person, die sich für kommunistische Ideale einsetzte, vorsehen, innerhalb der KP nicht zu sehr anzuecken – wie der Fall Krleža zeigte, war die innerparteiliche Struktur als „bolschewisiert“ zu bezeichnen, da parteiinterne Fraktionen ausgeschaltet worden waren.⁹²

⁹¹ vgl. Đilas 1973, 79

⁹² vgl. Zakošek 1984, 10

1.4 EXKURS - DIE URSPRÜNGE DES SELBSTVERWALTUNGSBEGRIFFS UND ANFÄNGE SOZIALISTISCHER ENTWICKLUNG IN DIVERSEN LÄNDERN

„Unser Weg zum Sozialismus steht im Einklang mit der marxistischen Lehre.“ - Tito 1950

„Praktisch wird nichts nach Marxschen Grundsätzen getan.“ - Đilas 1957⁹³

Da die Betrachtung der Entwicklungen eines Landes sowohl in ihrem historischen Kontext als auch in ihren internationalen Zusammenhängen für die Behandlung der Fragestellung notwendig ist, wird dieses Unterkapitel der Darstellung sozialistischer Entwicklungsmodelle gewidmet, nachdem auf den vorangehenden Seiten ausführlicher die (orthodoxe) Analyse kapitalistischer Entwicklung besprochen wurde. Es ergeben sich nämlich bei Entwicklungsdifferenzen in Nord und Süd generell und innerhalb eines Landes im Besonderen in einer historischen Periode gewisse Konstellationen auf internationaler Ebene, die sich auf die Handlungsspielräume der nationalen politischen AkteurInnen erheblich auswirken können. Damit wird ihre Reformdynamik beeinflusst und die Gesellschaftsformation bewusst und unbewusst determiniert. Aus dieser Perspektive wird sich herausstellen, dass sich die in der wirtschaftspolitischen Praxis oft als mitunter gar diametral entgegengesetzt dargestellten Entwicklungsmuster in ihrer theoretischen Verankerung und ihren anwendungsorientierten Zielkategorien nicht besonders stark unterscheiden müssen.

Die sowjetische Interpretation von Marx' Schriften begann mit der Oktoberrevolution 1917, ihre Wege in der Praxis zu gehen. Dabei stand zu Beginn der Umorientierung ökonomischer Entwicklung die Kollektivierung der Landwirtschaft, die nicht ohne erheblichen Widerstand über die Bühne gegangen war. Bemerkenswert hierbei ist, dass sich Versuche sozialistischer Entwicklung entgegen der Erwartungen von Marx weniger in auf relativ breiter Basis industrialisierten Ökonomien als in Regionen mit stark agrarkultureller Prägung durchsetzen konnten. Kämpfe um Antworten auf die Fragen der nachholenden Industrialisierung wurden in der postrevolutionären Sowjetunion mitunter mit blutiger Konsequenz ausgefochten. Das „zentralisierte politische System [...] hatte seine Wurzeln in einer absolutistischen Konzeption einer Herrschaft ‚von oben‘ oder ‚über die Köpfe der Menschen hinweg‘ im Namen der ArbeiterInnenklasse und der ArbeiterInnen generell.“⁹⁴ Keineswegs konnte dies den Vorstellungen Lenins über das Verschwinden des bürgerlichen Staates entsprechen.⁹⁵

Schlussendlich setzte sich die - rasche Wohlfahrtsgewinne nicht fördernde - Doktrin durch, mit den

⁹³ Roggemann 1970, 27

⁹⁴ Supek 1970, 217

⁹⁵ vgl. ebd.

Kollektivierungen in der Landwirtschaft eine breite materielle Basis zu schaffen, um eine städtische IndustriearbeiterInnenschaft für den *schwerindustriellen Sektor* zu kreieren und die Versorgung der Städte zu gewährleisten. Ein Vergleich der Wachstumsraten des Nationaleinkommens mit den von Krisen geplagten west- und osteuropäischen Staaten reflektiert einen relativen Erfolg dieses Entwicklungsmodells – das Wachstum in der SU lag zwischen 1913 und 1950 bei durchschnittlich 2,15% p. a. und war somit in etwa doppelt so hoch als in Europa, obwohl auch die UdSSR nicht von Kriegen verschont geblieben war. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollten die Grundmuster dieses Modells von den Regierungen der ost- und südosteuropäischen Länder (in beschränkterem Ausmaß von Jugoslawien, KS) übernommen werden. In Osteuropa konnte selbst die kollektivierte Landwirtschaft durchaus wirtschaftliche Erfolge vorweisen.⁹⁶

Dies alles geschah vor dem Hintergrund, mit zunehmender Macht der ArbeiterInnenklasse die Herrschaft des bürgerlichen Staates ablösen zu wollen – schließlich ging es um den „Entscheidungskampf darüber, wer Herr der Industrie, der Wirtschaft und des Staates sein soll: die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie.“⁹⁷ Die Idee der Selbstverwaltung wurde jedoch weder in der Sowjetunion noch in Jugoslawien oder im englischen Exil von Karl Marx geboren. Ihre Ursprünge sind im Europa des frühen 19. Jahrhunderts zu finden – so nahmen etwa im Winter 1819 englische TabakarbeiterInnen nach elfwöchigem Streik die Produktion unter Selbstverwaltung wieder auf und in Frankreich kam es 1833 zum von einer/m kapitalistischen UnternehmerIn unabhängigen Zusammenschluss zu einer *Assoziation* unter SchneidereiarbeiterInnen.⁹⁸ Vorläufer dieser Form von Selbstverwaltung waren Zusammenschlüsse von Mühlen und Bäckereibetrieben, die unter genossenschaftlicher Organisation in England bereits um 1760 erfolgten. Dort konnte der Brotpreis von nun an von den ArbeiterInnen selbst bestimmt werden.⁹⁹ Allerdings wurden dabei aus den monopolistischen Strukturen eventuell erwachsende Nachteile (z. B. überhöhte Preise für die EndnachfragerInnen) ausgeblendet, die zumindest so lange weiterbestehen sollten, solange die Gesamtökonomie kapitalistisch organisiert war. Ein Grund, warum in Großbritannien als zumindest der in vielen Bereichen der eurozentristischen Wirtschaftswissenschaften so genannten Wiege der Industrialisierung in dieser Periode vermehrt Vorläufer genossenschaftlicher Betriebe gegründet

⁹⁶ vgl. Becker 2009, 26-28; Das im Vietnam realisierte Entwicklungsmodell orientierte sich aus rüstungspolitischen und militärstrategischen Überlegungen ebenfalls am sowjetischen (vgl. ebd., 32). Als die Zukunft Jugoslawiens noch völlig offen erschien (1943), formulierten auch westliche EntwicklungsökonomInnen die Idee substanzieller staatlicher Investitionen in den schwerindustriellen Sektor zur Förderung von Wirtschaftswachstum – allen voran Paul Rosenstein-Rodan (vgl. Menzel 1993, 136; Rosenstein-Rodan 1944).

⁹⁷ Mandel 1971, 12

⁹⁸ vgl. ebd., 9, Fn. 1; Auch in den USA wurde im Bundesstaat Indiana für wenige Jahre eine utopisch-genossenschaftliche Kolonie betrieben (vgl. Radak 2007, 14).

⁹⁹ vgl. Radak 2007, 12

worden waren, ist die Unterstützung des bekannten und bedeutenden Ökonomen John Stuart Mill für die Forderungen und Ansprüche der ArbeiterInnen im Rahmen der selbstverwalteten Betriebe.¹⁰⁰

Auch in Deutschland kamen vor Beginn der wissenschaftlichen Laufbahn Marx' Gründungswellen von sogenannten Assoziationen auf. Hier waren dies Zweckverbände rheinischer Bauern, deren Existenz bedroht worden war. Neben dem Tragen von Hilfskassen für GesellInnen bildeten sie auch die Möglichkeit der Organisation von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen – so war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die „Gewerksgenossenschaft“ eine durchaus gebräuchliche Bezeichnung für Gewerkschaften im heutigen Sinn. Am Beispiel der Assoziationen schimmerte der Einfluss aus Frankreich für diese Form der Zusammenschlüsse unverkennbar durch.¹⁰¹

Während diese frühen Ansätze aus der Praxis unbefriedigender Arbeitsbedingungen entstanden sein dürften, gab es auf theoretischer Basis Debatten über eine Ausweitung der ArbeiterInnenmacht. So waren die *utopischen SozialistInnen*, unter denen Ernst Fehr die Herren Fourier, Owen und Saint-Simon subsumiert, an der Entwicklung konkreter Formen demokratisch strukturierter Produktionsorganisationen interessiert. Proudhon hieß ein Begründer von Produktionsassoziationen, wo ArbeiterInnen sowohl über betriebsinterne Vorschriften als auch über ihre Vorgesetzten selbst abstimmen sollten.¹⁰² Es ist kein Zufall, dass zwei der utopischen Sozialisten französische Namen trugen: Milojko Drulović (1972, 50) sah das „Recht auf Selbstverwaltung des arbeitenden Menschen“ in den klassisch bürgerlichen Rechten der französischen Revolution von 1789 verankert. Der Ansatz der utopischen SozialistInnen berücksichtigt den wichtigen Status des mächtigsten Instruments von ArbeiterInnenzusammenschlüssen, des Streiks – werden Streikkomitees aus der Vollversammlung der Streikenden auf breiterer Ebene (z. B. allen Fabriken einer Stadt entsprechend) gewählt, so entstehen als Keimzellen des künftigen ArbeiterInnenstaates territoriale *ArbeiterInnenräte*. Der erste Petersburger „Sowjet“ war nichts anderes als ein Delegiertenrat aus Streikkomitees der lokal wichtigsten Fabriken.¹⁰³ Dieser sah den Generalstreik

¹⁰⁰ vgl. ebd., 28

¹⁰¹ vgl. Sywottek 1982, 14 f.; Die einschlägig bürgerlichen Raiffeisen-Darlehenskassen (Friedrich Wilhelm Raiffeisen war vor 1848 Bürgermeister verschiedener Orte in der Rheinprovinz gewesen) berücksichtigten hingegen nicht das Selbsthilfeprinzip der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften – sie waren weniger Genossenschaften von LandwirtInnen als Genossenschaften *für* sie (vgl. ebd., 16).

¹⁰² vgl. Fehr 1986, 1 f.; Owen führte in seiner reformierten Baumwollspinnerei im Jahre 1799 Kranken- und Pensionsversicherungsmöglichkeiten ein, stellte vergünstigte Behausungen zur Verfügung und erreichte damit nicht nur eine signifikant verbesserte Lebensqualität der ArbeiterInnen sondern auch enorme Produktivitätszuwächse. Genügsamkeit stand in der genossenschaftlichen Organisation im Vordergrund, der Handel hatte über Tausch zu erfolgen (vgl. Radak 2007, 13).

¹⁰³ vgl. Mandel 1971, 14; Die in England etwa 100 Jahre zuvor aktiven Chartisten forderten hingegen eine Übertragung demokratischer Grundprinzipien aus dem politischen System auf die betriebliche Ebene, was sich in ihren relativ pragmatischen Forderungen (u. a. Arbeitszeitverkürzung; Erweiterung des Wahlrechts) widerspiegelte (vgl. Radak 2007, 14).

als letztes machtvolleres Mittel der ArbeiterInnenbewegung an, um in Russland Entscheidendes in Gang zu setzen. An der Spitze der Organisation standen MetallarbeiterInnen und BuchdruckerInnen, wobei von bestimmten ArbeiterInnen anderer Branchen auch eine Allianz mit der Sozialdemokratie angestrebt worden war.¹⁰⁴

Als Motor der Oktoberrevolution identifiziert Becker (2009, 35) jedoch anstatt der Räte die KP, ein in seinen Worten erzwungener Zusammenschluss von BerufsrevolutionärInnen, der neben der politischen Kultur der Sowjetunion auch jener anderer staatssozialistischer Länder seinen Stempel aufdrückte. Das Modell,¹⁰⁵ wonach die streikenden Fabriken eine/n VertreterIn zu wählen, sie/ihn mit einem Mandat auszustatten und in den Rat zu entsenden hatten, konnte sich offenbar - trotz zeitweise relativ großer Beliebtheit (gemessen an der Zahl der in Russland beteiligten Werke) – nicht durchsetzen.

Die ArbeiterInnenschaft und das Kleingewerbe hatten generell die umfangreichsten sozialen Kosten der industriellen Revolution zu tragen, womit diese Gruppen zu den logischen Adressaten bei der Formulierung von Alternativen zur kapitalistisch geführten Unternehmung wurden. Bekannte Vertreter der Errichtung von Produktionsassoziationen waren im deutschsprachigen Raum Lasalle und Schultze-Delitzsch.¹⁰⁶ Doch obwohl letzterer seine Vorstellung eines besonders steuerbegünstigten Unternehmenstyps von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Recht gießen lassen konnte, wurde der Konzentrationsprozess von Finanz- und industriellem Kapital zu Gunsten von GroßkapitalistInnen nicht aufgehalten.¹⁰⁷ Dass Marx selbst im Zusammenhang mit der Schaffung von Assoziationen nicht erwähnt wurde, hat damit zu tun, dass erst die Interpretationen seiner Schriften zur Entwicklung von Selbstverwaltungsideen führten, was vor allem für die jugoslawischen Deutungen zutrifft. „Eine geschlossene Theorie sozialistischer Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsverfassung lag diesem [jugoslawischen] Modell ursprünglich nicht zugrunde.“¹⁰⁸ Denn, so wie die deutschen KommunistInnen die (um 1918 von der SPD forcierte) Selbstverwaltung als verlängerten Arm des bourgeoisen Staates, jedoch zugleich als Raum für Agitations- und Aktionsmöglichkeiten ansahen (praktisch äußerte sich diese Tatsache im Aufbau

¹⁰⁴ vgl. Trotzki 1905/1971, 77 f.

¹⁰⁵ vgl. hierzu ebd., 78 f.

¹⁰⁶ vgl. Fehr 1986, 2; Susan Woodward weist darauf hin, dass die Geschichte der jugoslawischen Prägungen des Sozialismus in der Sozialdemokratie Ostdeutschlands ihren Anfang genommen hat (vgl. Woodward 1995, xiii). Sie geht dabei aber nicht näher auf die Spaltungen in der deutschen ArbeiterInnenbewegung nach dem Ersten Weltkrieg (vgl. Wunderlich 1980, 10) ein.

¹⁰⁷ vgl. Sywottek 1982, 18; Mit fortschreitender Industrialisierung mussten die mittelständischen Genossenschaften ihre Rolle als bloß ergänzendes (Kontroll-)Element in der Volkswirtschaft hinnehmen (vgl. ebd., 20).

¹⁰⁸ Roggemann 1970, 7; Näheres dazu für den Fall Jugoslawiens in den Abschnitten 1.6-1.8.

von Erwerbslosenausschüssen als eigene politische Organe),¹⁰⁹ legte die *KPJ* ihr Augenmerk auf letzteres, ohne zu Beginn des zum größten Teil von ihr organisierten PartisanInnenkampfes die historischen Gegebenheiten (die jahrzehntelange Tradition des bürgerlichen Staates) zu vernachlässigen, indem sie in der Volksfront Allianzen über die Parteigrenzen hinweg eingegangen war (näheres dazu in Kap. 1.5).

Wegen der landwirtschaftlichen Prägung jener Staaten, in denen erfolgreiche sozialistische Revolutionen stattfanden, plädierte Lenin bereits 1905 dafür, die *Bauernfrage adäquat zu berücksichtigen*.¹¹⁰ Auch Branko Horvat sah in der frühen postrevolutionären Politik in Russland Elemente der Kompromissbereitschaft: „Als in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution ein Planungssystem eingeführt wurde, schien es sich im wesentlichen mit den Erwartungen der Rechten wie der Linken zu decken. Und praktisch ist das bis heute eine der seltenen Grundfragen geblieben, in denen die sozialistischen und nichtsozialistischen Ökonomen übereinstimmen. Es bestehen zwei reine Systeme“¹¹¹ - zumindest in der Theorie. In Kapitel Zwei wird eine Dekonstruktion dieser dichotomen Gegenüberstellung erfolgen.

Dem späteren sowjetischen Führungspersonal war durchaus bewusst, dass die beiden Gruppen der ArbeiterInnen und Kleingewerbetreibenden zur Erzeugung einer ausreichenden revolutionären Dynamik zu klein waren. Erst die Enttäuschungen aus der fehlenden Ingangsetzung revolutionärer Prozesse in den höher entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas wendeten das Blatt innerhalb der Sowjetunion zugunsten militärisch geprägter Industrialisierung¹¹² - freilich stieß dabei die radikale Konsequenz, mit der die Zwangskollektivierungen landwirtschaftlicher Flächen durchgeführt wurden, innerhalb der Bäuerinnen- und Bauernschaft auf Widerstand, vor allem ab den 1930er-Jahren.¹¹³ Im Gegensatz dazu konnte die chinesische KP auf die aktive Unterstützung der Bäuerinnen- und Bauernschaft zählen. In China setzte die schwerindustrielle Prägung der Entwicklung auch erst zu Beginn der 1950er-Jahre ein, die Kollektivierung der Landwirtschaft

¹⁰⁹ vgl. Wunderlich 1980, 11; Im Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg konnten die Institutionen der Selbstverwaltung in dieser Form also nicht als Rahmen für revolutionäre Politik angesehen werden (vgl. ebd., 12).

¹¹⁰ vgl. Becker 2009, 14; Marx selbst schätzte vereinzelt Umwälzungen in den Betrieben als nicht weit genug gehend ein – zur Befreiung der „arbeitenden Massen“ bedürfe es des „Kooperativsystem[s] der Entwicklung auf nationaler Stufenleiter und der Förderung durch nationale Mittel.“ (Marx/Engels 1968 nach Fehr 1986, 3) Der Weg zur Emanzipation hatte seiner Ansicht nach also über die Eroberung politischer Macht zu erfolgen (vgl. ebd.). In der Praxis war eine Form staatlicher Organisation der Arbeit in der Pariser Kommune ab 1. 4. 1871 unternommen worden (vgl. Mandel 1971, 67 ff.).

¹¹¹ Horvat 1972, 9; Das Selbstverwaltungsregime, wie es später in Jugoslawien praktiziert wurde, war allerdings ein sozialistisches System mit später immer mehr kapitalistischen Elementen (vgl. dazu Kap. 2).

¹¹² vgl. Becker 2009, 15; einführend: Menzel 1993, 136 f.; Da aber theoretisch „die kapitalistische Wirtschaft die sozialistische vor[bereitet]“ (Roggemann 1971, 10), muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass es bereits im zaristisch regierten Russland großindustrielle Zentren gegeben hat (vgl. Trotzki 1905/1971, 75).

¹¹³ vgl. hierzu Becker 2009, 26

erfolgte dabei graduell. Außerdem wurden Reste familiärer Produktion toleriert, was mit Unterstützung bestimmter Strömungen innerhalb der Partei die Versorgungsengpässe bei Agrargütern beschränken sollte.¹¹⁴

Als erschwerend für die industrielle Entwicklung Russlands, welche sich auf einige städtische Zentren beschränkte, stellten sich die relativ späte formale Bäuerinnen- und Bauernbefreiung und der geringe Kommerzialisierungsgrad der Landwirtschaft dar. Nach der politisch brisanten Phase der ausklingenden ersten Dekade des 20. Jahrhunderts wurden von Sowjetregierungsseite erste Schritte auf die Bäuerinnen und Bauern zu getätigt, abseits der zu 98,3% der Anbaufläche privaten Landwirtschaft wuchs die Arbeitslosigkeit dennoch signifikant. Die Ressourcen für die sich durchzusetzen beginnende, wesentlich von Evgeni Preobraženskij geformte Strategie rascher Industrialisierung mit Fokus auf der *Schwerindustrie* sollten aus der zu kollektivierenden Landwirtschaft kommen. Stalin setzte diese Entwicklungsvariante schließlich durch, die Ökonomie wurde umfassend verstaatlicht und fortan administrativ durch materiell-quantitative Vorgaben gelenkt. Aus der radikalen Zentralisierung der Entscheidungskompetenz über prinzipielle Fragen der Produktion kann durchaus gefolgert werden, dass sich eine neue herrschende Klasse herausgebildet hatte.¹¹⁵

Da ein Teil menschlicher Lebenswelt und daher die Klassenverhältnisse durch die Prägung von Begriffen geordnet werden, ist nun kurz darauf einzugehen, wie diese Prägung in der frühen Periode der SU mit dem Anspruch, einen Sozialismus auf breiter Ebene durchzusetzen, erfolgte. Mit der Einführung des sowjetischen Entwicklungsmodells ging eine Neudefinition ökonomischer Termini einher. Begriffe wie Rente oder Zins wurden zwar von sozialistischen ÖkonomInnen weitgehend akzeptiert, andere wie Grund- und variable Mittel ersetzen jedoch das gebräuchliche fixe bzw. variable Kapital. Finanzielle Mittel traten an die Stelle von Finanzkapital, Profit hieß Ertrag und – nicht zuletzt wegen des mit diesem Begriff verwobenen Aspektes der Klassenverhältnisse – ersetzte das persönliche Einkommen den Lohn.¹¹⁶

Zu Beginn ihrer umfangreicheren politischen Aktivitäten war die KPJ dem sowjetischen Modell durchaus zugeneigt, zumal Kooperation in der sozialistischen Internationale¹¹⁷ vorhanden war. Doch bereits im Widerstand während des Ersten Jugoslawiens, darüber hinaus in der Königsdiktatur

¹¹⁴ vgl. ebd., 30

¹¹⁵ vgl. ebd., 24 f.; „Real sind [auch] China und Vietnam wohl am besten als Formen eines etatistischen Kapitalismus zu charakterisieren.“ (ebd., 49)

¹¹⁶ vgl. Horvat 1964, 16 f.

¹¹⁷ vgl. Goldstein 2007, 178

und erst recht mit der selbsttragenden Rolle des PartisanInnenkampfes im Zweiten Weltkrieg taten sich erste Friktionen hervor, die schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg zum Bruch mit der Stalin-UdSSR führen sollten (vgl. unten, Kap. 1.6) - zumal die Kommunistische Internationale vielfach nur als internes Austauschmedium seiner mächtigsten Exponentin, der KPdSU, genutzt wurde.¹¹⁸ Ein weiterer Antrieb für die eigenständige Entwicklung eines Wirtschaftssystems dürfte die mit dem Wiederaufgreifen der Idee von der Errichtung selbständiger Produktionskooperativen durch die JugoslawInnen erfolgte Abgrenzung zum Begriff der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die sich als Gegenkonzeption zum kapitalistischen Industriestaat etabliert hatte,¹¹⁹ gewesen sein. In der Praxis stand „Vergesellschaftung“ nämlich für den Staatsbesitz von gesellschaftlichen Mitteln, was keineswegs einer Auflösung von Klassenherrschaft gleichkommen konnte.

Ein Serbe, der sich mit den praktischen und theoretischen Problemstellungen aller Formen von *Genossenschaften* in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschäftigte, war Svetozar Markovic. Er nahm dabei ein Aufzeigen von Problemen der praktischen ArbeiterInnenselbstverwaltung, wie sie in der SFRJ ab ca. 1950 realisiert wurde, vorweg:¹²⁰

1. Es besteht ein Widerspruch zwischen dem Ziel des absterbenden Staates und der gleichzeitigen Notwendigkeit einer gewissen Stärke desselben.
2. Die Eigentumsverhältnisse sind – zumindest im Übergang – nicht eindeutig.
3. Konflikte der ArbeiterInnen untereinander können entstehen, es kann zur Gruppenbildung kommen.

Diese Punkte werden in Kapitel 2 zur genaueren Behandlung wieder aufgegriffen. Allgemein lässt sich sagen, dass die jugoslawischen IdeologInnen über das Absterben des Staates, das gesellschaftliche Eigentum und darüber, wie die Entfremdung von der Arbeit überwunden werden sollte, andere Auffassungen vertreten hatten als die oben in Kürze vorgestellten sowjetischen Denker.¹²¹ An der Wurzel der Differenzen setzt das verschiedenartige Verständnis bezüglich des Terminus des gesellschaftlichen Eigentums an. Eng damit zusammenhängend ist für kapitalistisch-liberaldemokratische und insbesondere für (real-)sozialistische Gesellschaften die Frage nach dem Staatsaufbau – dieser erfolgte in Jugoslawien, zumindest theoretisch, von unten nach oben. Ein übergeordnetes Gremium war dem untergeordneten verantwortlich und konnte von ebendiesem

¹¹⁸ vgl. Becker 2009, 15 f.

¹¹⁹ vgl. Fehr 1986, 4 f.

¹²⁰ vgl. Radak 2007, 24 ff.; Unter „Formen von Genossenschaften“ versteht ebendieser a) Betriebe, die mit staatlichen Mitteln funktionierten; b) Betriebe, in denen ArbeiterInnen die EigentümerInnen des Kapitals waren und c) Betriebe, die ihre MitarbeiterInnen am Profit beteiligt hatten (vgl. ebd., 30).

¹²¹ vgl. Andjelković 1978, 22 f.

abgewählt werden (demokratischer Zentralismus). Die Trennung in legislative und exekutive Funktionen der Verwaltung wurde aufgelöst. Ferner sollten TrägerInnen öffentlicher Ämter und höherer Positionen in den selbstverwalteten Betrieben dem *Prinzip der Ämterrotation* unterliegen.¹²² Dieses ist in kapitalistisch-liberaldemokratischen Parteiensystemen (außer in der Schweiz) ebenso unüblich wie es das in den realsozialistischen Staaten war. Erste Versuche der Verbreitung dieser Vision vom Aufbau des Staates gingen von der Tätigkeit der Volksbefreiungsausschüsse aus. Diese „Elemente lokaler und regionaler Autonomie“ sollten sich für die Kampfaktik im Zweiten Weltkrieg als wesentlich herausstellen – gleichzeitig war die Kommandostruktur, von der die strategisch-politischen und militärischen Entscheidungen ausgingen, streng zentralisiert.¹²³ In den Augen Edvard Kardeljs jedoch „haben die sozialökonomischen Selbstverwaltungsbeziehungen bzw. die Produktionsverhältnisse und das politische System der Selbstverwaltungsdemokratie in Jugoslawien ihre tiefverwurzelte revolutionäre *demokratische* Tradition, ihren ununterbrochenen Entwicklungsweg.“¹²⁴

Im Gegensatz zur sowjetischen Konzeption gesellschaftlichen Eigentums bedeutete dieser Begriff in Jugoslawien, dass die Arbeitskollektive über Produktionsmittel und den erwirtschafteten Mehrwert (der durch Reinvestition teils wieder zu Produktionsmitteln wurde, KS) verfügen konnten. Ein Teil des gesellschaftlichen Eigentums wurde aber von den Gebietskörperschaften verwaltet.¹²⁵ Dies, um „die Produktion eines Überschusses an Macht, also eine 'Mehrmacht' als Zweck der Produktion“¹²⁶ zu verhindern, wie sie im Realsozialismus nach der Ansicht vieler jugoslawischer Intellektueller vorstättenging. Die Folgen der ausdifferenzierten Verwaltungsstrukturen waren in Form von Spannungen in der Praxis der ArbeiterInnenselbstverwaltung immer wieder zu Tage getreten, wie noch zu zeigen sein wird. Das sowjetische Modell mag unter Berücksichtigung der Wachstumsraten der Ökonomie bis in die 1960er-Jahre durchaus Erfolge gehabt haben. Wie aber die etlichen Protestkundgebungen und die darauf folgenden brutalen Unterdrückungsmaßnahmen von Seiten des Warschauer Paktes bzw. der SU selbst gezeigt haben, konnte es sich nicht um die Umsetzung von einem in der Praxis zufriedenstellenden Gesellschaftsmodell handeln. So kam es zu mitunter „offenen Formen des Arbeiterwiderstandes, die sich vor allem an Fragen der Arbeitsnormen, Entlohnung oder

¹²² vgl. ebd., 23 f.; Selbst Jean-Jacques Rousseau hatte in seiner Staatstheorie in Form des „Contract social“ „das Einbeziehen des Volkes in alle Bereiche der Politik“ (Radak 2007, 12) vorgesehen.

¹²³ vgl. Zakošek 1984, 11

¹²⁴ Kardelj 1979, 11 (eigene Hervorhebung)

¹²⁵ vgl. Andjelković 1978, 24; Auch die in der Praxis Deutschlands zwischen 1919 und 1933 umgesetzte „republikanische Selbstverwaltung“ sah die selbständige Verfügung über den Etat in Verbindung mit eigenständigen wirtschaftlichen Aktivitäten vor (vgl. Wunderlich 1980, 13).

¹²⁶ Pokrovac 2007, 127

Lohndifferenzierung festmachen“.¹²⁷ Auch die späteren Entwicklungen in den realsozialistischen Staaten deuteten darauf hin, dass sich durch die Zentralisierung gesellschaftlichen Eigentums eine Form des Staatskapitalismus etablieren konnte, dessen Schalthebel der Macht eine (mitunter heterogene) herrschende Klasse bedienen konnte.

Ein Unterschied zwischen den Anfängen des sowjetischen Entwicklungsmodells und jenen der jugoslawischen Föderation nach Ende des Zweiten Weltkriegs besteht in den Ursprüngen des (Wieder-)Aufbaus der gesellschaftlichen und somit auch wirtschaftlichen Strukturen. Während in der SU die soziale Revolution obsiegte und erst dann in Friedenszeiten in konfliktreichen Auseinandersetzungen die gesellschaftlichen Pfeiler der neuen Gesellschaft verhandelt wurden, diente der jugoslawischen Führung die Vorreiterrolle der UdSSR als Basismodell für ihre Überlegungen *während* des Kampfes gegen die Besatzungsmächte und die kollaborierenden Kräfte unter der Bevölkerung Jugoslawiens. „Die Partei organisierte sich von Anfang an auf einen selbständig organisierten, langfristigen bewaffneten Kampf, der zugleich als ein revolutionärer Kampf um neue Gesellschaftsordnung aufgefaßt wurde (womit sie in direkten Gegensatz zu Stalinscher Politik geriet).“¹²⁸ Mit dem sowjetischen Staatskapitalismus war die Klassenherrschaft keineswegs aufgelöst worden, daher hatte an die Stelle des bürgerlichen Staates die Assoziation als Ort zu treten, an dem die freie Entwicklung des Einzelnen die Basis für die freie Entwicklung der Gesellschaft war.¹²⁹

Die bereits bekannten Vor- und Nachteile des sowjetischen Wegs und die abweichenden Rahmenbedingungen der Ausarbeitung einer post-revolutionären Gesellschaftskonzeption beeinflussten den – in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch kaum, später stärker - spezifisch jugoslawischen Weg. Ob in Russland die treibende Kraft hinter den Veränderungen nun die KP oder die Räte in der frühen Zeit nach der Oktoberrevolution gewesen waren, sei dahingestellt. Für Jugoslawien lässt sich zunächst eindeutig sagen, dass die (erzwungene) Bildung breiter Allianzen über die KPJ hinweg und die Leistung jugoslawischer Intellektueller sich auf die Entwicklung der Selbstverwaltungskonzeptionen auswirkten. Welche treibenden Kräfte nun hinter den Fort- und Rückschritten in Jugoslawien zu identifizieren sind, kann erst in den folgenden Abschnitten herausgearbeitet werden.

¹²⁷ Becker 2009, 43

¹²⁸ Zakošek 1984, 11

¹²⁹ vgl. Horvat 1972, 17

1.5 NORD-SÜD-DIFFERENZEN WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGS

Die Situation auf dem Balkan spitzte sich ab Frühling 1941 auf mehreren Ebenen zu. Prinzipiell waren als wesentliche politische Akteurinnen drei verfeindete Gruppen zu identifizieren, die aber fallweise kooperierten:

- Die *Exilregierung*, die ihre Geschicke nun aus der Distanz von London aus zu lenken versuchte, musste einen großen Teil ihres bürokratischen und militärischen Apparats den BesatzerInnen überlassen. Teile dieses Apparats konnten jedoch zunächst partiell erfolgreich erhalten und in Form von UntergrundkämpferInnen für die potentielle Wiederauferstehung der Monarchie mobilisiert werden. Dabei ist bemerkenswert, dass zuvor die wirtschaftlichen Beziehungen einiger Regionen zu Deutschland zeitweise floriert hatten.
- Jene *Organisationen*, die bereits in der Zwischenkriegszeit *im Untergrund* operieren mussten, nahmen Widerstandsaktivitäten auf - allen voran die KPJ, die sich noch in der Zwischenkriegszeit intern konsolidierte. Aber auch Angehörige bürgerlicher, mitunter intensiv von der lokalen Bevölkerung unterstützter Gruppierungen konnten sich verstärkt mit den Zielen der PartisanInnen identifizieren.
- Die Präsenz der *Besatzungsmächte* konnte am besten gestört bzw. die von ihnen eingesetzten Marionettenregime / mit ihnen kooperierenden Gruppen (z. B. jene Gruppe, die 1934 den König der SHS töten ließ) konnten am effektivsten von jenen Organisationen bekämpft werden, die an politische Verfolgung bereits gewöhnt waren. Der BürgerInnenkrieg wurde intensiv in der kroatischen „banovina“, aber auch in jenen serbischen Regionen ausgefochten, in denen starke nationalistisch-radikale Kräfte die Präsenz der Wehrmacht als vorübergehend und die Möglichkeit eines „ethnisch reinen“ serbischen Staates als realisierbar angesehen hatten – was vor allem im westlichen Teil Serbiens der Fall war.

Für die Nachkriegsentwicklung der jugoslawischen Regionen in Nord und Süd gilt es für diesen Abschnitt, die Rolle der obsiegenden Partei genauer zu beleuchten und für die regional unterschiedliche wirtschaftliche Dynamik nach dem Zweiten Weltkrieg die Gebiete mit den schwersten Verlusten zu identifizieren. Diese zwei Schritte werden in einen groben Umriss des Kriegsverlaufs auf jugoslawischem Gebiet eingebettet.

Mit der Invasion Hitlers¹³⁰ wurde das SHS also unter den Besatzungsmächten Bulgarien (mit Erinnerungen an 1915-18, KS), Italien und Ungarn aufgeteilt, während Deutschland den Norden Sloweniens annektierte und Zentralserbien über eine Marionettenregierung verwalten ließ. Albanien, das von Italien besetzt war, schluckte den Kosovo, Teile Montenegros sowie Westmazedonien und wurde so zu „Großalbanien“, der sogenannte unabhängige Staat Kroatien (NDH) dehnte sich auf den Großteil Bosniens sowie einige Teile Serbiens aus. Man konnte von nun an nicht mehr von einer jugoslawischen Volkswirtschaft sprechen. In vielen Landesteilen trat hohe Inflation auf, die Tauschwirtschaft florierte. Die funktionsfähig erhaltenen Betriebe produzierten für den Feind, der insbesondere in Kroatien und Slowenien neue Firmen gründen ließ.¹³¹

Für die Periode der Okkupation lässt sich also zunächst feststellen, dass die Besatzungsmächte nicht daran interessiert waren, sich mit dem Problem der regionalen Entwicklungsunterschiede auseinanderzusetzen. Sie nutzten in Jugoslawien vorwiegend die Strukturvorteile des Nordens aus. Mit fortdauernden Kampfhandlungen wurde jedoch immer mehr Infrastruktur zerstört. Besonders heftig hatte es gegen Ende des Krieges Bahnanlagen in Serbien rund um Belgrad, Kragujevac und Niš getroffen – sie waren von britischen Bombern attackiert worden.¹³² Mitunter war Infrastruktur auch von Einheiten der Volksbefreiungsarmee beschädigt oder zerstört worden, um den Nachschub für die deutsch-italienische Verteidigung Südosteuropas ins Stocken zu bringen.¹³³ Zerstörungen in derartig hohem Ausmaß hatte der Krieg zunächst jedoch nicht in den nördlicheren Regionen des ehemaligen SHS hinterlassen.

Das Dritte Reich nutzte zum Schmieren seiner Kriegsmaschinerie die reichen Bodenschätze und das Potenzial günstiger Arbeitskräfte Jugoslawiens aus, auch Produkte der Landwirtschaft wurden abgezogen. Besonders schmerzhaft fielen - wegen der materiellen Zerstörungen industrieller Strukturen und der somit relativ wichtigeren Rolle der Subsistenzwirtschaft für das Überleben der jugoslawischen Bevölkerung (KS) - die Verluste in der Landwirtschaft als Folge der Kriegshandlungen ins Gewicht. In einigen Gebieten brachen sogar Hungersnöte aus.¹³⁴ Es mussten

¹³⁰ So wurde bereits am 6. April 1941 ohne Kriegserklärung Belgrad massiv bombardiert – Schätzungen zufolge forderte der Angriff bis zu 10 000 Opfer (vgl. Goldstein 2007, 170).

¹³¹ vgl. Singleton/Carter 1982, 94; Bereits früh wurde die erste kommissarische Administration in Serbien durch jene unter der Führung von General Milan Nedić abgelöst: „The Nedić administration was intended to provide a rallying point for anti-communist Serbs and, it was hoped, assume part of the burden of fighting the rebels.“ (Wheeler 1980, 80)

¹³² vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 221

¹³³ vgl. ebd., 225

¹³⁴ vgl. Goldstein 2007, 171; Dieser schätzt, dass bis 1944 rund 400 000 Menschen als ZwangsarbeiterInnen nach Deutschland gebracht worden waren (vgl. ebd.). Neben Arbeitskräften erfolgte auch ein Abzug natürlicher Ressourcen – so wurde um 1943 etwa 10% des deutschen Bauxitbedarfs von den Bergwerken rund um Mostar (damals NDH) gedeckt (vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 232 [Fn.]).

vor allem BiH als Teil des NDH, das von Italien besetzte Südslowenien, Kroatien-Slawonien sowie Zentralserbien *besonders hohe Einbußen in der landwirtschaftlichen Produktion* hinnehmen (im Vergleich des Jahres 1943 mit 1935-37). Der Krieg verursachte nach Angaben von Singleton/Carter (1982, 94 f.) auf dem Gebiet des gesamten ehemaligen SHS den Tod von 1,7 Mio. Menschen (11% der Vorkriegspopulation), machte eine nochmal so große Anzahl an Personen obdachlos und vernichtete 80% der Ausrüstung für die Arbeit in der Landwirtschaft, 77% der Eisenbahntriebfahrzeuge, 84% der Güterwagons sowie das halbe Eisenbahnnetz.¹³⁵ Relativ zu ihrer Größe hatten BiH und Montenegro vor Kroatien und Zentralserbien den *stärksten demographischen Verlust* zu verzeichnen, wobei nicht-slawische Minderheiten besonders stark betroffen gewesen sind.¹³⁶ Bezüglich einer Vertiefung oder Verringerung der Nord-Süd-Ungleichgewichte können aus den vorliegenden Informationen zum Bevölkerungsumfang noch keine Schlussfolgerungen gezogen werden – so zynisch es klingen mag, der Kosovo, Mazedonien, Slowenien und die Vojvodina hatten wegen der geringeren demografischen Verluste für die Entwicklung des Pro-Kopf-Kapitalstocks und -Einkommens schlechtere Ausgangsvoraussetzungen als die anderen Gebiete. Zusätzlich mögen die Verluste in der Landwirtschaft aufgrund des Beschäftigungsrückgangs in diesem Sektor eine gewisse Basis für die Konstituierung eines Industrieproletariats nach Ende des Zweiten Weltkriegs gebildet haben.

Bereits am Vorabend des deutschen Angriffs auf Jugoslawien umfasste die KP mit Berücksichtigung ihrer Jugendorganisation rund 36 000 Mitglieder. Dabei konnte sie bei der Umsetzung ihres Konzepts der Volksfront auf Unterstützung aus Moskau zählen.¹³⁷ Auch der Zerfall Jugoslawiens im Zweiten Weltkrieg hinderte die Mitglieder der KPJ nicht daran, sich landesweit zu organisieren – 6 000 bis 8 000 Mitglieder wurden unter Tito weiterhin mobilisiert, die von 30 000 Mitgliedern und SympathisantInnen der kommunistischen Jugendbewegung ergänzt worden waren. Die KP war es auch, die sich als Widerstandsorgan gegen die vom NDH mit teils brutalem Terror durchgesetzte Assimilierungspolitik gegenüber den SerbInnen hervortat. Die kommunistischen bewaffneten Truppen, als Guerilla formierte PartisanInnen, vollzogen Sabotageakte an Verkehrsadern und in Städten. Sie konnten bereits 1941 kleinere Städte in abgelegenen Regionen Bosniens, Kroatiens, Montenegros und West-Serbiens einnehmen. Noch im selben Jahr erfolgte mit Einführung einer Generalstabsstruktur die Umbenennung der PartisanInnen in „Volksbefreiungsarmee“ (NOV) - jede

¹³⁵ Graovac (2007, 185 f.) führt die gleiche Anzahl menschlicher Opfer an, verweist aber mehrfach auf die Problematik der statistischen Präzision in der schwierigen Situation des Zweiten Weltkriegs.

¹³⁶ vgl. Graovac 2007, 187

¹³⁷ vgl. Wheeler 1980, 74 f.; Aschenbrenner et al. (2009, 216) geben die Mitgliederanzahl der KP zu Beginn des Zweiten Weltkriegs (also etwas mehr als zwei Jahre davor) auf ca. 2 000 mit einem Kreis von rund 10 000 SympathisantInnen an.

Nation verfügte nun über ihren eigenen Generalstab. Der Anteil der KommunistInnen in den Einheiten der NOV überstieg außer in Spezialeinheiten nie zehn Prozent, die Spitzenpositionen hatten sie jedoch stets inne. Die Bündnispolitik der PartisanInnen umfasste zu Beginn der Kämpfe auf jugoslawischem Gebiet auch die Četnici, mit denen sie gegen die Ustaše kämpften.¹³⁸ Selbst das teilweise Aufkündigen antifaschistischer Politik der Komintern als Folge des Hitler-Stalin-Paktes konnte die Zunahme der Beliebtheit der KPJ kaum bremsen.¹³⁹

Zu Beginn des Krieges in Jugoslawien hatten die Četnici und die PartisanInnen also einen gemeinsamen Feind und waren in der Form ihrer Widerstandsaktionen kaum zu unterscheiden. Generell waren die Sabotageakte als Teil des Strategiepakets von Großbritannien akzeptiert worden. Die „Exekutive für Spezialoperationen“ (SOE) war von der Aussicht, diese Maßnahmen zu unterstützen, im Hinblick auf eine mögliche Niederlage des Dritten Reichs in Jugoslawien durchaus angetan.¹⁴⁰ Zugleich kam es zur Austragung eines „Bürgerkrieg[s] gegen die inländischen Verbündete[n] der Besatzungsmächte und die bürgerlichen politischen Gruppierungen, die um die Wiederherstellung des monarchistischen Vorkriegs-Regimes kämpften und [...] mit den Besatzern kollaborierten.“¹⁴¹ In ihrer Kampfweise unterschieden sich Četnici und PartisanInnen aber deutlich und die Besatzungsmächte versuchten, letztere mit wesentlich stärkerer Brutalität zu bekämpfen, was Vergeltungsaktionen an der Zivilbevölkerung miteinschloss.¹⁴²

Nachdem Četnici in italienisch besetzten Gebieten vor den Ustaše Zuflucht gesucht hatten, war klar, dass erstere nun auch gegen die PartisanInnen kämpfen mussten. Ihre Schwerpunktaktionen konzentrierten sich hierbei auf Dalmatien und Montenegro.¹⁴³ Somit wurde der in diesen Regionen ohnehin *spärlich ausgestattete Kapitalstock weiter in Mitleidenschaft gezogen*. Die PartisanInnen genossen starke Unterstützung von Seiten der (Dorf-)Bevölkerung – sie half der Bewegung mit ortskundigen InformantInnen, Verpflegung und zahlreichen Möglichkeiten zum Unterschlupf bei Gefahr. Nach Vordringen und Durchsetzen der feindlichen Besatzungseinheiten hatten jedoch in etlichen Fällen Exekutionen gefolgt, eine der umfangreichsten hatte in Kragujevac stattgefunden.¹⁴⁴ Diese Brutalität sowie das ständige Anstacheln ethnischer und konfessioneller Konflikte durch das

¹³⁸ vgl. Goldstein 2007, 177 f.; Der genaue Zeitpunkt der Benennung einer „Volksbefreiungsarmee“ ist scheinbar nicht gesichert – Aschenbrenner et al. (2009, 218) geben dafür „Ende 1942“ an.

¹³⁹ vgl. Zakošek 1984, 11

¹⁴⁰ vgl. Wheeler 1980, 63 f.

¹⁴¹ Zakošek 1984, 9; Primär nicht-serbische Gruppen hätten sich dafür eingesetzt, nach der serbisch dominierten Ära der Zwischenkriegszeit dem „neuen Jugoslawien“ einen veränderten Charakter zu geben (vgl. Weissenbacher 2009, 83). Ob dies ihnen gelang, wird in Kap. 2 erörtert werden.

¹⁴² vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 217

¹⁴³ vgl. ebd., 214

¹⁴⁴ vgl. ebd., 223

Okkupationsregime hatten einen regen Zulauf zur Befreiungsbewegung zur Folge, die aufgrund des Legitimationsverlustes des alten politischen Systems ein gewisses Machtvakuum füllen konnte.¹⁴⁵

Die Četnici unter der Führung von General Mihajlović waren von britischer Seite zunächst finanziell und moralisch unterstützt worden. Diese Unterstützung erfolgte auf Basis eines allgemeinen Konsenses, dass die von ihnen verfolgte Widerstandstaktik für das besetzte (Kontinental-)Europa erstrebenswert sei.¹⁴⁶ Die Präferenz der britischen Regierung für die unter ihrer Zuflucht stehende monarchische Exilregierung des ehemaligen SHS schimmerte hier eindeutig durch - erst mit fortschreitender Zeit sollten sich die BritInnen Tito zuwenden (dazu noch später). Schließlich hielt die KPJ zwar umfangreiche Vorbereitungen für einen Guerillakrieg, vor dem 22. Juni 1941 organisierte sie jedoch keine direkten Aktionen gegen die Achsenmächte. Kurz zuvor war auf einer Konferenz in Zagreb das Ziel der Verbindung von nationaler und sozialer Befreiung formuliert worden, was das zur Rechenschaftziehen des bürgerlichen Führungspersonals – falls durchführbar – erwarten ließ. Jedenfalls außergewöhnlich machte die kommunistische Bewegung die Tatsache, dass sie in einem von Nation zu Nation zersplitterten Parteiensystem als Partei eine gewisse Kohäsion an den Tag legen konnte.¹⁴⁷ Ferner konnte sie „bereits während des Krieges die Grundlagen der Legitimität der sozialistischen soziopolitischen Ordnung“ schaffen, was durch „die massenhafte Mobilisierung der politischen Unterstützung für den Befreiungskampf und die politische Revolution“¹⁴⁸ gelungen war.

So konnte am 27. Juli 1941 noch in Belgrad der unter Führung von Tito stehende Hauptstab der PartisanInnen- und Volksbefreiungsabteilung seine Arbeit aufnehmen. Der Stab sollte von nun an den Dreh- und Angelpunkt für organisatorische und propagandistische Vorbereitungen repräsentieren. Vor Jahresende konnte die erste proletarische Brigade zusammengestellt werden, die PartisanInnen hatten inzwischen ca. 80 000 KämpferInnen rekrutiert.¹⁴⁹ Auch Mihajlović bemühte sich um den Aufbau einer Gruppierung politischer BeraterInnen – das „Zentrale Nationale Komitee“ wurde von einem Belgrader Rechtsanwalt mit radikal pan-serbischen Ansichten geleitet.¹⁵⁰ Indes bereiteten in einigen Regionen die Bäuerinnen und Bauern bereits ihre Felder für die Landung russischer FallschirmspringerInnen vor. Was folgte war allerdings eine

¹⁴⁵ vgl. Zakošek 1984, 9

¹⁴⁶ vgl. Wheeler 1980, 66

¹⁴⁷ vgl. ebd., 75 f.; Mit Anfang Juli war ein Teil des Widerstands in „Partisanenabteilungen“ organisiert worden (vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 216), ein Grund dafür war der Angriff Deutschlands auf die UdSSR an ebendiesem 22. Juni: „It was decided to mobilize the entire Party organization and to issue a proclamation to the people calling upon them to make ready to resist the occupiers.“ (Wheeler 1980, 77)

¹⁴⁸ Zakošek 1984, 14

¹⁴⁹ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 217 f.

¹⁵⁰ vgl. Wheeler 1980, 73

Truppenverstärkung der italienischen Besatzung. Neben dem bisher erfolglosen Widerstand in Montenegro war Serbien ein Unruheherd – die Chancen des Widerstands erhöhten sich hier durch den Abzug von an die Ostfront abkommandierten Besatzungstruppen der Wehrmacht. Im Westen des Landes wurde auch aufgrund der gleichzeitigen Präsenz von Mihajlović verstärkte Aktivität registriert, ferner waren PartisanInnen in der Šumadija aktiv gewesen.¹⁵¹ Ob sich die in dieser für eine relativ entwickelte Region recht intensive, von mehreren Seiten ausgetragene kriegerische Aktivität nach Ende der Kämpfe in einem kapitalintensiven Prozess des Wiederaufbaus mit starken Wirtschaftswachstumsraten ausdrücken konnte, wird nach Möglichkeit im Folgenden zu zeigen sein.

Noch 1942 waren die Četnici den PartisanInnen überlegen. Erst mit der Unterstützung Titos durch die Alliierten sowie seinen stärker ausgereiften Konzepten zur Behandlung der nationalen Frage wendete sich das Blatt zu Gunsten der KP und ihrer MitstreiterInnen. Beharrte Mihajlović auf seinem GroßserbInnentum, so wollte Tito die verschiedenen Volksgruppen zusammenbringen. Aufgrund militärstrategischer Differenzen kündigte das Vereinigte Königreich die Unterstützung Mihajlovićs und seiner Schergen im September 1943 endgültig auf.¹⁵² Offenbar hatte es die kollaborierende Haltung der Četnici erkannt. Die Unterstützung der PartisanInnen erfolgte aber auch aus Gründen der verstärkt ablehnenden Haltung der Alliierten gegenüber dem autoritären Jugoslawien der Zwischenkriegszeit, das schließlich die Saat für Bürgerkrieg und Faschismus gestreut hatte.

Im Laufe des Jahres 1942 konnte die NOV die Gebirgsregionen des NDH besetzen. Die Zivilverwaltung in den befreiten Zonen wurde durch Volksbefreiungsausschüsse konstituiert, wobei die KommunistInnen bei der Behandlung von politisch unpassenden Personen teils sehr rabiāt vorgingen. In Montenegro, dem Geburtsland von Milovan Đilas, verloren die PartisanInnen deswegen gar ihre Unterstützung beim Großteil der Bevölkerung. Rund eineinhalb Jahre vor Ende des Krieges auf dem Balkan trat der *Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens* (AVNOJ) zum ersten Mal zusammen – am 29. und 30. 11. 1943 erklärte sich dieser im mittelbosnischen Jajce zum höchsten Exekutivorgan Jugoslawiens und legte die *Staatsform als Föderation* sechs gleichberechtigter Republiken fest. Federführend waren dabei Tito, Kardelj, Pijade, Đilas, Ranković und Žujović tätig. Die militärstrategische Position der Alliierten in Bezug auf Jugoslawien veränderte sich immer stärker – trotz ursprünglicher Unterstützung der MonarchistInnen von Seiten Großbritanniens mehrten sich die pro-NOV argumentierenden

¹⁵¹ vgl. ebd., 79

¹⁵² vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 215; auch: Roberts 1973, 321

Auch der Angriff deutscher und kroatischer Truppen auf die PartisanInnen in Ostbosnien, dessen Folge die Zerschlagung einiger Kampfverbände war, konnte das Entkommen des Kerns mitsamt Führungsstab, dem das Ausbrechen aus der Umkreisung gelungen war, nicht verhindern. Durch ihre Kampfführung mit diversen Kleinkriegsunternehmen sollte ein Zusammentreffen mit deutschen Truppen zunächst noch vermieden werden.¹⁵⁴ Jedenfalls war den PartisanInnen aber ein weiterer Beweis ihres taktischen Geschicks gelungen, das für die Durchsetzung alliierter Interessen am Balkan immer wichtiger wurde. Die Organisation der Volksbefreiungsausschüsse war u. a. von VeteranInnen aus dem spanischen BürgerInnenkrieg organisiert worden, sie wurden mitunter aus befreiten Städten in Dörfer transferiert, um die dortigen Organisationen aufzubauen.¹⁵⁵ Militärisch wurde die Befreiungsbewegung dadurch gestärkt, dass ihr immer wieder Material vom Feind in die Hände fiel bzw. sogar komplette Divisionen zu ihr überliefen.¹⁵⁶ Diesbezüglich konnten sich die PartisanInnen glücklich schätzen, hatten sie doch bisher kaum Regionen mit der notwendigen rüstungstechnischen Grundausstattung unter ihre Kontrolle bringen können.

Gleichzeitig erhielt der sich in London im Exil befindliche König Petar Rückkehrverbot und die Exilregierung wurde ihrer Funktion erhoben. Die SU fühlte sich provoziert, waren doch die Beschlüsse von Jajce mit Moskau nicht akkordiert gewesen.¹⁵⁷ Insofern hatte die junge jugoslawische Führung bereits jetzt rauhen Gegenwind aus Moskau zu spüren bekommen. Überhaupt hatte sich die Unterstützung von Seiten der SU bis in die späten Tage des Zweiten Weltkriegs stark in Grenzen gehalten. Dessen ungeachtet setzte sich die militärische Unterstützung von Seiten der West-Alliierten fort. Die Insel Vis vor der dalmatinischen Küste konnte nach der Kapitulation Italiens besetzt werden, sie wurde als logistische Basis für die Unterstützung der PartisanInnenverbände genutzt. Ebenfalls auf Vis sollte Tito im Jahr 1944 vor den möglichen Konsequenzen (seiner Entführung) des Unternehmens „Rösselsprung“ von Seiten der

¹⁵³ vgl. Goldstein 2007, 179-181; Genau genommen trat hier das Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens zum ersten Mal zusammen, nachdem bereits am 26. November 1942 der AVNOJ erstmals zusammengetroffen war (vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 289).

Die Wende in Montenegro war bemerkenswert, stellte doch ein Angehöriger der königlichen Exilarmee im Oktober 1941 noch fest: „The Communists who are well organized are now leading an action in Montenegro. Nowadays [they] want everybody to unite in fight against the occupying authorities. Numerous national elements are standing to our side and are waiting.“ (Wheeler 1980, 71) Selbst die italienische Besatzungsmacht konnte aus Montenegro – ausgenommen aus den Garnisonsstädten – zeitweise vertrieben werden (vgl. ebd., 78).

¹⁵⁴ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 224

¹⁵⁵ vgl. Wheeler 1980, 78

¹⁵⁶ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 243

¹⁵⁷ vgl. Steindorff 2007, 192

Achsenmächte in einem US-Transportflugzeug in Sicherheit gebracht werden.¹⁵⁸

Die Ausweitung der Verwaltungstätigkeit von Volksbefreiungsausschüssen erfolgte zunehmend rasch. In den östlichen Regionen des ehemaligen SHS (Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien und der Sandžak) konnte die befreite Verwaltung im Herbst 1944 ihre Tätigkeit aufnehmen, noch im selben Jahr konnten sich die Tito-PartisanInnen dauerhaft auf über drei Viertel des Territoriums Jugoslawiens ausbreiten. Die neue Verwaltung umfasste durchaus Repressionselemente, wie sie aus der SU bekannt waren. Verhaftungen politischer GegnerInnen waren an der Tagesordnung. Ökonomisch brachten die Ausschüsse eine *Verstaatlichung der Schlüsselindustrien*, die noch vor Kriegsende abgeschlossen worden war.¹⁵⁹ Dass die Revolution also zwingend einen demokratischen Charakter hatte und von den Volksmassen getragen worden war, wie es Kardelj (1979, 11) beschreibt, ist in Frage zu stellen. Richtigerweise hebt ebendieser aber die Wichtigkeit der Entstehung eines befreiten Territoriums inmitten faschistischer Umzingelung für die Entstehung eines Zweiten Jugoslawiens hervor. Die Verstaatlichungen hingegen können auch als Versuche des bürokratischen BürgerInnentums, sich seine wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen, interpretiert werden.¹⁶⁰

Auf Drängen Churchills sowie auf Basis der auf der Konferenz von Jalta getroffenen Vereinbarungen schlossen Tito und Šubašić als Vertreter der Exilregierung ein Abkommen, das Tito die Unterstützung „seiner“ Volksbefreiungsarmee durch die Exilregierung garantiert und letzterem die Position des Außenministers im noch zu gründenden „Demokratischen Föderativen Jugoslawien“ (DFJ) zugesichert hatte.¹⁶¹ Diese Form von Kompromissbereitschaft der jugoslawischen KommunistInnen sorgte schließlich auch für eine rasche internationale Anerkennung der neuen Staatsmacht.¹⁶² Es muss allerdings erwähnt werden, dass die zwei weiteren „bürgerlichen“ Minister neben Šubašić über keine Portfolios in der Regierung verfügten, obwohl einer von ihnen sogar Vizepremier war. Grol, Šutej (so die Namen der zwei erwähnten Minister) und Šubašić verließen die Regierung nach wenigen Monaten.¹⁶³ Innerhalb Jugoslawiens wurden indes autonome Ortsorganisationen von Parteien jenseits der KP unterdrückt, die in die NOV einbezogenen bürgerlichen Kräfte konnten als taktische Hilfsinstrumente zur Mobilisierung politischer Unterstützung für Befreiungsbewegung und Staatsmacht angesehen werden. Diese

¹⁵⁸ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 220-22

¹⁵⁹ vgl. Goldstein 2007, 182 f.

¹⁶⁰ vgl. Becker 2009, 45

¹⁶¹ vgl. Steindorff 2007, 192 f.

¹⁶² vgl. Zakošek 1984, 9; auch: 14 f.

¹⁶³ vgl. Roberts 1973, 317

Perspektive kann wiederum als Erklärungsmöglichkeit für den geringen Widerstand beim Verbot oppositioneller politischer Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg dienen.¹⁶⁴ Die durchaus vorhandene Unterstützung durch die Bevölkerung konnten diese Parteien bei Wahlen zuvor nicht in die Entsendung der kandidierenden MandatarInnen umlegen, da nach erheblichen Behinderungen zum Wahlboykott aufgerufen worden war. Auch die (versuchte) Diskriminierung und Marginalisierung der Religionsgemeinschaften waren ein Element der Geringschätzung kritischer Gegenstimmen, was primär die katholische Kirche getroffen hatte.¹⁶⁵ Damit wurde etwa den PolitikerInnen der HSS auch die politische Rückkehr aus dem Exil in London erschwert.

Gleichzeitig veranlasste Churchill König Petar II., die JugoslawInnen zum Bekenntnis zu Tito aufzurufen – die KommunistInnen sicherten daraufhin all jenen Straffreiheit zu, die sich bis Mitte September 1944 ihnen anschließen würden. Folge waren Massenübertritte aus der Armee des NDH. Diese Tatsache konnte die Zunahme auf bis zu 500 000 bewaffnete PartisanInnen ab jenem Herbst erklären.¹⁶⁶ Innerhalb weniger Monate konnte sich der Umfang auf ca. 800 000 KämpferInnen ausweiten – so der Stand zu Jahresbeginn 1945. Letztere waren per Beschluss des obersten Stabs organisatorisch in vier Armeen aufgeteilt.¹⁶⁷

Mit dem Aufbau der *Volksbefreiungsausschüsse*, mitsamt militärischer Verteidigung für jede Region in Form eines eigenen Hauptstabs, wurde dem zentralistischen Königreich der Zwischenkriegszeit zumindest formell eine klare Absage erteilt. Die Ausschüsse waren gemäß Aschenbrenner et al. (2009, 289) neben den Antifaschistischen Räten ein wesentlicher Antriebsfaktor für die föderative Gestaltung Jugoslawiens. Die Zivilbevölkerung aus ländlichem Umfeld und die PartisanInnen unterstützten sich während des Krieges in einigen Regionen, die an dieser Stelle nicht genau benannt werden können, gegenseitig. Gewisse Hinweise auf die ursprüngliche Formierung des Widerstandes gibt es für den Kosovo, für Mazedonien, Montenegro und den Sandžak. Von dort aus war es aufgrund des schwer zugänglichen Geländes – wie in weiten Teilen Mazedoniens und des Sandžaks – oder der italienischen Besatzungsmacht, deren Kontroll- und Repressionssystem Lücken aufwies – wie im Kosovo und in Montenegro – für die PartisanInnen einfacher, sich zu organisieren und die Mittel für den Kampf an mehreren Fronten zu konzentrieren. Doch auch die Gebiete um Belgrad mit ihren Industrien waren ab einem frühen Zeitpunkt umkämpft gewesen. Dabei ist zu beachten, dass sich die PartisanInnen als Kriegspartei mit Angriffen auf am Krieg nicht

¹⁶⁴ vgl. Zakošek 1984, 12

¹⁶⁵ vgl. Steindorff 2007, 193 f.

¹⁶⁶ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 218; Mit Anfang Juni wurde der Umfang der gegnerischen Truppen auf 185 000 Personen geschätzt (vgl. ebd., 245).

¹⁶⁷ vgl. ebd., 220

unmittelbar Beteiligte auch Feindinnen und Feinde unter jenen Teilen der Bevölkerung schufen, die entweder mit den Achsenmächten kollaboriert hatten oder wegen ihrer Angehörigkeit zur „falschen“ Volksgruppe in Schwierigkeiten geraten waren. So wurden etwa aus der „rückständigen“ Vojvodina 400 000 Deutsche von ihren Höfen vertrieben, an ihrer Stelle waren mit den Nachkriegskollektivierungen überwiegend SerbInnen aus Bosnien, Kroatien und Montenegro angesiedelt worden.¹⁶⁸ Das Kleinbäuerinnen- und -bauerntum insgesamt musste sich aber in Jugoslawien – im Gegensatz zu den Ländern unter sowjetischer Kontrolle, ausgenommen Polen – nicht auflösen.¹⁶⁹

Deutliche Schäden mussten vor allem in und um BiH hingenommen werden, zahlreiche militärische Operationen wurden im BürgerInnenkrieg auf dem Boden Bosniens oder jenem der Herzegowina durchgeführt. Hier waren insbesondere der Osten und der Süden von den Kämpfen zwischen Četnici, PartisanInnen und Ustaše betroffen, was entsprechende Zerstörungen nach sich zog und somit die Entwicklung dieser Gebiete signifikant beeinträchtigte. Des Weiteren fällt auf, dass kaum Evidenz für intensivere Kampfhandlungen auf dem Territorium der späteren Teilrepublik Slowenien vorhanden ist – der südliche Teil Sloweniens hatte jedoch recht viele Tote zu beklagen. Gebiete, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg recht weit fortgeschritten in ihrer Industrialisierung waren, sind also unterschiedlich stark von den Folgen des Krieges betroffen gewesen. So hatte Serbien sowohl starke demografische als auch umfangreiche materielle Verluste hinzunehmen, was aber durchaus große Wachstumsraten beim Wiederaufbau bedeuten konnte. Auch wenn entsprechende Entwicklungspläne für besetzte Regionen entworfen worden sein sollten, sei es von bulgarischer, deutscher, italienischer oder ungarischer Seite, so war die Periode der Besatzung viel zu kurz, um substantielle Impulse zur Industrialisierung für bis dahin relativ periphere Regionen (Kosovo, Mazedonien, Montenegro) zu bewirken. Darzustellen, wie sich Dynamiken der Industrialisierung nach Ende des Zweiten Weltkriegs auf die Akzentuierungen der Nord-Süd-Differenzen ausgewirkt hatten, ist Aufgabe des folgenden Kapitels. Die Gründung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien erfolgte am 29. 11. 1945¹⁷⁰ - eine neue Epoche war eingeläutet.

¹⁶⁸ vgl. Boarov 2007, 93

¹⁶⁹ vgl. Becker 2009, 43

¹⁷⁰ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 289

1.6 ADMINISTRATIVER SOZIALISMUS MIT ANSCHLIEBENDEM ÜBERGANG ZUR SELBSTVERWALTUNG?

Die signifikanten Verluste im Zweiten Weltkrieg hatten die jugoslawische Wirtschaft um mehrere Entwicklungsphasen zurückgeworfen. Die Führung des Landes hatte bereits während der Kämpfe und insbesondere, als der Sieg der NOV absehbar war, an einem Konzept für die Zukunft der jugoslawischen Nationen gearbeitet. Nach den Zerstörungen des Ersten Weltkriegs, der Überwindung der Schuldenfalle nach der Weltwirtschaftskrise und der Integration in die volksdeutsche Großraumökonomie war 1945 abermals die Hälfte der Industrien zerstört gewesen.¹⁷¹ Daher bot es sich an, die bereits in den befreiten Gebieten während des Krieges angefangenen Verstaatlichungen konsequent fortzusetzen, war doch, wie Rudy Weissenbacher (2009, 83) feststellt, die „atemberaubende Geschwindigkeit, mit der eine von der Regierung geplante Industrie unter bestimmten Bedingungen ausgebaut werden kann, [...] von der UDSSR reichlich illustriert worden.“ Eine gewisse Erfahrung mit diversen Formen staatlicher Regulierung konnte ja bereits im Serbien der Zwischenkriegszeit gesammelt werden – erwähnt seien hier die Schutzzölle, die dem Heranwachsen junger Industrien dienen sollten. Die Regulierung der Geschwindigkeit des industriellen Wachstums und seine Integration mit Wohlfahrtsprogrammen¹⁷² stellte aber in der Epoche des administrativen Sozialismus für die meisten Regionen (eine Ausnahme ist in gewisser Hinsicht Slowenien) ein gänzlich neues Element dar.

Das Jugoslawien, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg entstand, war aber ein nach wie vor auch stark von der Landwirtschaft geprägtes Land, rund 70% der Bevölkerung war bäuerlich. 36% des Sozialprodukts kam aus dem primären Sektor. Die zwischen 1945 und 48 durchgeführten Agrarreformen können nicht als gescheitert angesehen werden.¹⁷³ Das ist eine Tatsache, die sie von mehreren Agrarreformen in staatssozialistischen Ländern unterschied. Doch auch andere Merkmale sind für die Kollektivierung im Agrarsektor spezifisch für Jugoslawien, worauf in den kommenden Absätzen noch eingegangen werden wird.

Ganz wesentlich ging es nun um die Klärung der Frage, ob die sowjetischen Produktivkräfte sowohl gegen die westliche Konkurrenz bestehen als auch der Vielzahl peripherer Gesellschaften unterstützend zur Seite stehen konnten.¹⁷⁴ Mit dem Verabschieden der Verfassung am 20. Jänner

¹⁷¹ vgl. Weissenbacher 2009, 83

¹⁷² vgl. ebd.

¹⁷³ vgl. Pokrovac 2007, 128

¹⁷⁴ vgl. Weissenbacher 2009, 84

1946 und ihrer Anlehnung an die Sowjetverfassung aus dem Jahre 1936¹⁷⁵ war in Jugoslawien der Grundstein für die Möglichkeit zur Beantwortung des zweiten Teils der obigen Frage gelegt worden. Die Möglichkeit privater UnternehmerInnenätigkeit war in dieser Verfassung garantiert worden.¹⁷⁶ Des Weiteren wurde dort der „demokratische Zentralismus“ verankert – was bedeutete, dass ein übergeordneter Rat zwar den untergeordneten Räten und Ausschüssen Entscheidungskompetenzen voraus hatte, die untergeordneten entsandten aber Personal in die übergeordneten Räte, welches sie auch wieder abwählen konnten.¹⁷⁷ Die Verfassung legte ferner die Namen der sechs Teilrepubliken fest: Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien. Die autonome Provinz Vojvodina und das autonome Gebiet Kosovo-Metohija gehörten zum „Verband der Volksrepublik Serbien“.¹⁷⁸

Die Bildung einer jugoslawisch-bulgarischen Föderation, welche zwischen 1947 und 48 erwogen worden war, wurde von der SU abgelehnt – diese Auseinandersetzung prägte den weiteren Verlauf der jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen signifikant. Nachdem in direkter Konfrontation mit Stalin die bulgarischen VertreterInnen sogleich auf die Pläne zur Föderation verzichteten, protestierte die jugoslawische Delegation und pochte auf die vorgesehene Gleichbehandlung aller kommunistischer Parteien. Daraufhin wurden am 18. März 1948 sämtliche Militär- und ZivilberaterInnen in die UdSSR zurückbeordert.¹⁷⁹ „Die ersten Friktionen zwischen den befreundeten Ländern gehen schon in die Zeit des Krieges zurück [...]; als die Rote Armee schließlich 1945 nach Nordostjugoslawien vorgestoßen sei, hätten 'die Aktivitäten der sowjetischen Dienste' zugenommen, das 'Anwerben von Jugoslawen, besonders von Kommunisten in empfindlichen Positionen, wurde augenfällig und systematisch betrieben.' (Djilas 1983:95)“.¹⁸⁰

Zu den geopolitischen Differenzen zwischen der jugoslawischen und der sowjetischen Führung addierte sich ein Konflikt um die Machtfülle der lokalen KommunistInnen. Tito hatte Stalin keineswegs für seinen Sieg im BürgerInnenkrieg dankbar zu sein, was letzteren an der Loyalität der jugoslawischen Führung gegenüber dem „kommunistischen Mutterland“ zweifeln ließ. Seine Zweifel wurden durch die führende Rolle der KPJ bei der Unterstützung kommunistischer Bewegungen am Balkan generell gestärkt – die jugoslawischen KommunistInnen kooperierten mit albanischen, bulgarischen und zuvorderst griechischen Widerstandseinheiten, wobei letztere 1946

¹⁷⁵ vgl. Steindorff 2007, 193

¹⁷⁶ vgl. Kidrić 1948, 7

¹⁷⁷ vgl. Weissenbacher 2009, 86

¹⁷⁸ vgl. Weißenbacher 2003, 41 f.

¹⁷⁹ vgl. Steindorff 2007, 194

¹⁸⁰ Weissenbacher 2009, 84 f.

einen (später niedergeschlagenen, KS) Aufstand zu organisieren fähig gewesen waren.¹⁸¹

Als Konsequenz der russischen Haltung mussten mehrere Generäle und Kommissare, die Moskau treu geblieben waren, ihren Hut nehmen. Insbesondere die in der SU angelernten Offiziere waren zu einem großen Teil verhaftet worden.¹⁸² Die KPJ insistierte auf ihrer Auslegung der Besonderheit des jugoslawischen Wegs zur Revolution, versuchte dabei aber den Spagat, dem sowjetischen Modell gleichzeitig die Treue zu schwören. Die Verbannungen bzw. Verhaftungen waren Teil der „orthodoxen politischen Praxis“ dieser Zeit. Andererseits nahmen jugoslawische ParteitheoretikerInnen in ihren Ausarbeitungen starken Bezug auf Lenin und Engels, was sie die Ausprägung des Sowjetsozialismus hinterfragen und auch sie die Bezeichnung einer staatskapitalistischen Ordnung für diesen „Sozialismus“ verwenden ließ.¹⁸³ In der Tat hatte auch Lenin für den Fall der UdSSR den Bedarf an ArbeiterInnenkontrolle gegenüber den bürokratischen Deformationen als Folge der Zentralisierung administrativer und wirtschaftlicher Funktionen registriert. Er war jedoch nicht mehr dazu fähig gewesen, ein Heilmittel gegen die Bürokratisierung zu finden.¹⁸⁴

Ein Vierteljahr später wurde die KPJ aus dem Kominform, dem Nachfolger der Komintern, ausgeschlossen – politische und wirtschaftliche Sanktionen waren die unmittelbare Folge. Jugoslawien musste sich nun gezwungenermaßen dem westlichen Block annähern, nahm Marshallplan-Hilfe sowie Rüstungslieferungen aus den USA an.¹⁸⁵ Zudem hatte sich der Gütermangel verschärft, 1950 war mit einer fatalen Missernte zu rechnen – als einzige Möglichkeit der Selbsterhaltung verblieb die Öffnung des Landes gen Westen, so eine von Schönfeld¹⁸⁶ aufgestellte These. Noch 1947 war Hilfe aus dem Marshallplan abgelehnt worden und der Abschuss zweier US-Flugzeuge im Jahre 1946, die jugoslawisches Territorium überflogen hatten, führte zu diplomatischen Verstimmungen.¹⁸⁷ Die Versuche kapitalistischer Ökonomien, die Unterstützung Jugoslawiens an unterschiedliche Bedingungen zu knüpfen, waren nicht erfolgreich – so hatten beispielsweise US-amerikanische MilitärbeobachterInnen entnervt das Land verlassen, nachdem ihnen bewusst wurde, dass sie keinen Zugriff auf die jugoslawischen Truppen erhalten würden.¹⁸⁸

¹⁸¹ vgl. Roberts 1973, 324 f.

¹⁸² vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 290

¹⁸³ vgl. Zakošek 1984, 22 f.; Ein prominentes Mitglied der KPJ, das aufgrund seiner Kritik an den Fehlentwicklungen des jugoslawischen Systems aneckte, war Milovan Đilas, der – obwohl ehemals engster Kampfgefährte Titos – im Jahre 1954 politisch entmachtet worden war (vgl. Steindorff 2007, 196).

¹⁸⁴ vgl. Supek 1970, 218

¹⁸⁵ vgl. Steindorff, 195

¹⁸⁶ nach Weissenbacher 2009, 85

¹⁸⁷ vgl. Roberts 1973, 324

¹⁸⁸ vgl. Aschenbrenner et al. 2009, 290

Zum Zeitpunkt des Ausschlusses der KPJ aus dem Kominform waren die Verstaatlichungen bereits abgeschlossen. Die konsequente Durchsetzung der administrativen Maßnahmen ließ sich daraus ableiten, dass Ende 1945, also ein knappes halbes Jahr nach Ende der Kämpfe in Jugoslawien, schon 80% der größeren Unternehmen verstaatlicht worden waren. Einen gesetzlichen Rahmen bekam die Planwirtschaft im Sommer 1946, der erste Fünfjahresplan mit dem Fokus auf forcierter Industrialisierung konnte 1947 in Kraft treten.¹⁸⁹ Wie in den frühen Phasen der Sowjetunion war im DFJ eine beschleunigte Industrialisierung mit Präferenzen für die Schwerindustrie und den Investitionsgütersektor lanciert worden. Nationale Unabhängigkeit wollte über die Etablierung einer Form wirtschaftlicher Autarkie erreicht werden.¹⁹⁰ Die Nationalisierung des Bankwesens war sofort nach Ende des Zweiten Weltkriegs in die Wege geleitet und bald danach abgeschlossen worden,¹⁹¹ was jedoch umfangreiche Finanztransaktionen mit dem Ausland in weiterer Folge nicht verhindern konnte. Im April 1948 begann die Verstaatlichung von lokal bedeutenden Industriebetrieben, kleiner Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe sowie des Kleinhandels, während die Kollektivierung der Landwirtschaft zunächst langsam betrieben wurde. Erst der Bruch mit der UdSSR zog Zwangskollektivierungen nach sich – Folge waren verringerte Produktion und vehementer Widerstand der Bäuerinnen- und Bauernschaft. Noch Ende 1949 wurde daher der Kollektivierungsdruck gesenkt, Anfang 1953 ist die Fortführung des Prozesses komplett aufgegeben worden.¹⁹² Dies im Gegensatz zur Sowjetunion, wo für das Ziel der Kollektivierung über Leichen gegangen worden war.

Die administrative Lenkung der Ökonomie wurde zu dieser Zeit als einzig gangbarer Weg des sozialistischen Aufbaus des Staates gesehen und die Errichtung einer Form des Staatskapitalismus von offizieller Stelle dementiert, war doch die Entwicklung des genossenschaftlichen Sektors an die Bedingungen im Staatssektor gekoppelt.¹⁹³ Der Zugang zur Macht sollte der ArbeiterInnenklasse durch den administrativen Sozialismus ermöglicht werden, dieser wiederum als Vehikel der gesellschaftlichen Organisation aber nur eine kürzere Epoche andauern.¹⁹⁴ Um eine höhere Stufe der ökonomischen Rationalität zu erreichen, hatten die Planziele in Form von Gebrauchswerten den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zu realisieren. Dies stellte eine Abkehr von der Bestimmung der Preise über den Markt dar, hatte doch - nach Marx - der dort realisierte Tauschwert ein Mittel zur kapitalistischen Ausbeutung zu bedeuten. Im privaten und genossenschaftlichen Sektor blieben

¹⁸⁹ vgl. Steindorff 2007, 194

¹⁹⁰ vgl. Zakošek 1984, 20

¹⁹¹ vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 16

¹⁹² vgl. Zakošek 1984, 16 f.

¹⁹³ vgl. Kidrić 1948, 6 f.

¹⁹⁴ vgl. Weissenbacher 2009, 86

die Marktgesetze jedoch zunächst bestehen, was – je nach Größe dieser Sektoren – der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes einen kapitalistischen Einschlag geben konnte.¹⁹⁵ Es scheint also, als ob sich der Plan zur wirtschaftlichen Entwicklung in Jugoslawien zunächst kaum von jenem der Länder unter Sowjeteinfluss unterschieden hatte. Die Kollektivierung in der Landwirtschaft wurde aber in geringerem Ausmaß mit Repression durchgesetzt als beispielsweise in der UdSSR, den nicht verstaatlichten Sektoren wurden durchaus Spielräume zur Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten gelassen.

Die Anzahl der Parteimitglieder weitete sich nach dem Zweiten Weltkrieg nochmals stark aus, gegen Ende der 1940er-Jahre konnte im Fall der KPJ bereits von einer Massenpartei gesprochen werden. Diese Tendenz war die logische Folge der umfangreichen Verstaatlichungen. Parteiintern waren strenge Hierarchien vorhanden, die regionalen Parteiorgane mussten ihre während des Krieges noch genossene Autonomie abgeben. Die Volksausschüsse als Nachfolger der Volksbefreiungsausschüsse wandelten sich zu reinen Vollzugsorganen der Verwaltung, Partei- und Staatsämter waren auf allen politischen Ebenen eng miteinander verschränkt. Für eine gewisse Periode waren sämtliche Vorsitzende der örtlichen Volksausschüsse von ParteisekretärInnen besetzt.¹⁹⁶

Obwohl die stalinistisch geprägte Form des Marxismus-Leninismus von Seiten der KPJ als theoretische Grundlage verwendet worden war, konnte diese Partei den Begriff der Volksdemokratie auf andere Weise, als es Parteien in anderen europäischen Staaten taten, definieren. Dieser Begriff war im neuen Zweiten Jugoslawien als Äquivalent zum Sowjetsystem, wie es kurz nach der Oktoberrevolution bestand, angesehen worden. Im Zentrum des politischen Systems hatten die Volksbefreiungsausschüsse zu stehen, welche sich auf eine breite soziale Basis stützen und daher mehr direkte Partizipation an der Ausführung staatlicher Funktionen ermöglichen konnten – im Vergleich zu den Petrograder Sowjets beispielsweise.¹⁹⁷ Doch in dieser frühen Phase des neuen Jugoslawiens konnte Partizipation – wie Zakošek (1984, 19) feststellt – nur symbolische Bedeutung gehabt haben, der Einfluss der ArbeiterInnen auf die Parteistrukturen beschränkte sich auf rituelle Akte.

Mit Vorsicht kann also behauptet werden, dass die Zentralisierung von Kompetenzen tendenziell die Hauptstadt Belgrad und Serbien begünstigt hatte – womit eine Parallele zur Zwischenkriegszeit

¹⁹⁵ vgl. Zakošek 1984, 20

¹⁹⁶ vgl. ebd., 13 f.

¹⁹⁷ vgl. ebd., 18 f

offensichtlich wäre. Doch wegen der kurzen Dauer der Periode des administrativen Sozialismus ist diese Schlussfolgerung verfrüht, noch Ende desselben Jahrzehnts schienen der Zentralisierung (der die gesamte Föderation betreffender politischen Entscheidungen) gegenläufige Tendenzen auf. Außerdem hatte Serbien im Jahre 1947 mit 95,6% des gesamtjugoslawischen Durchschnitts ein vergleichsweise niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen als Slowenien (175,3%), die Vojvodina (108,8%) und Kroatien (107,2%)¹⁹⁸ - eine Tatsache, die sich bis zum Zerfall des Zweiten Jugoslawien nicht verändern sollte.

Ein Beispiel für das Festlegen autoritärer „Richtlinienkompetenz“ war die 1944 erfolgte Einengung der Führung des slowenischen Widerstandes, auch die lokalen KommunistInnen hatten sich an den Vorgaben der KPJ zu orientieren. Teile der politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite mussten abtreten. Dennoch war es (neben anderen, KS) mit Edvard Kardelj ein Slowene, der ein System voller Gegensätze und Konflikte entworfen hatte.¹⁹⁹ Auf der einen Seite stärkte die KPJ also ihre politisch-ökonomische Gestaltungsmacht, indem sie Entscheidungskompetenzen – entgegen ihrer Versprechungen der Kriegszeit – immer mehr zentralisierte. Andererseits fehlte man an einer neuen jugoslawischen Identität, an Alternativen zum sowjetischen Sozialismuskonzept und zum „alten“ jugoslawischen Weg, nachdem die Absenz der Unterstützung einer relativ entwickelten sowjetischen Gesellschaft schlagend geworden war.²⁰⁰ Das institutionelle Rahmenwerk, um der gesellschaftsunterwerfenden Macht der staatlichen Bürokratie zu entkommen, war in Jugoslawien in Gestalt der Volksausschüsse präsent. Außerdem waren umfangreiche politische Partizipationsmöglichkeiten „von unten“ auf dem Papier vorhanden.²⁰¹ Gemäß den Erfahrungen aus der Pariser Kommune hatte alle Macht vom Volk auszugehen, dieses *allein* entschied darüber, welche Entscheidungen an ein höheres Organ übertragen werden konnten.²⁰² Wie konnte sich Jugoslawien also der angespannten wirtschaftlichen Situation, verursacht u. a. durch die Dürre 1950 und die Blockade durch die sowjetischen Satellitenstaaten,²⁰³ adäquat entgegenstellen?

Zunächst „schwinden [bis 1949] allmählich auch die letzten Reste einer demokratischen Selbstverwaltung des Volkes, die auf der breiten sozialen Ebene der Volksrevolution entstanden war. Dieses Jahr 1949 bildet eine scharfe Grenze zwischen einem Höhepunkt der etatistischen

¹⁹⁸ vgl. Radak 2007, 45

¹⁹⁹ vgl. Vodopivec 2007, 38 f.

²⁰⁰ vgl. Weissenbacher 2009, 85 f.

²⁰¹ vgl. Zakošek 1984, 24

²⁰² vgl. Vukmanović-Tempo nach Lemân 1976, 16; Hier befand man sich in der Tradition von Marx und Engels: Sie „haben [...] wichtige Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen der Pariser Kommune gezogen.“ (Horvat 1972, 18)

²⁰³ vgl. Zakošek 1984, 28

Verwaltung und den über Nacht gefaßten Entschlüssen über die Einführung von Arbeiterräten“, wie es Cvjetičanin (1971, 243) auf den Punkt bringt. Bemerkenswerterweise war es der Gewerkschaftsbund, der - beginnend ab dem genannten Jahr in Kooperation mit dem Wirtschaftsrat der Regierung - die Herausbildung von ArbeiterInnenräten instruiert hatte. Die Anzahl der Betriebe in dieser Verwaltungsform belief sich zu Beginn des neuen Jahrzehnts auf rund 520, in denen 15 000 ArbeiterInnen organisiert gewesen waren.²⁰⁴ Damit gab die Regierung eindeutig Funktionen, die zuvor in ihren Ausübungsbereich gefallen waren, an die Räte ab, womit wiederum eine Stärkung der diversen territorialen Einheiten der Verwaltung erfolgt war.²⁰⁵ Eine Ausweitung der Kompetenzen der ArbeiterInnenräte war theoretisch aus dem Blickwinkel der Überwindung von Entfremdung jedenfalls zu befürworten, denn „[a]ls Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit [...] eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln.“²⁰⁶

Wie es Zakošek (1984, 27) ausdrückt, dienten nun in Kooperation mit der Partei die Institutionen der direkten ProduzentInnendemokratie als Garantinnen und Vermittlerinnen proletarischer Klassenherrschaft. Das Absterben des Staates wurde auf wirtschaftlich-praktischer Ebene durch das Gesetz über die Einführung der ArbeiterInnenräte (Juni 1950) im verstaatlichten Bereich versuchsweise vorangetrieben. Die Betonung lag auf dem „verstaatlichten Bereich“, der ArbeiterInnenrat hatte sämtliche Entscheidungskompetenzen mit höheren staatlichen und kommunalen Organen zu teilen.²⁰⁷ In dieser Phase kann das abwechslungsreiche Hin und Her im Plan der jugoslawischen Führung noch als den sehr schwierigen Verhältnissen nach Ende des Zweiten Weltkriegs geschuldet interpretiert werden. Doch wie in den nachfolgenden Kapiteln noch gezeigt werden wird, handelte es sich bei den häufigen Kurswechseln um umstrittene und umkämpfte Verhandlungsergebnisse, auf die sowohl Elemente der Volksbeteiligung von unten als auch Elemente der Durchsetzung von Eliten, also Volksbeteiligung von oben, Einfluss gehabt haben. Insbesondere ab 1953 hatten sich „heftige rechtswissenschaftliche Auseinandersetzungen über den Charakter des gesellschaftlichen Eigentums innerhalb Jugoslawiens“ entsponnen²⁰⁸ - dazu noch später.

²⁰⁴ vgl. Andjelković 1978, 26; Noch im Dezember 1949 nahmen nur ausgewählte Betriebe an der Einführung des neuen Verwaltungssystems teil, die dortigen ArbeiterInnenräte kamen jedoch nicht über ihren Status als lediglich mitbestimmende Organe hinaus (vgl. Zakošek 1984, 28; auch: Steindorff 2007, 195).

²⁰⁵ vgl. Radak 2007, 37

²⁰⁶ Marx 1872, 38

²⁰⁷ vgl. Zakošek 1984, 24 f.

²⁰⁸ vgl. Lemân 1976, 16

Rückblickend kann festgestellt werden, dass sich die politische Entwicklung im Jugoslawien der frühen Nachkriegszeit kaum von jener in staatssozialistischen Ländern unterschieden hatte, wie sie Becker (2009, 46 f.) beschreibt:

Es „bildete sich eine neue dominante Klasse aus den Spitzen des Partei- und Staatsapparates heraus, die maßgeblich über die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts und der Arbeitskräfte disponierte. Sie hing stark von ihrer Stellung in der politischen Sphäre ab und das egalitäre Legitimationsmodell setzte ihren privaten Konsumprivilegien Grenzen. Ihr Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Klassen (und Schichten) war durch Spannungen und Widersprüche gekennzeichnet. Diese wurden vor allem über informelle Mechanismen bearbeitet, offene und autonome Interessensartikulation wurde systematisch unterdrückt.“

Diese Unterdrückung konnte jedoch nicht lange Zeit funktionieren. Ein gewichtiger Teil der Parteimitglieder war immer gegen den von anderen Fraktionen als nächstes geforderten Reformschritt, was auch in der Verbannung von (vor dem Hintergrund der PartisanInnenkämpfe) prominenten Personen mündete. Zu Beginn der 1950er-Jahre und mit Einführung der Selbstverwaltung traten die nationalen Gegensätze verschärft zum Vorschein. Wie stark der Staat sein sollte und Fragen über das Ausmaß der Autonomie der Republiken wurden an der Spitze der KommunistInnen kontrovers diskutiert.²⁰⁹ Die Avantgarde in Form der Partei wollte ihre Abkehr vom zentralistischen Anspruch und dem administrativen Sozialismus mit einem formal dezentralen Aufbau ihrer Strukturen unterstreichen. Die KPJ wurde zum „Bund der KommunistInnen“, der „Sozialistische Bund des werktätigen Volkes“ ersetzte die Bezeichnung der Volksfront. 1953 trat die neue Verfassung in Kraft.²¹⁰ Bereits ein Jahr davor gelang die Einführung eines neuen Planungssystems, womit ein Umpolen der makroökonomischen Steuerungsinstrumente einhergegangen war. Dieser Schritt kann im Vergleich zu den Praktiken auf mikroökonomischer Ebene (in den Betrieben selbst) als weitergehend angesehen werden. Wurde die zentrale Detailplanung durch Einführung des Markts mit dezentralisierter staatlicher Wirtschaftsverwaltung ersetzt, so setzte letztere allgemeine Produktionsgrößen fest, ohne dem (mit enormem Verwaltungsaufwand verbundenen, KS) Erlassen von exakten Direktiven nachzukommen. Die auch daraus folgende Konsequenz war die Föderalisierung operativer staatlicher Wirtschaftsfunktionen.²¹¹

Mit der Verfassung von anno 53 sind Gesetze zur Führung der Fabriken durch die ArbeiterInnen

²⁰⁹ vgl. Vodopivec 2007, 39

²¹⁰ vgl. Steindorff 2007, 195; Damit wurde die direkte institutionelle Kontrolle der Partei über die Staatsorgane abgeschafft (vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 14).

²¹¹ vgl. Zakošek 1984, 25; auch: Radak 2007, 37; Nach dem deutlichen Wachsen des Verwaltungsapparats in der kurzen Periode des administrativen Sozialismus zeichnete sich diesbezüglich nun wiederum eine Trendwende ab (vgl. Zakošek 1984, 29).

bestätigt und auf eine höhere Ebene verlagert worden. In der Praxis sollte die Verwaltung so funktionieren, dass ein ArbeiterInnenrat mit 15-120 Mitgliedern für die Dauer eines Jahres gewählt wurde, der über die Zusammensetzung des Managements bestimmte. Dieser Rat hatte einmal im Monat oder jeden zweiten zusammenzutreffen und den Verwaltungsausschuss (drei bis elf Personen umfassend, 75% von ihnen ArbeiterInnen der Produktion) als Exekutive festzulegen. Ein Direktor ist somit ebenso bestimmt worden, er war als Hauptexekutivorgan im Verwaltungsausschuss vertreten. Damit wurde die führende politische Rolle der KPJ zwar nicht in Frage gestellt, aber relativiert.²¹² Über einen gewissen Zeitraum zu Beginn der 1950er-Jahre existierten in Jugoslawien dem Gesetz nach zwei Verwaltungsformen nebeneinander – die staatliche Verwaltung und die Selbstverwaltung der ArbeiterInnen. In der Praxis sollte sich die Erblast der administrativen Lenkung jedoch als langlebig erweisen. Dies manifestierte sich u. a. in der fremdbestimmt geringen finanziellen Ausstattung der ArbeiterInnenräte.²¹³ Diesem Punkt wird in Abschnitt 2.2 genauer nachgegangen werden. Ferner konnte nicht mit einem sofortigen kompletten Verwerfen des erst 1946 entstandenen institutionellen Arrangements zur Lenkung der Zentralverwaltungswirtschaft gerechnet werden: Die Bundesplankommission, welche die Planvorgaben festlegte, sowie Haupt- und Generaldirektionen auf operativer Leitungsebene und als Koordinationsinstanz zwischen Unternehmen und Wirtschaftsministerien²¹⁴ hätten ihre Funktionen wieder verloren.

Im Grunde wurde die Revolution zwar „von oben“ fortgesetzt, doch die Zugeständnisse bei Reformen des streng etatistischen Systems können auch als Ausdruck des Drucks von Seiten der ArbeiterInnenschaft und der StadtbewohnerInnen interpretiert werden – den Strömungen „von unten“ ist also durchaus entgegengekommen worden. Es ging bei der Gründung von ArbeiterInnenräten aber auch um den Status des unabhängigen Jugoslawiens in einer angespannten geopolitischen Situation.²¹⁵ Ein Anzeichen für Zugeständnisse an die Basis der ArbeiterInnenbewegung war die Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse der Räte zu Lasten der Direktorin/des Direktors. Damit konnte jedoch noch nicht geklärt werden, wem die faktische Verfügungsmacht über das Unternehmenseinkommen zukommen sollte – was wesentlich zum Finden der Antwort auf die Machtfrage, die sich in betrieblichen und staatlichen Instanzen stellte, beigetragen hätte.²¹⁶

Resümierend lässt sich ausführen, dass – bei Beibehaltung der bisherigen theoretischen Perspektive

²¹² vgl. Weissenbacher 2009, 87

²¹³ vgl. Cvjetičanin 1971, 245

²¹⁴ vgl. Zakošek 1984, 16

²¹⁵ vgl. Cvjetičanin 1971, 244

²¹⁶ vgl. Zakošek 1984, 28 f.

zur Erklärung einer bestimmten Form von Entwicklung, nämlich jener einer kapitalistischen Ökonomie – mitunter hohe Wachstumsraten durch den Wiederaufbau von Gebäuden, Industrien und Infrastruktur beobachtet werden konnten, was für alle Regionen des Zweiten Jugoslawiens mehr oder weniger zutrifft (11,8% Wachstumsrate des Sozialprodukts im Rahmen des ersten Fünf-Jahres-Plans 1947-51²¹⁷). Auch unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Wachstumstheoretikers Robert Solow (1956) ist angesichts des ursprünglich niedrigen Kapitalkoeffizienten (Verhältnis von eingesetztem Kapital zur Anzahl der Bevölkerung) und somit des Nationaleinkommens ein Konvergenzwachstum in gewissem Ausmaß, also ein Aufholprozess zu den am weitesten industrialisierten Ländern, zu erwarten gewesen.

Andererseits war als Folge des Zweiten Weltkriegs in etwa die Hälfte der Vorkriegsindustrie nicht mehr einsatzfähig. Unter diesem Blickwinkel erscheint es insbesondere schwierig, einer Volkswirtschaft einen vorgeschriebenen Wachstumspfad zu verordnen, der über den Aufbau von Schwerindustrien und eines kapitalintensiven Investitionsgütersektors begangen werden sollte. Das Ziel der Autarkie, welches einem Gutteil der Eliten im Bund der KommunistInnen vorschwebte, schien in weite Ferne zu rücken. Als diese Tatsache untermauernd stellten sich die Probleme durch die witterungsabhängige Landwirtschaft und den vollkommenen Handelsstopp mit den staatssozialistischen Ländern als eine Folge des Sowjetboykotts Jugoslawiens heraus. Eine weitere Folge dieses Boykotts war die erzwungene Annahme von Hilfe kapitalistischer Staaten, sollte das Zweite Jugoslawien in der damaligen Form überhaupt weiterexistieren können. Angelehnt an Supek (1970, 218) ergeben sich vor diesem Hintergrund zwei Fragen: Konnte im Hinblick auf diese Außenabhängigkeit die Perspektive, dass der Staat als entfremdete Macht über die Menschheit in einem neuen Sozialsystem keine Rolle mehr spielen sollte, weiterentwickelt werden? Und: Entwickelte sich tatsächlich eine freie ProduzentInnenassoziation (Marx), eine „ProduzentInnendemokratie“ (Antonio Gramsci) oder, in jugoslawisch geprägten Termini, der „selbstregierende Sozialismus“? In Bezug auf die Feststellung von Entwicklungsdifferenzen innerhalb Jugoslawiens ist wesentlich zu erkennen, dass einflussreiche jugoslawische ÖkonomInnen wie etwa Rudolf Bićanić gegen die breiten Machtbefugnisse des staatlich-administrativen Verwaltungsapparats aus dem Blickwinkel der sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveaus einzelner Regionen und Sektoren einer Volkswirtschaft argumentierten.²¹⁸

Für den weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit und die Beantwortung dieser Fragen ist zentral, dass die Analyse der noch zum Teil sehr diffus erscheinenden Umstrukturierungen der bis zum

²¹⁷ vgl. Singleton/Carter 1982, 116

²¹⁸ vgl. ebd., 116

Ende des Zweiten Weltkriegs grundlegend kapitalistisch organisierten Ökonomie eine Veränderung in der theoretischen Perspektive erfordert. Zwar wären die angesprochenen Veränderungen (Etablierung von Räten, Föderalisierung von bundesstaatlichen Kompetenzen) zum Zeitpunkt der frühen 1950er-Jahre noch rückgängig zu machen gewesen, doch bereits durch den nun abgeschlossenen Abschnitt wurde deutlich, dass mit einem für die Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften entworfenen Analyseraster wichtige polit-ökonomische Phänomene nicht mehr erklärt werden können. Zu diesen gehört die Verquickung staatlicher Stellen mit einer einzigen Partei, aber auch die Annahme einer Form von sowjetischer Verfassung und die darauf folgende Kollektivierung in der Landwirtschaft und die Verstaatlichung von (Schlüssel-)Industrien.

1.7 WIRTSCHAFTSWACHSTUM, INSTITUTIONELLE VERFESTIGUNG UND VERÄNDERUNG DER SELBSTVERWALTUNG IN DEN 1950ER-JAHREN

„Demokratisierung: Prozess, in dem die Arbeiter allmählich ihren Einflussbereich erweitern.“²¹⁹

Wie der Titel des Abschnitts andeutet, konnte sich die jugoslawische Volkswirtschaft in den 1950-er Jahren mit bemerkenswert hohen Wachstumsraten entwickeln (zwischen 1950 und 1963 um durchschnittlich 8%²²⁰). Die Fundamente für dieses Wachstum legte die hohe Investitionsquote in der Periode 1947-52, in welcher erstere ein Drittel des Sozialproduktes ausmachte.²²¹ Obwohl noch nicht in dramatischem Ausmaß, so hatte Jugoslawien doch mit einem deutlichen Handelsbilanzdefizit zu kämpfen: Dieses betrug zwischen 1950 und 1961 durchschnittlich mehr als 20% jährlich (die Importe überstiegen die Exporte also in jedem Jahr um über 20 Prozentpunkte).²²² Im Hinblick auf die Forschungsfragen ist in diesem Unterkapitel zu klären, a) inwiefern die Ursachen dieser Tatsachen in den im vorangegangenen Abschnitt genannten Reformen zu suchen sind und vor allem, b) ob sich dank der vermehrten Mittel zur innerjugoslawischen Umverteilung die *Entwicklungsdifferenzen* zwischen den jugoslawischen Regionen erstmals in der Geschichte signifikant verringern konnten.

Die Periode des administrativen Sozialismus war nach wenigen Jahren zu Ende gegangen. Die strikt administrativ gelenkte Volkswirtschaft hatte mit Problemen zu kämpfen, wie sie auch aus anderen sozialistischen Ländern bekannt gewesen waren: strukturelle Ungleichgewichte; mangelnde Qualität und Quantität der Erzeugnisse aus ineffizienter und ressourcenintensiver Produktion; lahmender technischer Fortschritt, um nur einige Mängel zu nennen.²²³ Neben diesen ökonomischen Schwierigkeiten ergab sich vor dem politischen Hintergrund der umfangreichen Bürokratie die Gefahr eines entfremdenden „Amtsfetischismus“, der sich aufgrund zentralisierter Ressourcenallokation und –distribution nach Plan ausbreiten konnte, wie kritische ÖkonomInnen, PhilosophInnen und SoziologInnen der „Praxis“-Gruppe hervorgehoben hatten.²²⁴ Somit hatten in Jugoslawien neue Formen rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Regelung von

²¹⁹ Peter Weiss, Notizbücher 1971 – 1980, 616 nach Röttger 2011, 131 (Hervorhebungen im Original)

²²⁰ vgl. Bošković/Dašić 1980, 58; Die Industrieproduktion wuchs jährlich um 12,1% (womit der sekundäre Sektor in der jugoslawischen Ökonomie führend geworden war), die Arbeitsproduktivität legte um 4,2% zu (vgl. ebd.). In der Tat konnten die Wachstumsraten Jugoslawiens zwischen Mitte und Ende der 1950er-Jahre unter den höchsten weltweit eingereicht werden (vgl. Burger/Kester/van Ouden 1977, 14).

²²¹ vgl. Singleton/Carter 1982, 117; Dijana Pleština (1992, 132) weist aber kritisch darauf hin, dass ab den 1950er-Jahren die Summe der Darlehen und Hilfen aus dem Ausland jährlich rund 100 Mio. US-\$ betrug, womit ein Drittel aller produktiven Investitionen nicht aus Jugoslawien selbst kommen konnte.

²²² vgl. Singleton/Carter 1982, 111

²²³ vgl. Lemân 1976, 23

²²⁴ vgl. ebd., 22

gesellschaftlichem (im Gegensatz zum staatlichen, was für die jugoslawischen TheoretikerInnen entgegen der sowjetischen Praxis nicht äquivalent war) Eigentum diskutiert zu werden. Theoretisch konnte von gesellschaftlichem Eigentum erst dann gesprochen werden, wenn die Souveränität über Produktionsmittel und erwirtschafteten Mehrwert bei den Arbeitskollektiven selbst lag. Ausschließlich damit hätte die Entfremdung der arbeitenden Bevölkerung überwunden und die Humanisierung der industriegesellschaftlichen Beziehungen erreicht werden können. Die dafür notwendigen Umstrukturierungen in Politik und Ökonomie konnten jedoch nicht mit dem fortgesetzten Ausschluss von Marktmechanismen in Gang gesetzt werden.²²⁵ Die nicht nur rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung über die Besetzung des Begriffs des gesellschaftlichen Eigentums setzte sich also in den 1950er-Jahren unvermindert fort.

Bei Betrachtung der ersten Jahre nach Einführung der neuen Verfassung 1953 ist bemerkenswert, dass die *ArbeiterInnenräte* in der Form, wie sie seit Ende 1949 existierten und in genannter Verfassung verankert worden sind, *zwei wesentlichen Einschränkungen* unterlagen: *Erstens* musste sich der ArbeiterInnenrat der betroffenen Betriebe, wie bereits angesprochen, Entscheidungskompetenzen bezüglich Eigentumsfragen mit höheren staatlichen Organen teilen. *Zweitens* konnten Gewerkschaften, Partei und Volksfront regelmäßig ein Auge auf seine Handlungen werfen.²²⁶ Offenbar waren auf mikroökonomischer Ebene folglich noch genügend Kontrollmechanismen vorhanden, um eine wahrlich freie Assoziation der ArbeiterInnen nicht zulassen zu können. Den Regierungskörpern außerhalb und den DirektorInnen innerhalb der Unternehmen als VertreterInnen der Staatsinteressen und WahrerInnen der Gesetze kam eine dominante Rolle zu.²²⁷

Als wirklich prägend für den frühen Selbstverwaltungssozialismus stellte sich aber das *Abgehen von zentraler direktiver Detailplanung* im Rahmen des 1952 neu eingeführten revidierten Planungssystems heraus. Marktwirtschaftliche Koordination sollte die starren Instrumente staatlicher Wirtschaftsverwaltung ergänzen, was sich auch in der Dezentralisierung derselben (im Transfer operativer staatlicher Wirtschaftsfunktionen auf lokale und regionale Organe) niedergeschlagen hatte. An die Stelle der von oben festgelegten Quantitätssteuerung platzierte sich ein Plan mit der Vorgabe allgemeiner Produktionsparameter. Nun stellte sich heraus, dass die Macht der Partei von Seiten der Institutionen direkter ProduzentInnendemokratie (wie sie zumindest auf dem Papier existierte, KS) als Dreh- und Angelpunkte der proletarischen Klassenherrschaft weiter

²²⁵ vgl. ebd., 15

²²⁶ vgl. Zakošek 1984, 25 f.

²²⁷ vgl. Bošković/Dašić 1980, 52

eingeschränkt werden konnte.²²⁸ Somit wandelte sich auch die Rolle des Staates: Er zog sich aus der unmittelbaren Wirtschaftsplanung sowie der Kultur- und Sozialpolitik zunehmend zurück. Die Dezentralisation von Entscheidungen hatte eine Form des Absterbens des Staates zu bedeuten.²²⁹ In Form der Institutionen unmittelbarer ProduzentInnen wurde das Selbstverwaltungsprinzip ins politische Repräsentativsystem eingepflanzt, Edvard Kardelj's Modell der Selbstverwaltung hatte sich gegen jenes von Boris Kidrič, der 1953 verstorben war, durchgesetzt.²³⁰ Doch konnte der erste Akt des Staates als wirklicher Repräsentant der Gesellschaft (die Nationalisierungen) zugleich als der letzte selbständige staatliche Akt angesehen werden?²³¹

Es handelte sich nur insofern um Einschränkungen der Macht des bürokratischen Apparates, als von den genannten Einschränkungen der Betriebe (Kontrolle und Mitspracherecht der bürokratischen Instanzen) nach wie vor folgende Tatsache betroffen war: „[V]on der faktischen Verfügung über das Unternehmenseinkommen hing [...] sowohl die Gestaltung des Machtverhältnisses zwischen betrieblichen und staatlichen Entscheidungsorganen [...] als auch die Chance, den subordinierten Status einfacher Arbeiter zu verändern (also ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aus der Position der Lohnarbeiter zu befreien)“²³², ab. Die *Verfügbarmacht über Investitionsmittel*, ein Kernelement ökonomischer Handlungsdisposition, wurde mit der Gründung gesellschaftlicher Investitionsfonds im Jahre 1954 i. d. S. *dezentralisiert*, dass alle Ebenen der territorialen Organisation Ressourcen akkumulieren und folglich allokkieren konnten. Als flankierende Maßnahmen wurden Einkommensdistribution und Unternehmensbesteuerung reformiert. Bis 1958 änderte sich aber kaum etwas an der staatlichen Vormacht bei der Festlegung von betrieblichen Distributionsparametern (Investitionen, Lohnfonds), was sich aufgrund beschränkter Lohnsteigerungen inflationsmindernd ausgewirkt haben dürfte.²³³

Wesentliche fiskalische Instrumente stellten Einkommens- und Umsatzsteuern aus dem privaten Sektor dar,²³⁴ sie dienten u. a. dazu, die parlamentarische Vertretung an der Spitze des Staates zu finanzieren. Noch in den 1950er-Jahren wurden *weitreichende Befugnisse an die territorialen Basisgruppen* übertragen, auch die Schaffung ökonomischer Einheiten kam dem Wunsch der

²²⁸ vgl. Zakošek 1984, 26 f.

²²⁹ vgl. Lemân 1976, 12

²³⁰ Vgl. Zakošek 1984, 31, der hier auch die Grundzüge der beiden „konkurrierenden“ Ideen der zwei KP-Ideologen beschreibt.

²³¹ vgl. Horvat 1972, 17

²³² ebd., 29

²³³ vgl. ebd., 30

²³⁴ vgl. Kidrič 1948, 7

Betroffenen entgegen, ihren politischen Alltag selbst zu bestimmen.²³⁵ Dies geschah durch Reformen im „kommunalen System“ der Föderation (1952 und 1955 realisiert), womit die Volksausschüsse allmählich von der Bildfläche verschwinden und durch Gemeinden mit ausgeweiteten Kompetenzen ersetzt werden sollten: *Gemeinden (Kommunen)* konnten gewisse Einnahmen selbständig verwalten und eigenständig über wirtschaftspolitische Kompetenzen verfügen.²³⁶ Ungeklärt blieb hiermit aber die Frage nach den Auswirkungen dieser institutionellen Veränderungen auf die Volksdemokratie – wurde sie intensiviert oder beschnitten? Wie die Entwicklungen bis in die 1960er-Jahre hinein zeigen werden, trifft in Zusammenspiel mit weiteren Reformen jedenfalls ersteres zu. Die Formen des gesellschaftlichen Eigentums wurden durch die erweiterten Kompetenzen der kommunalen Ebene diversifiziert.

Im Prinzip konnten die betrieblichen Herrschaftsfunktionen nun nicht mehr aus kapitalistischem Eigentum abgeleitet werden, eine Verbindung von Kapital und Eigentümern stellte von nun an keine hinreichende Bedingung für wirtschaftliche Herrschaft dar.²³⁷ Abgesehen von der fast kontinuierlich positiven wirtschaftlichen Entwicklung ist es also auch so gewesen, dass an den Prinzipien der im letzten Abschnitt erwähnten politischen Reformen nicht gerüttelt worden ist. Die Konsistenz der Abbildung zunehmender ökonomischer Prosperität in der politischen Organisation des Landes stellt, wie im Folgenden noch zu beweisen sein wird, eine Periode mit Seltenheitswert in der Entwicklung des Zweiten Jugoslawiens dar. Obzwar regionale Parteimitglieder wegen partikularistischer Ansichten von der Zentrale mitunter gerügt worden waren, bildeten die 1950er-Jahre selbst in Bezug auf nationalistische Tendenzen eine relativ entspannte Dekade.²³⁸

Trotz der proklamierten Ziele der ArbeiterInnenselbstverwaltung wurde die FNRJ von einer administrativen Wirtschaft zuerst in eine halbadministrative Ökonomie, wie sie Lemân (1976, 24) nennt, umgepolt. Dies ist jedoch angesichts der Tatsache, dass frühe Selbstverwaltung in der jugoslawischen Praxis einen Dualismus von Macht bedeutete, nicht verwunderlich. Repräsentative Demokratie auf Bundesebene (mit nennenswerten Kompetenzen in der Innen- und Außenpolitik, KS) wurde mit Selbstverwaltungsdemokratie komplettiert (z. B. der Wahl von ArbeiterInnenräten in den genossenschaftlich organisierten Betrieben). Letztere wurde auf Bundesebene über das Instrument der ProduzentInnenräte artikuliert, welche auf kommunaler, landesweiter und föderaler

²³⁵ vgl. Lemân 1976, 13

²³⁶ vgl. Zakošek 1984, 32; In den Worten von Bošković/Dašić (1980, 55): „Self-management did receive a boost, however, in 1955 with the introduction of the communal system, in which the communes were given a substantial measure of responsibility for socioeconomic development.“

²³⁷ vgl. Lemân 1976, 19

²³⁸ vgl. Pleština 1992, 129 f.

Ebene verankert worden waren. Sie arbeiteten grundsätzlich auf Augenhöhe mit der *Volksversammlung*, dem höchsten repräsentativen Organ, zusammen.²³⁹ Letzterem kam nach Ansicht von Zakošek (1984, 32) als ausschließlich von der Partei kontrollierter Instanz aber eine besonders machtvolle Position im föderalen Arrangement zu, der „Völkerrat“, welcher die Republiken vertreten hatte, wurde im Zuge der Reform des Repräsentativsystems sogar aufgelöst.

Dabei stellt sich die legitime Frage, ob sich durch *mangelnde gegenseitige Kontrolle der legislativen Organe* nicht jene „neue[n] Netze von Privilegierung und Machtkonzentration“ ausbilden konnten, wie Đilas sie in seinen unter Haftbedingungen entstandenen Werken beschrieben hatte.²⁴⁰ Gerade derartige Tendenzen sollten mit dem rätendemokratischen Anspruch der Arbeiterselbstverwaltung eigentlich verhindert werden, wie Lemân (1976, 23) betont. Diesen Entwicklungen vorbeugend wirkten aber vermutlich

- die Partizipation von VertreterInnen der gesellschaftlichen Dienste aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen in den staatlichen Verwaltungsorganen der Republiken;²⁴¹
- Beschränkungen der überwiegend privat gehaltenen Betriebe und Unternehmen in den Branchen des Handwerks, der Landwirtschaft und des Tourismus mittels Beschäftigtenhöchstzahlen oder Restriktionen des Grundbesitzes sowie
- das (bereits skizzierte) Besteuerungssystem.²⁴²

Als für die weitere Entwicklung des jugoslawischen Wirtschaftssystems wesentlich stellte sich der 1957 erfolgte Ersatz von Tariflöhnen durch einen *Mechanismus der Einkommensverteilung* heraus. Hiermit konnten die Beschäftigten selbst Beschlüsse über die Bewertung ihrer Arbeitsergebnisse fällen.²⁴³ Einerseits war dadurch ein zusätzlicher Anreiz für demokratische Prozesse in den Determinanten der Verteilung gesetzt worden. Andererseits muss gefragt werden, ob damit nicht der Weg für ein gewisses Maß an Willkür in der Allokation und Distribution nach wie vor knapper gesellschaftlicher Ressourcen geebnet wurde – dazu noch später. Jedenfalls war damit eine Quelle der Entfremdung trockengelegt worden – jene, die arbeiteten, sollten im Idealfall all jene Früchte genießen können, die aus dieser Arbeit hervorgegangen waren.²⁴⁴ In Folge der Dezentralisierungsschritte wandelte sich auch die Rolle des BdKJ als zentrale Akteurin im Staat. Sie

²³⁹ vgl. Supek 1970, 220

²⁴⁰ vgl. Steindorff 2007, 196

²⁴¹ vgl. Zakošek 1984, 31

²⁴² vgl. Lemân 1976, 19

²⁴³ vgl. ebd., 25

²⁴⁴ vgl. Bošković/Dašić 1980, 52

hatte künftig ihre Herrschaft weniger über die Strukturen des Staatsapparates als durch eine Form „ideologischen Zentrums“ zu vermitteln.²⁴⁵ „Die Partei sollte sich von der zentralen Herrschaftsinstitution zum allgemeinen Garant[en] der sozialistischen Entwicklung Jugoslawiens wandeln.“²⁴⁶

Die Außenpolitik betreffend ist zu erwähnen, dass sich nach dem Ableben Stalins 1953 das Verhältnis der FNRJ zur SU wieder verbesserte - langsam akzeptierte sie die besondere Position Jugoslawiens zwischen den Blöcken. Ein gesteigertes Selbstbewusstsein des südosteuropäischen Staates drückte sich in der 1956 erfolgten Gründung des *Bündnisses der „Blockfreien“* aus. Insbesondere Staaten, in denen die Dekolonisierungsprozesse gerade abgeschlossen waren, sahen in diesem Zusammenschluss eine Möglichkeit, ein Sprachrohr auf internationaler Ebene für sich nützlich zu machen.²⁴⁷ Institutionalisiert war der dritte Machtblock auf einer Konferenz in Belgrad im Jahre 1961 worden, auf globaler Ebene zeichneten sich mit der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses ausgeweitete Handlungsmöglichkeiten in der Nord-Süd-Politik ab.²⁴⁸

Empirische Ergebnisse untermauern den Effekt ausgebauter demokratischer Möglichkeiten für ArbeiterInnen auf die Produktionsergebnisse der Betriebe und Unternehmen (Margold/Woods 1967; Pusić 1969). Jaroslav Vanek (1970) ist sogar der Ansicht, dass „the labor-managed economy is not only high efficient in absolute terms, but also more efficient than other economic systems. This holds of the point of view of both allocational and distributional efficiency.“²⁴⁹ Insofern ist mit den Reformschritten Richtung De-Zentralisierung ein Weg beschritten worden, der das intensive Wachstum in der hier näher betrachteten Periode der 1950er-Jahre nur fördern konnte. Anhand der in diesem Unterabschnitt zusammengetragenen Fakten kann aber keine Aussage darüber getroffen werden, ob sich in den *Nord-Süd-Differenzen* wesentliches verändern konnte. *Einen Hinweis* diesbezüglich kann aber die Entwicklung des Anteils vom GMP („Gross Material Product“) des Kosovo an jenem Sloweniens darstellen: Hatte dieser 1950 ein Drittel betragen, so war er bis 1960 auf ein Fünftel abgesackt.²⁵⁰ Trotz Industrialisierungsbestrebungen in den südlichen Republiken, wo Subsistenzwirtschaft vorherrschte, finden sich auch bei Singleton/Carter (1982, 117) Hinweise auf ein *Auseinandergehen der Nord-Süd-Schere* beim Pro-Kopf-Einkommen (Vergleich Sloweniens mit Kosovo-Metohija bzw. Mazedonien).

²⁴⁵ vgl. Lemân 1976, 15

²⁴⁶ Zakošek 1984, 33

²⁴⁷ vgl. Steindorff 2007, 196

²⁴⁸ vgl. Menzel 1993, 142 f.

²⁴⁹ Vanek 1970, 403 nach Fehr 1986, 6 f.

²⁵⁰ vgl. Pleština 1992, 133 f.

Trotzdem können zumindest zwei Faktoren identifiziert werden, die einen Einfluss auf die folgende Analyse der Entwicklung des Nord-Süd-Verhältnisses innerhalb der SFRJ gehabt haben dürften: Einerseits waren dies jene *Kompetenzfelder*, die von zentraleren Institutionen *auf die Kommunen übertragen* worden sind. Zu nennen sind hier primär wirtschaftspolitische Handlungsspielräume in der Industriepolitik. Andererseits wurden auf Bundesebene die *Bedürfnisse der Republiken nicht mehr im Völkerrat artikuliert*, da dieser aufgelöst worden war. Mit der Verankerung von Produktionsräten auf allen föderalen Ebenen kam es also zu einer Vervielfachung von legislativen Instanzen, was sowohl aus der Perspektive zunehmender Demokratisierung als auch unter dem Aspekt erhöhter Transaktionskosten von Verhandlungen gesehen werden muss.

1.8 KRISEN, KRITIK, NACHDENKEN – ALLE SCHRITTE ZUR SELBSTVERWALTUNG GETAN?

„Im Hinblick auf Planung und Planrealisierung kann man die Frage der Zentralisation und Dezentralisation auch als eine des Verhältnisses von Autorität und Autonomie fassen.“²⁵¹

Wie bereits angedeutet, waren die verstärkt selbstverwalteten Betriebe und Unternehmen von unerwünschten Entwicklungen betroffen – vor allem in Bezug auf die Bandbreite der persönlichen Einkommensverteilung in den Wirtschaftsorganisationen. So kam es z. B. dazu, dass die Wachstumsrate der persönlichen Entlohnung jene der Arbeitsproduktivität übersteigen konnte. Die angeführte Problematik zog verstärkte staatliche Intervention nach sich - diese korrigierte mitunter festgestellte Irregularitäten, bedrohte jedoch durch die re-intensivierte Macht der Bürokratie die neu geschaffenen Freiheiten vor dem Etatismus. Zu dieser Zeit wurden drei Viertel des Volkseinkommens im sozialisierten Sektor generiert.²⁵²

Ein Akteur, der in der bisherigen Analyse noch nicht beachtet wurde, dem aber speziell in einer Wirtschaft mit Marktmechanismen eine wesentliche Rolle zukommt, ist der Finanzmarkt. Mit den angesprochenen Dezentralisierungen wurde „[a]uch die Funktion der Banken [...] verändert. Sie waren nicht mehr mit der Verteilung und Verbuchung staatlicher Investitionsmittel betraut, ihre Aufgabe war vielmehr[,] der Wirtschaft Kredite zu gewähren und deren freie Mittel anzulegen.“²⁵³

Vor dem Hintergrund der realen Machtverhältnisse in Jugoslawien erscheint es bemerkenswert, dass nach 1966 *durch den Rückzug von Bundes-, Republiks- und Kommunalorganisationen ein Vakuum* entstanden war, dass von den Selbstverwaltungsorganen keineswegs ausgefüllt werden konnte.²⁵⁴

Die Banken im selbstverwalteten Jugoslawien hatten also prinzipiell dieselben Funktionen zu erfüllen wie in einer kapitalistischen Volkswirtschaft. Waren die Kreditinstitute daher nicht eine Quelle von Widersprüchen zum vorgetragenen Ziel der sozialisierten Ökonomie? Inwiefern torpedierten sie die Aufgabenausführung der 1954 gegründeten gesellschaftlichen Investitionsfonds? Diesen Fragen soll in den kommenden Absätzen auf den Grund gegangen werden.

Für die Strukturen der Volkswirtschaft der FNRJ gilt nach wie vor, dass sich die *rohstoffreichen Regionen* des Landes *in unterentwickelten Gebieten* mit Bevorzugung der Grundstoffindustrien befinden; die *verarbeitende Industrie* ballt sich hingegen *in den entwickelten Gebieten*. In gewissem

²⁵¹ Horvat 1972, 14 (eigene Hervorhebungen)

²⁵² vgl. Bošković/Dašić 1980, 57 f.

²⁵³ Drulović 1972, 46

²⁵⁴ vgl. Lemân 1970, 29

Maße kontraintuitiv ist unter Beachtung der fortgeschrittenen Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene die *Konstitution der jugoslawischen Teilrepubliken als Nationalstaaten*, die erst den Rahmen für die Nationenbildung der südslawischen Völker hergeben.²⁵⁵ Diese beiden Feststellungen Zakošek ergeben die Zutaten für eine explosive Mischung national(istisch)er Rivalitäten auf ökonomischer Ebene mit politischer Uneinigkeit auf bundesstaatlicher Ebene: „Der Status der Republiken blieb aufrecht, obwohl die eigentlichen Organisationseinheiten nun die selbstverwalteten Kommunen sein sollten. [...] Die Republiken wurden „erwachsen“, [...] aus der Einheit der Macht der Bundesversammlung wurde mit der Verfassung von 1963 ein Polyzentrismus.“²⁵⁶ Wie konnte es so weit kommen?

Obwohl der neue Modus an Regulierung der Unternehmenseinkommen in der Basis des ArbeiterInnenkollektivs der jeweiligen Betriebe und Unternehmen wurzelte, kam es im Jänner 1958 in Slowenien zu einem Streik. Grund für die Unzufriedenheit war die nach wie vor starke staatliche Einschränkung an Bewegungsfreiheit der Selbstverwaltungsinstitutionen (etwa die Deckelung persönlicher Einkommen der Beschäftigten). Erst mit Frühjahr 1961 wurden derartige administrative Eingriffe endgültig aufgehoben. Damit erfolgte auch eine Reduktion der Besteuerung des Unternehmenseinkommens, als Steuerquellen dienten betriebliches Bruttoeinkommen und das kumulierte persönliche Einkommen. Weitere *Reformen 1961* betrafen den Außenhandel sowie das Bankensystem: Durch Zugriff der neuen regionalen Investitionsbanken auf den Investitionsfonds war ein Mechanismus der innerjugoslawischen Verteilung markant dezentralisiert worden.²⁵⁷ Bei der Zuteilung von Investitionsmitteln offenbart sich eine gewisse Inkonsistenz: 1954 war noch beschlossen worden, anstatt die Verteilung von Mitteln des Fonds auf die Unternehmen zuzulassen, die Verfügungsgewalt über diese Mittel in sozialisierte Investitionsfonds von auf nationaler, republikweiter und kommunaler Ebene tätigen Banken, von wo die Unternehmen ihre Kredite zu beantragen hatten, zu verschieben.²⁵⁸ Die Gründung von auf Investitionen spezialisierten Banken auf Republiksebene kann somit als Dezentralisierung eines zuvor re-zentralisierten Handlungsspielraums von Finanzinstitutionen bezüglich der Zuteilung von Investitionsmitteln interpretiert werden. Der Investitionsfonds hatte als zentralisierte Einheit also ein Stück weit in dezentralisierten Wirtschaftsinstitutionen (Regionalbanken) aufzugehen.

Im Unterschied zu den 1950er-Jahren beeinflussten die Reformen nun aber die

²⁵⁵ vgl. Zakošek 1984, 35 f.

²⁵⁶ Weißenbacher 2003, 58

²⁵⁷ vgl. Zakošek 1984, 39

²⁵⁸ vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 14

Akkumulationsdynamik. 1961/62 hatte die jugoslawische Wirtschaft erstmals seit 1950 kein Wachstum mehr zu verzeichnen. Die öffentlich ausgetragenen Diskussionen waren durch zwei entgegengesetzte Positionen gekennzeichnet. Einerseits brachten BefürworterInnen einer relativ einheitlichen Entwicklungsstrategie, und somit des Belassens administrativer Lenkungsfunktionen bei zentralen staatlichen Instanzen, ihre Argumente vor. Andererseits sahen sich AnhängerInnen weiterer Dezentralisierungen von bürokratischen Entscheidungskompetenzen wegen der Krisenerscheinungen in ihren Forderungen nach verstärkt marktwirtschaftlicher Koordination bestärkt.²⁵⁹ Schließlich hatte auch das Problem der gestiegenen Arbeitslosenquote (von 6,2% 1960 auf 8,3% 1962) angegangen zu werden.²⁶⁰ Ein Stück weit war der Anstieg der Arbeitslosigkeit noch durch Arbeitsmigration aufgefangen worden, Ward (1968, 570) schätzte die im Ausland werktätige jugoslawische Population für 1963 auf ca. 100 000 Personen. Andererseits ist es möglich, dass den jugoslawischen Wirtschaftsorganisationen durch externes Abwerben qualifizierter Angestellter und ArbeiterInnen ein nicht unerheblicher Schaden entstanden war. Diese Überlegung wird im zweiten Kapitel wieder aufgegriffen.

Es schien so, als ob sich die Forderungen nach weiteren Dezentralisierungen mit den 1961 gesetzten Reformen innerhalb des BdK durchsetzen konnten. Nachdem 1957 den ArbeiterInnen bereits Möglichkeiten zur Eigenbestimmung ihrer Einkommen in die Hand gelegt wurden (vgl. oben, Abschnitt 1.7) und seit Ende der 1950er-Jahre „die Führung des BdKJ nicht mehr monolithisch war“,²⁶¹ setzten die neuen Reformen am restlichen, in den Unternehmen nach Ausschüttungen für die ArbeiterInnen verbliebenen Einkommen an. Diese Wirtschaftseinheiten konnten nun (nach Abzug der Steuern) selbst über die Zuteilung von Mitteln in Sparfonds entscheiden. Kredite wurden fortan von den Kommunalbanken vergeben, als Folge der Außenwirtschaftsreformen wurde die Ökonomie verstärkt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt.²⁶²

Die *Dezentralisierungsprozesse* wurden weiter *vorangetrieben*: „The establishment of Social Investment Funds at *all* government levels represented a genuine decentralization of investment decisions within the politico-administrative sphere *from central to republican and communal governments*.“²⁶³ Angesichts der beständigen Handelsbilanzdefizite ist die Außenwirtschaftsreform als durchaus mutig einzustufen: Liberalisierung der Märkte bedeutete i. d. F. nicht nur neue Möglichkeiten heimischer Unternehmen auf fremden Märkten sondern auch den vereinfachten

²⁵⁹ vgl. Zakošek 1984, 40

²⁶⁰ vgl. Baletić/Baučić 1979, 33; Arbeitslosenquote = Anzahl der aktiv Arbeitssuchenden/Anzahl der Arbeitenden

²⁶¹ Zakošek 1984, 41

²⁶² vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 15

²⁶³ ebd., 19 (eigene Hervorhebungen)

Zufluss von Importartikeln durch Aufhebung von Zöllen beispielsweise. Die verarbeitende Industrie arbeitete zur Wende des Jahrzehnts nämlich mit Rohmaterialien, deren Preise durch niedrige Einfuhrschranken und den künstlich niedrig gehaltenen Wechselkurs des Dinars verzerrt gewesen waren.²⁶⁴

Da in den frühen 1960er-Jahren die Produktionskapazitäten den Investitionen sowie dem Konsum nicht mehr entsprechen konnten und damit sowohl die Inflation befeuert als auch die Lächer in der Handelsbilanz vergrößert worden waren, kam es 1962 zur Rezession. Die Handelsbilanzdefizite wurden in großem Ausmaß durch westliche, meist US-amerikanische Unterstützung finanziert, die jedoch immer öfter in Form von Krediten, immer seltener als Hilfszahlungen ins Land geflossen war.²⁶⁵ Hier ergibt sich notwendigerweise ein Widerspruch zum festgelegten Ziel des Absterbens des Staates: Staatliche Institutionen waren als Trägerinnen der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland unabdingbar geworden. Eine „Dezentralisierung“ der Außenverschuldung auf die Wirtschaftsorganisationen (ab 1963 Arbeitsorganisationen genannt) hätte wiederum einen signifikanten Wettbewerbsnachteil für diese bedeutet und somit die Ziele der Außenwirtschaftsreformen ad absurdum geführt. Darüber hinaus kehrte die erste scharfe Rezession nach jahrelang ununterbrochenem Wachstum die durch den Abschwung *noch weiter vergrößerten regionalen Unterschiede* innerhalb Jugoslawiens heraus.²⁶⁶

Doch neben staatlichen Stellen hatten mitunter auch die Wirtschaftsorganisationen Investitionsentscheidungen gefällt, welche die Abhängigkeit Jugoslawiens - hier von Ausrüstungsgüterlieferungen - aus dem westlichen Ausland vergrößerten: Z. B. waren Maschinen von Krupp aus der BRD importiert worden, die in der Turbinenfabrik „Litostroj“ in Ljubljana eingesetzt wurden, nachdem wegen des Sowjetboykotts keine Lieferung aus der Tschechoslowakei mehr möglich war.²⁶⁷ Die Nachwirkungen der Implementierung des früh-sowjetischen Entwicklungsmodells (Konzentration auf Schwerindustrie, wegen Mittelkonzentration auf zentralisierte Instanzen geringe finanzielle Ausstattung der ArbeiterInnenräte – vgl. Abschnitt 1.6 und den nächsten Absatz, KS) bildeten sich auch in *unterschiedlichen Arbeitslosenquoten zwischen weniger und weiter entwickelten Republiken* ab. Derartige Probleme in den südlichen Regionen konnten noch nicht einmal mit weiteren Reformen im Jahre 1965 fundamental angegangen werden (vgl. unten, KS).²⁶⁸

²⁶⁴ vgl. Pleština 1992, 132

²⁶⁵ vgl. ebd., 132 f.

²⁶⁶ vgl. ebd., 134

²⁶⁷ vgl. Singleton/Carter 1982, 115

²⁶⁸ vgl. Pleština 1992, 132 f.

Des Weiteren vollzog sich die Implementierung der o. a. früheren Reformen nicht von heute auf morgen. So konnten die Wirtschaftsorganisationen trotz der Veränderungen bis zur neuen Verfassung von 1963 lediglich über rund 30% des Nettosozialprodukts bestimmen. Erst danach erhöhte sich dieser Anteil, dann jedoch deutlich. Als wesentliche *Ziele der neuen Verfassung* wurden eine Stabilisierung der gesellschaftspolitischen Lage der SelbstverwalterInnen sowie ihre verbesserte materielle Absicherung angeführt. Dazu sollten verstärkt Mittel auf unternehmerischer Ebene gesammelt, den unmittelbaren ProduzentInnen aber auch ausgeweiteter Einfluss auf die Verteilung und Verwendung staatlich-budgetärer Mittel auf allen Ebenen garantiert werden.²⁶⁹ Im *Hinblick auf die Nord-Süd-Differenzen* innerhalb Jugoslawiens ist bemerkenswert, dass sich die Positionen der VertreterInnen der einen oder anderen Richtung in der Frage „Dezentralisierung – ja oder nein?“ entlang von Republiksgrenzen abzuzeichnen schienen. *Kroatien und Slowenien* hatten aufgrund ihrer relativen Entwicklungsvorteile unter verstärkt marktwirtschaftlichen Bedingungen mit einer einfacheren Ausgangsposition zu rechnen als die südlicher gelegenen Republiken. Die VertreterInnen der letztgenannten Gebiete mussten (wegen der Ausweitung der Konkurrenzmechanismen in der jugoslawischen Wirtschaft zu Recht, KS) um die Zuteilung von Bundesmitteln zur Wirtschaftsförderung bangen.²⁷⁰ In den erstgenannten Gebieten wiederum sah man die Zeit für eine verstärkte Rolle der Märkte gekommen, erstens, um unternehmerische Initiative zu fördern, zweitens, um die Selbstbestimmung der Unternehmen über Investitionen und Produktion verstärkt unabhängig von politischer Intervention zu machen.²⁷¹

Erst mit der neuen Verfassung 1963 wurde das bisher zwar teilweise praktizierte, jedoch noch nicht kodifizierte Rotationsprinzip (vgl. Abschnitt 1.4, KS) in Gesetzestext gegossen. Anstatt eines ideologisch-doktrinären Hintergrundes dieses Schritts lässt sich die auf betrieblicher Ebene festgestellte Schwierigkeit der mangelnden fachlichen Kompetenz von DirektorInnen als wesentlicher Antrieb hinter dieser Gesetzesreform identifizieren. Mit der Wiederwahlmöglichkeit der VorsteherInnen des ArbeiterInnenrates in den Arbeitsorganisationen konnten deutliche Verbesserungen bezüglich der Eignung dieser leitenden Personen verzeichnet werden.²⁷² Doch auch die *Wirtschaftsinteressen der jugoslawischen Republiken* trugen zur verstärkten Reformdynamik in den 1960er-Jahren bei. In der Folge weitete sich die Heterogenität der Positionen in den

²⁶⁹ vgl. Drulović 1972, 49

²⁷⁰ vgl. Zakošek 1984, 41 f. Selbst innerhalb der überwiegend ländlichen Bevölkerung des Jugoslawiens unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren Nord-Süd-Unterschiede feststellbar: „With the peasantry constituting 76.5 per cent of the population, it had small enclaves of wealth and culture scattered in a few cities, mostly in the north.“ (Pleština 1992, 127)

²⁷¹ vgl. Pleština 1992, 135

²⁷² vgl. Drulović 1972, 50 f.

bundesstaatlichen und Parteiorganen massiv aus. Alle bis inklusive 1963 durchgesetzten Reformen (auch die neue Verfassung) können noch als Kompromisse zwischen den Pro- und Anti-Dezentralisierungsflügeln innerhalb des BdKJ interpretiert werden.²⁷³ Den Kern der Interessensheterogenität innerhalb des BdKJ (seine „Regionalisierung bzw. Ethnisierung“) sieht Weißenbacher (2003, 36) allerdings bereits in der Zurückweisung der sowjetischen Einflussnahme nach 1948 begründet. Dass genannte Kompromisse bald der Vergangenheit angehört hatten, zeigten die Entwicklungen ab Mitte der 1960er-Jahre. Milovan Đilas meinte im Exil 1970 gar, dem BdKJ hätte wegen den föderalen Dissonanzen schon das „J“ aberkannt werden müssen; Der ehemalige Zweite Mann Jugoslawiens sah die Möglichkeit sowjetischer Intervention gegeben.²⁷⁴

Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, 1946 in der ersten Verfassung des damals noch FNRJ heißen Staates verankert, war spätestens mit Festschreibung des allgemeinen Gesetzes über die Volksausschüsse im Jahre 1962 seines Verfassungs-rangs enthoben worden. Der demokratische Zentralismus wirkte in den Parteistrukturen allerdings nach, sodass er dem föderalistischen Prinzip zunächst übergeordnet war. Als prominenter Konservativer, dem weitere Dezentralisierungen ein Dorn im Auge waren, wurde Aleksandar Ranković mitsamt seiner serbisch-zentralistischen Fraktion entmachtet, nachdem er den mit der Verfassung 1963 gesetzten Schritten offen entgegengearbeitet hatte. Der Innenminister und Chef der Sicherheitspolizei musste 1966 seine Ämter schließlich niederlegen. Doch auch danach kamen *Eingriffe von Bundesinstitutionen in Angelegenheiten der Republiken*, obwohl verfassungsrechtlich nicht abgesichert, auf Basis des im BdK konservierten demokratischen Zentralismus noch vor.²⁷⁵

Schließlich nahm das Wachstum 1963 wieder an Fahrt auf. Konsequenterweise erhöhte sich das Defizit in der Handelsbilanz weiter, die Inflation zog (u. a. vermutlich wegen partieller Aufgabe von Mitspracherechten staatlicher Instanzen in der Lohnpolitik, KS) deutlich an.²⁷⁶ Zunächst waren (in den 1950er-Jahren) Reformen auf *makroökonomischer* Ebene angegangen worden, nun schien es definitiv so, dass die bislang – im Hinblick auf die Durchsetzung eines selbstverwaltenden Sozialismus und die Bekenntnis zur eigenen Definition von Volksdemokratie – ungenügenden Reformen auf *mikroökonomischer* Ebene in Angriff genommen wurden. In den zwei Jahren darauf waren es daher jene drei Reformschritte, die den Tendenzen in Richtung Marktwirtschaft zusätzlich

²⁷³ vgl. Zakošek 1984, 43

²⁷⁴ vgl. CIA 1970 (Deckblatt); Ähnlich sieht es Pleština (1992, 139): „The LCY could no longer be counted on to be the guarantor of all-Yugoslav interests.“

²⁷⁵ vgl. Weißenbacher 2003, 57 f. „[E]s gibt im Grunde sechs auf Republikebene organisierte kommunistische Parteien. Das kann zu Komplikationen bei der Formulierung gesamtjugoslawischer Zielsetzungen führen.“ (Lemân 1970, 27)

²⁷⁶ vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 15

Auftrieb gaben (und somit auf weitere Machtverschiebungen in den Gremien des BdkJ hindeuteten, KS):²⁷⁷

- Die Unternehmen konnten komplett frei über ihre Investitions-, Lohn- und Preispolitik entscheiden. Anstatt der Umsätze wurden nun die Einkommen besteuert. Die beabsichtigte Verteuerung des Faktors Arbeit hatte eine erhöhte Arbeitsproduktivität und innovationsfördernde Effekte zum Ziel.²⁷⁸ In der Tat ist hier von Seiten des Verfassers auch die mögliche Konsequenz bezüglich der unternehmerischen Substitution von Arbeit durch Kapital in Folge der Veränderung der relativen Preise beider Produktionsfaktoren zu benennen: mehr Arbeitslosigkeit! Abgesehen davon, dass Arbeit in Folge der Entscheidungsfindung über die Einkommenshöhe auf Selbstverwaltungs-Ebene wegen der Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen ohnehin relativ teuer war.²⁷⁹
- Die Banken waren in ihrem geografischen Operationsrayon nicht mehr eingeschränkt. In Bankenversammlungen hatten die GründerInnen unter Berücksichtigung ihres Partizipationskapitals über Entscheidungen bezüglich des Kreditfonds abzustimmen. Zakošek (1984, 44 f.) zufolge war der allgemeine Investitionsfonds bereits Ende 1963 aufgelöst worden, 1965 folgte das *Entfernen der staatlichen Investitionsfonds auf Ebene der Republiken und Kommunen*. Auch die Tatsache, dass Arbeitsorganisationen eigenständig Banken gründen konnten, untermauerte gemäß zitiertem Autor die verringerte Bindung der Finanzinstitute an die Gebietskörperschaften. Es bleibt kritisch anzumerken, dass diese institutionelle Veränderung der Verfügungsmacht über Investitionsmittel, so wie sie bisher erscheint, *keinen* weiteren Dezentralisierungsschritt im volksdemokratischen Sinne darstellen konnte sondern lediglich Macht von staatlichen Instanzen auf inzwischen (zwangsweise) marktwirtschaftlich agierende Akteure verschoben hatte. Die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen hinsichtlich großer Investitionsprojekte verringerten sich folglich.
- Die Außenhandelsbeziehungen wurden weiter liberalisiert und stimuliert. Dazu gehörten gemäß Drulović (1972, 52) das weitgehende Streichen von Subventionen und Anreize zur verstärkt selbständigen Devisenerwirtschaftung der Unternehmen durch Exporte, ein zentraler Devisenfonds sollte nur jenen Industrieunternehmen unter die Arme greifen, die nicht exportieren konnten. Zur „Kreditierung unterentwickelter Gebiete“ war 1965 ein

²⁷⁷ vgl. (sofern nicht anders angegeben) ebd., 15 f.

²⁷⁸ vgl. Zakošek 1984, 45

²⁷⁹ vgl. Woodward 1995, 4 f.

Bundesfonds gegründet worden, der an die Stelle des allgemeinen Investitionsfonds trat.²⁸⁰

Zu diesem Zeitpunkt betrug das Volkseinkommen rund 500 US-\$ pro EinwohnerIn, womit Jugoslawien im europäischen Vergleich im Mittelfeld lag.²⁸¹ Nun hatte eine Preisreform, mit der sich die Preise für Agrarprodukte, Energie und Rohstoffe erhöhen sollten, regional differenzierte Auswirkungen. Insbesondere die *südlichen Republiken* mit ihrer Spezialisierung auf Primärgüterherstellung *konnten davon profitieren*, dass die Preise auf genannte Güter nicht mehr administrativ festgelegt worden waren.²⁸² Die Arbeitsorganisationen in diesen Regionen hatten also Wettbewerbsvorteile und somit verringerte Arbeitslosenquoten und erhöhte persönliche Einkommen zu erwarten. Doch war der Entwicklungsunterschied zu den industrialisierten Regionen im Norden des Landes nicht schon zu groß, um einigermaßen wettgemacht zu werden? Inwiefern kam es zu Protesten in den durch die Preisreform relativ benachteiligten Regionen?

Zölle sind eigentlich Instrumente, um weniger entwickelte Bereiche der Volkswirtschaft zu stützen. Es wurde jedoch eine Verminderung des Zollschutzes Mitte 1965 beschlossen und die Abwertung des Dinars initiiert (was die exportorientierten Firmen begünstigen sollte, KS).²⁸³ Entwicklungstheoretisch nachvollziehbar wurden also (abgeschwächte) protektionistische mit exportunterstützenden Maßnahmen gekoppelt. Das Kürzen der Zölle war aber insofern nachvollziehbar, als sie sowohl die Binnenstrukturen der Industrie beeinflussen als auch den Export von Rohstoffen relativ benachteiligen.²⁸⁴ Insbesondere die Preisreform wird von Dijana Pleština (1992, 136 f.; eigene Hervorhebungen) kritisch gesehen:

„The aim of the measures had been to increase productivity by linking it directly with wages; at the same time, price reforms were to bring about structural realignment of the economy. Neither worked. For the market to operate, prices had to be free to perform their functions of allocation, distribution and so on. But because of the structural disproportions, price controls were deemed necessary in the short run; yet these in turn created *further structural disproportions* in the economy. Given free rein, *enterprises consistently increased wages above the cost-of-living index*.“

Damit spricht die Autorin zwei wesentliche Schwierigkeiten an: Erstens, die bereits erwähnte Gefahr einer Re-Bürokratisierung von Souveränität, die bereits an die selbstverwaltenden Organe übergeben worden waren. Zweitens, die Einkommen sind so stark gesteigert worden, dass immer weniger Mittel für die Reproduktion von betrieblichem (und somit gesellschaftlichem) Kapital

²⁸⁰ vgl. Zakošek 1984, 44

²⁸¹ vgl. Drulović 1972, 52

²⁸² vgl. Zakošek 1984, 45

²⁸³ vgl. ebd., 44

²⁸⁴ vgl. Prebisch 1984, 181

zurückgestellt worden waren. Auch als Ergebnis der Subventionskürzungen kam es 1965 zu einem drastischen Anstieg des Preisniveaus, bis der Bundesrat ein vorübergehendes Einfrieren der Preise verhängte. Gleichzeitig konnte das Sozialprodukt in diesem Jahr nur mehr um 1,4% wachsen, nachdem die Wachstumsraten 1963/64 12% betragen hatten.²⁸⁵ So musste die Ökonomie Jugoslawiens bereits ein Phänomen kennenlernen, das in der überwiegenden Zahl der Länder des Zentrums erstmals in den 1970er-Jahren aufgetreten ist: die als Stagflation bekannte Verbindung von Stagnation und Inflation. Die über graduelle Veränderungen in der Finanzpolitik herbeigeführte Verteuerung des Faktors Arbeit schien erst ab 1966 zu fruchten: Drulović (1972, 53) zufolge schlug sich die erhöhte Produktivität in beschleunigtem Wirtschaftswachstum nieder, das Sozialprodukt Jugoslawiens wuchs zwischen 1966 und 1970 um durchschnittlich 6,3% pro Jahr. Dies ist für eine Volkswirtschaft mit mittleren Einkommen eine beachtliche Rate. Somit konnte – zumindest vorübergehend - ein grundlegendes Problem wirtschaftlicher Entwicklung gelöst werden: Die Erhöhung der Produktivität aller Arbeitskräfte.²⁸⁶

Dennoch äußerten VertreterInnen einer relativ unterentwickelten Region angesichts der ungleichen Verteilung der Wohlstandszuwächse weiteren Reformbedarf: „Im Jahr 1967 trat auf Antrag von Delegierten aus Bosnien-Herzegowina - aufgrund von Streitigkeiten um den Entwicklungsfonds – zum ersten Mal die Nationalitätenkammer, die bis dahin nur aus rein formalen Gründen zusammengekommen war, aufgrund eines politischen Anliegens zusammen. Sie forderte (erfolgreich) eine Änderung der Verfassung, speziell was die Agenden der eigenen Kammer betraf“, und die Konsequenz davon war: „Die Zusätze zur Verfassung [von 1963, KS] stärkten die Kammer der Nationen und waren ein weiterer Schritt in der Entwicklung Jugoslawiens in eine Föderation.“²⁸⁷ Trotz ihrer Bedenken bei der Durchsetzung der marktwirtschaftlichen Reformen hatten zuvor die *weniger entwickelten Teilrepubliken* ihre Zustimmung zum Beschluss der neuen Gesetze gegeben, da sie sich mit Dezentralisierung und Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip eine Aufwertung ihrer politischen Position in der SFRJ erhofft hatten. Ferner war ihnen mit dem Entwicklungsfonds ein Kompensationsmechanismus zur Bewältigung allfälliger Nachteile durch den intensivierten wirtschaftlichen Wettbewerb zur Verfügung gestellt worden.²⁸⁸

Neben BiH war es der Kosovo, aus dem Impulse für *weitere Dezentralisierungsschritte* kamen. Die Mischung aus wirtschaftlicher Benachteiligung (über die ganze Nachkriegsperiode hinweg

²⁸⁵ vgl. Pleština 1992, 136

²⁸⁶ vgl. Prebisch 1984, 177

²⁸⁷ Weißenbacher 2003, 59

²⁸⁸ vgl. Pleština 1992, 135

verschlechterte sich die ökonomische Position des Kosovos im Vergleich zu anderen Regionen und Republiken) und der Aufhebung jahrzehntelanger Repression durch serbisch dominierte Polizeieinheiten als Konsequenz des Abtretens von Aleksandar Ranković führten im autonomen Gebiet zu Rufen nach einer Erhebung des Kosovo zur Teilrepublik. Daraufhin wurden nationalen Minderheiten allgemein dieselben Rechte zugesprochen wie den Völkern Jugoslawiens, wozu auch die Nutzung der jeweiligen Minderheitensprachen in öffentlichen Institutionen gehörte.²⁸⁹

Auf der anderen Seite stand Slowenien als eine nördliche Republik, die sich in die Auseinandersetzung um Investitionsmittel eingeschaltet hatte. Die Entwicklungsfortschritte in der Teilrepublik hatten zu Forderungen nach Verbesserungen im Straßensystem geführt, denen mit Hilfe eines Weltbank-Darlehens zunächst nachgekommen werden sollte. Schließlich beschloss die Bundesregierung aber, das Darlehen weniger dringenden Investitionsprojekten in Kroatien und Serbien zuzuteilen.²⁹⁰ Die Unterstützung aus dem Ausland bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten untermauert ein weiteres Mal die Problematik der zunehmenden Außenabhängigkeit Jugoslawiens im Hinblick auf interregionale Auseinandersetzungen in der Entwicklungspolitik.

Schließlich wurde die Kammer der Nationalitäten nach den Interventionen der Teilrepublik BiH zu einem vollkommen unabhängigen Organ aufgewertet.²⁹¹ An dieser Stelle passend lässt sich nochmals hervorheben, dass der Staat die wirtschaftsplanerische Souveränität über jene Mittel, die im allgemeinen Investitionsfonds zurückgestellt worden waren und ursprünglich der Finanzierung von Nettoinvestitionen gemäß dem Gesellschaftsplan dienen sollten, dem Bankensystem übertragen hatte. *Zu den marktwirtschaftlichen Reformen*, als unterstützender Faktor der Entwicklung einer selbstverwalteten Gesellschaft, wurden in der Praxis *keine institutionellen Machtzentren* gebildet – diese Rolle füllten rasch die Finanzinstitute aus, die weder vom Staat noch von den Selbstverwaltungsorganisationen kontrolliert worden waren.²⁹²

Bevor nun auf den abschließenden Schwerpunkt dieser Arbeit, die genauere Untersuchung des in der SFRJ praktizierten Selbstverwaltungsregimes in der Periode 1974 bis zu den Kriegen in den frühen 1990er-Jahren, eingegangen werden wird, soll dieses Kapitel mit einer kurzen Zwischenbilanz von Ergebnissen aus der Entwicklung von rund zwanzig Jahren formell kodifizierter Selbstverwaltung abgeschlossen werden. Wie eine 1968 beschlossene

²⁸⁹ vgl. ebd., 137 f.

²⁹⁰ vgl. ebd., 138

²⁹¹ vgl. Pleština 1992, 139

²⁹² vgl. Lemân 1970, 27

Verfassungsergänzung mit der festgeschriebenen Ausweitung von Gestaltungsspielräumen innerbetrieblicher Verwaltungsstrukturen nochmals unterstrichen und die gehebelte gesellschaftliche Machtposition der Organe des Unternehmensmanagements in der Praxis bestätigt hatte,²⁹³ entwickelte sich die Ökonomie unter dem Prinzip der Selbstverwaltung verstärkt in eine kapitalistische Richtung, anstatt die Betriebe wirklich den ArbeiterInnen in die Hände zu legen, wie es Tito propagiert hatte. „[A]n die Stelle des Staates kamen andere mächtige Vermittler: Banken, Außenhandelsorganisationen, Verwaltungen großer ökonomischer Konglomerate.“²⁹⁴ Doch 1974 kam die nächste große Reform – war Jugoslawien in materieller Hinsicht ausreichend abgesichert, um ein abermaliges Umgraben der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verkraften zu können?

Einige Kennzahlen deuten darauf hin, dass diese Frage mit ja beantwortet werden kann:

- Ausgehend von einem Niveau mittleren Einkommens waren die Wachstumsraten des letzteren in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre wieder angesprungen, was, zumindest im Hinblick darauf, den 1963-65 gesetzten Reformen Erfolge bescheinigen lässt.
- Die Entwicklung der Altersstruktur deutet darauf hin, dass sich die Lebenserwartung zwischen 1953 und 1971 deutlich erhöht hat. Das Bildungsniveau verbesserte sich: Von niedriger Ausgangsposition vervierfachten sich die Anteile jener Personen, welche die achtjährige Grundschule bzw. eine Universität absolviert hatten.²⁹⁵
- Was die Anteile am erwirtschafteten Bruttosozialprodukt betraf, wanderte die Landwirtschaft von ihrer Rolle als wichtigstem Sektor (36,5%) vor den Dienstleistungen (28,2% - Summe aus Transporten, Handel und Gewerbe sowie Handwerk) sowie der Industrie samt Rohstoffabbau (23,5%) 1955 zum beitragschwächsten der drei genannten Sektoren 1970 (20,1%), wobei der sekundäre Sektor (die Industrie mit 36,5%) nun an erster Stelle stand. Als Beschäftigungsgeberin war die Landwirtschaft (43,9% aller Beschäftigten) aber nach wie vor eindeutig vor der Industrie (17,7%) einzuordnen.²⁹⁶ Angesichts der Tatsache, dass der Anteil privat betriebener Landwirtschaft an der Wertschöpfung des jeweiligen Sektors im Vergleich zu jenem der privaten Industrie vergleichsweise sehr hoch war, ist also eine Beschränkung des Wirkungsfelds von Selbstverwaltungsmechanismen für

²⁹³ vgl. Zakošek 1984, 46

²⁹⁴ ebd., 65

²⁹⁵ vgl. Baletić/Baučić 1979, 11 u. 15

²⁹⁶ vgl. ebd., 23 u. 27

einige Bevölkerungsteile festzustellen.

- Das Wachstum des sozialisierten Bereichs zwischen 1955 und 1974 ist jedoch beeindruckend: Das Bruttosozialprodukt aus den sozialisierten Betrieben erhöhte sich in dieser Periode um beinahe das Fünffache, was auch auf das Anlagevermögen dieser Arbeitsorganisationen zutraf. Die dortige Beschäftigung verdoppelte sich.²⁹⁷

Andere Kennzahlen deuten hingegen darauf hin, diese Frage eher mit nein beantworten zu müssen:

- Anstatt die Selbstverwaltungsorgane (Kommunen; in geringerem Ausmaß: Unternehmen) gestärkt zu haben, nahm die Macht der Banken, hier definiert als Souveränität über Investitionsmittel, ab 1963 sehr stark zu, sodass schließlich 1970 nur mehr 16% aller Bruttoinvestitionen von staatlichen Trägern und 27% von Unternehmen kamen. Finanzinstitute hatten hier mit 51% folglich einen höheren Anteil als staatliche Institutionen und Arbeitsorganisationen zusammen.²⁹⁸
- Die persönlichen Einkommen wuchsen zwischen 1965 und 1970 um circa 3% jährlich, womit sie die Produktivitätszuwächse überstiegen. Die *Einkommensunterschiede zwischen Regionen und Republiken nahmen zu*: Eine Person in Slowenien hatte 1970 sechsmal so viel Einkommen zur Verfügung wie eine im Kosovo.²⁹⁹

Die allgemeinen Verbesserungen im Lebensstandard der jugoslawischen Bevölkerung unter Berücksichtigung der Ausweitung der sozialisierten Wirtschaftsbereiche lassen dem frühen Selbstverwaltungsregime durchaus Erfolge bescheinigen. Bemerkenswerte Spannungen sollten sich fortan aber in der Tat aus den marktwirtschaftlichen Einschlügen des Systems und den nicht effektiv bearbeiteten regionalen Entwicklungsdifferenzen ergeben, wie das nachfolgende Kapitel zeigen wird. Es kann für die in diesem Abschnitt betrachtete Periode festgehalten werden, dass die Tendenz zum Setzen marktwirtschaftlich orientierter Reformen *unabhängig* von den konjunkturellen Dynamiken der jugoslawischen Volkswirtschaft ihren Fortbestand gefunden hat.

Es finden sich mehrere Hinweise darauf, dass sich gleichzeitig die persönlichen Einkommen in weit stärkerem Ausmaß als andere volkswirtschaftliche Kennzahlen verändert haben, was aber aus theoretischer Sicht durchaus zu befürworten war: „Das Einkommen, welches in den

²⁹⁷ vgl. ebd., 27

²⁹⁸ vgl. Lemân 1976, 28

²⁹⁹ vgl. Pleština 1992, 137

wirtschaftlichen Basiseinheiten produziert wird[,] sollte durch Absprachen, durch freiwilligen Konsens aller Basissubjekte (zu denen auch Beschäftigte außerhalb der Wirtschaft gerechnet werden müssen), auf die verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisse verteilt werden.“³⁰⁰ Ganz wesentlich ist aber eben diese Distribution der Mittel, über die immer mehr von AkteurInnen dezentralisierter Institutionen entschieden worden war. Daran sollte sich auch in den 1970er-Jahren nichts ändern.

³⁰⁰ Zakošek 1984, 66

2. PRÄGENDE EREIGNISSE IN DEN SPÄTEN JAHREN DES ZWEITEN JUGOSLAWIENS

2.1 DIE UNMITTELBARE VORGESCHICHTE ZUR VERFASSUNGSREFORM 1974

Die Verfassungsänderungen im Jahre 1971 schlossen unmittelbar an den Reformeifer der 1960er-Jahre an. Ein Ziel, das in der Kodifizierung des Rotationsprinzips in der Verfassung von 1963 festgeschrieben worden war, wurde in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre erreicht: „Im Jahre 1970 hat sich die Anzahl der Direktoren mit einer hohen oder höheren Fachausbildung im Vergleich zum Jahr 1965 um 11 Prozent vergrößert.“³⁰¹ Ein Stück weit zeigte die Organisation der Selbstverwaltung in den Betrieben einen Hang zur Realisierung repräsentativ-demokratischer Elemente. Das ArbeiterInnenkollektiv übertrug exekutive Kompetenzen an Verwaltungsorganisationen, welche den *ArbeiterInnenrat*, die *Räte der Arbeitseinheiten* und den *Verwaltungsausschuss* umfasst hatten.³⁰² Der/dem Direktor/in kam dabei die Rolle des/r Vorsitzenden des ArbeiterInnenrates zu. Ein bekannter jugoslawischer Ökonom dieser Zeit drückte das Vorgehen der ArbeiterInnenräte folgendermaßen aus: „One could say that the workers‘ councils follow the principle ‚we do as all do‘. If there is a feeling that others are being given investment credits out of public funds in an easy or privileged way, then they put forward their claims for getting credits too (not to be left out), without much rational examination.“³⁰³ Wo die neuen Reformen ansetzten, um diesem simpel dargestellten mikropolitischen Wirken in den Kerninstitutionen der Wirtschaftsorganisationen entgegenzuwirken, wird im zweiten Abschnitt dieses Kapitels herausgearbeitet werden.

Ein gewichtiger Grund für weitere Reformen war die Kroatien-Krise 1971. Die kroatische Führungsriege sah sich durch die Zentrale in Belgrad stark benachteiligt, was u. a. aus den Folgen der 1965 beschlossenen Reformen herrührte. Obwohl Kroatien innerhalb der SFRJ außenwirtschaftlich relativ stark war, bekam die kapitalhungrige regionale Wirtschaft Kredite in nicht zufriedenstellendem Ausmaß zugeteilt. Auch die größten Handelsunternehmen des Landes hatten ihren Standort überwiegend in Belgrad, nicht etwa in Zagreb. Nachdem die kroatische Republikführung verstärkt positive Gestaltungsmacht auf Bundesebene gefordert hatte, fand sie sich zunehmend isoliert und gespalten wieder. Die liberale Fraktion war von der StudentInnenbewegung abhängig, die wiederum von den Parteiinstanzen nicht mehr unter Kontrolle

³⁰¹ vgl. Lemân 1976, 29 f.

³⁰² vgl. Drulović 1972, 55; Die Funktionen dieser Organe werden im nächsten Abschnitt skizziert.

³⁰³ Bićanić 1972, 265

gehalten werden konnte. Das Militär griff ein, auch im Kosovo, in Mazedonien, Montenegro und der Vojvodina waren die liberalen ExponentInnen der jeweiligen Republikführungen (im Kosovo und der Vojvodina die serbischen VertreterInnen) gezwungen, ihren Rücktritt einzureichen. Es war ein Versuch, den Parteiapparat zu re-zentralisieren, die Ereignisse in Kroatien ließen Tito glauben, dass die „Demokratisierung“ zu weit gegangen wäre.³⁰⁴ Wahrscheinlich sahen die führenden RepräsentantInnen des Bundes *die Mobilisierung von Menschen außerhalb der Parteireihen* durch Personen ohne, aber auch mit Parteimitgliedschaft – den „masovni pokret“ (Maspok) – als Gefahr ihrer verbliebenen Autorität an. Bereits 1967 und 68 begann sich im kroatischen Führungsapparat eine Verjüngung der AmtsträgerInnen abzuzeichnen, unter ihnen nun Savka Dabčević-Kučar, Pero Pirker, Mika Tripalo und Franjo Tuđman (der erste Präsident des unabhängigen Staates Kroatien ab 1991, KS).³⁰⁵

Die Dynamik dieser „Liberalen“ war auch nach Slowenien übergeschwappt, wo Stane Kavčič am Ruder gewesen war. Doch ebenso wie die Liberalen in anderen Teilen Jugoslawiens wurde Kavčič gestürzt, einige kroatische AktivistInnen des Maspok sogar verhaftet, u. a. Tuđman. Spätestens Mitte 1972 war wieder „Ordnung“ hergestellt worden, Tito war daran offenbar maßgeblich beteiligt gewesen.³⁰⁶ Zudem waren es ein weiteres Mal die jugoslawisch-sowjetischen Beziehungen, die ihren Einfluss auf die Innenpolitik des südosteuropäischen Landes verdeutlicht zu haben schienen: „Nach der sowjetischen Intervention in Prag im August 1968 erlebte die sowjetisch-jugoslawische Auseinandersetzung einen neuen Höhepunkt.“³⁰⁷ Das energische Einschreiten der UdSSR und ihrer Verbündeten in der Tschechoslowakei wurde als Bedrohung der jugoslawischen Unabhängigkeit wahrgenommen.³⁰⁸ Im Hinblick darauf musste es im Interesse der Bundesführung gewesen sein, gegenüber dem sowjetischen Block mit größtmöglicher Eintracht aufzutreten, um Ähnliches, wie in der ČSSR geschehen war, für ihr Land vermeiden zu können.

Alle wesentlichen politischen Entscheidungen wurden von nun an in den Teilrepubliken vollzogen, der autonomen Provinz Vojvodina und im autonomen Gebiet des Kosovo. Seit 1969 war über die Mehrzahl der Politiken Konsens herzustellen gewesen.³⁰⁹ Dem gegenüber sehr skeptisch bemerkt

³⁰⁴ vgl. Pleština 1992, 140 f.

³⁰⁵ vgl. Meier 2007, 202 f.;

³⁰⁶ vgl. ebd.; Das änderte jedoch nichts daran, dass „die Kontrolle der sogenannten Kaderpolitik [...] vollständig auf die Republikparteiorganisationen übertragen [worden war]. [...] Eine wichtige Folge der Reorganisationsmaßnahmen war auch die erste bedeutende personelle Verjüngung der Führungsorgane, die sich in den nächsten Jahren zum umfassenden Generationenwechsel in allen Organisationen der Partei ausweitete.“ (Zakošek 1984, 48)

³⁰⁷ Roggemann 1970, 17

³⁰⁸ vgl. Zakošek 1984, 54

³⁰⁹ vgl. Pleština 1992, 140

Zakošek (1984, 50): „Durch die Veränderungen des Wirtschaftssystems in der Reform erfährt die Wirtschaftsplanung ihren endgültigen Verfall in Jugoslawien. Es gibt keine Institutionen mehr, und zwar nicht nur auf Bundesebene sondern auch auf Ebene der Republiken, die autoritativ und wirtschaftspolitisch operationalisierbar auch nur die grundlegenden Planparameter festsetzen und deren Verwirklichung durchsetzen könnte.“ Ähnlich beschreibt es Ljubomir Madžar (1992, 85), der eine *Diskreditierung von in den Regierungen verankerten Mechanismen zur Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung* kommen gesehen hatte: Während der Ausbau und Schutz sozialisierter Produktionsmittel angehalten wurde, konnten keine Bedingungen für die Umsetzung von Eigenmotivation der wirtschaftlichen Einheiten geschaffen werden – das Eigentumsrechtsproblem machte es für die ArbeiterInnen unattraktiv, für jene Wirtschaftseinheiten, in denen sie tätig waren, Mittel zu hinterlegen und diese anschließend dort zu investieren, so Madžar. Das Argument fehlender ökonomischer Anreize wird auch oft zur Erklärung des Zusammenbruchs des sowjetischen Wirtschaftssystems verwendet.³¹⁰ Offenbar waren also die Eigentumsrechte nicht nur in der Übergangsphase zur ArbeiterInnenselbstverwaltung nicht eindeutig geregelt – dieses Manko zog sich bis in die 1970er-Jahre hinein, vielleicht sogar darüber hinaus.

Im Mai 1971 fand der II. Kongress der SelbstverwalterInnen in Sarajevo statt – als Kontinuität zu den Forderungen der 1960er-Jahre erwies sich die Bereitstellung ausreichender materieller Mittel, die sich aus den erhöhten Einkommen der Wirtschaftsorganisationen ergeben sollte. Tatsächlich wurde angedacht, weitere politische Funktionen vom Bund auf die Republiken zu übertragen, die sich in der Verfassungsänderung 1971 mit den dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen ausgedrückt hatten.³¹¹ Offenbar war es auch in der Volkswirtschaft der SFRJ mit der angesprochenen XXI. Verfassungsergänzung zu weitreichenden Veränderungen gekommen. Statt abstrakter Wirtschaftsorganisationen sah das Gesetzeswerk *halb-autonome Wirtschaftseinheiten als Basis der Ökonomie* an. Obwohl offensichtlich versucht wurde, Parteidisziplin wiederherzustellen, blieb die Selbstverwaltung als theoretisches Regelwerk für grundlegende politische, soziale und wirtschaftliche Entscheidungen also unangetastet.³¹² Im Vergleich zur verbliebenen privaten Wirtschaftstätigkeit in der SFRJ nahm der Anteil des sozialisierten Sektors (als Quelle der SV) am erwirtschafteten Sozialprodukt weiter zu – nachdem der Anteil zu Beginn der 1960er-Jahre bei drei Viertel lag, machte Ersterer 1971 81% aus.³¹³ In der Fünfjahresperiode 1966-70 waren die Realeinkommen (= Nettoeinkommen bereinigt um die Inflation) der Beschäftigten im sozialisierten

³¹⁰ vgl. hierzu etwa Stiglitz 1999, Kap. 39

³¹¹ vgl. Drulović 1972, 51

³¹² vgl. Pleština 1992, 142

³¹³ vgl. Bošković/Dašić 1980, 145

Sektor um durchschnittlich 7,2% pro Jahr gewachsen³¹⁴ - angesichts der stark schwankenden Inflationsraten doch eine bemerkenswerte Zahl. Auf die Probleme, die sich aus den starken Einkommenszuwächsen ergeben haben, wird im Folgenden noch eingegangen werden.

Mit der verfassungsrechtlichen Untermauerung der neuen Wirtschaftseinheiten ergaben sich für Pleština (1992, 143) zwei neue Probleme: Die Ausweitung bürokratischer Strukturen stellte eine zusätzliche Belastung der ohnehin eingebremsten wirtschaftlichen Dynamik dar; Der Entscheidungsfindungsprozess auf mikroökonomischer Ebene nahm in seiner zugenommenen Komplexität immer mehr Zeit in Anspruch, was dem UnternehmerInnengeist zuwider lief. Eine (für diese Arbeit wesentliche, KS) Strukturschwäche der jugoslawischen Volkswirtschaft konnte trotz Schaffung des Entwicklungsfonds auch zu Beginn der 1970er-Jahre (noch) nicht überwunden werden: Das Zurückbleiben der wirtschaftlichen Entwicklung in den relativ unterentwickelten Republiken. War diesen Gebieten in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre 1,85% des GMP und ab 1970 1,94% des GMP aus diesem Fonds zugeteilt und budgetäre Mittel im Umfang von zunächst 0,78% des GMP, später 0,83% des GMP zum Ausbau sozialpolitischer Einrichtungen zugesichert worden, blieben die Pro-Kopf-Investitionen zurück und das Wachstum war 1971-75 kaum stärker gewesen als in den nördlichen Republiken.³¹⁵ Immer mehr zeichnet sich nun ab, dass – trotz der Einmaligkeit des tatsächlich föderalen Aufbaus dieses Jugoslawiens – die historisch gewachsenen Entwicklungsdifferenzen nicht überwunden werden konnten. Was wurde mit der 1974 beschlossenen, letzten neuen Verfassung unternommen, um wahrliche ArbeiterInnenkontrolle über die erwirtschafteten Mittel herzustellen, nachdem

*„the federal government gradually ceased to have the main say in decision-making on capital accumulation (banks, large foreign trade and domestic commercial concerns, insurance, various funds held by sociopolitical communities, housing construction enterprises, etc.). The decentralized resources for expanded reproduction failed to come under the control of labour. Instead, more and more resources were concentrated in new or existing funds of sociopolitical communities earmarked for expanded reproduction.“?*³¹⁶

Wenigstens war es in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre gelungen, trotz der Handelsbilanzdefizite, an deren Fortbestand auch durchaus positive Entwicklungen in der Dienstleistungs- (mithilfe des Tourismus) und der Kapitalbilanz nichts verändern konnten,³¹⁷ die Auslandsverschuldung auf niedrigem Niveau zu halten: Obwohl der Anteil ausländischer Nettoinvestitionen am gesamten Investitionsvolumen eindrucksvolle 40,7% (1971-75) betragen hatte, war Jugoslawien im Jahre

³¹⁴ vgl. Zakošek 1984, 49

³¹⁵ vgl. Pleština 1992, 143 f.

³¹⁶ Bošković/Dašić 1980, 222 (Hervorhebungen im Original)

³¹⁷ vgl. Zakošek 1984, 49 f.

1971 mit 2,7 Mrd. US-\$ und 1975 mit 5,8 Mrd. US-\$ in anderen Ländern verschuldet.³¹⁸

Ein genauerer Blick auf die Kapitalbilanz zeigt ein ambivalentes Bild: Neben dem Devisenzufluss von EmmigrantInnen und TouristInnen hatte die spezielle Verwendung dieser Gelder (meist für Konsumgüter aus westlicher Produktion) den Effekt, dass im Jahre 1971 die Importe nur mehr zu 55,8% durch Exporte gedeckt waren. Es waren also die jugoslawischen EntscheidungsträgerInnen, die mit ihrer *laissez-faire*-Politik diesbezüglich nicht unerhebliche Mitschuld an den Handelsbilanzproblemen ihres Landes hatten, welche nach 1965 besonders schlagend geworden waren.³¹⁹ Die Feststellung, dass die Überweisungen der GastarbeiterInnen im Umfang von 2,1 Mrd. US-\$ (1972/73) einen rein korrigierenden Effekt auf die Leistungsbilanz hatten,³²⁰ greift also zu kurz.

Die Kontrolle über die Investitionen lag inzwischen weitgehend bei den autonomen Nationalbanken in den jeweiligen Republiken, welche 1971 gegründet worden waren. Ein Jahr darauf folgte die Gründung der Nationalbanken in den zwei autonomen Provinzen.³²¹ Ferner waren VertreterInnen aller Republiken und Provinzen in der Leitung der Nationalbank aktiv, in welcher als Bundesinstitution der Gesellschaftsplan abgestimmt worden war.³²² Hier zeigt sich abermals ein *Widerspruch zwischen dem propagiertem Ziel des Absterbens des Staates und der gleichzeitig* (in dem Fall von Bundesorganen als wichtig erachteten) *notwendigen Stärke* desselben: An den heiklen Prozessen des Verfahrens mit finanziellen Mitteln. Denn staatliches Geld wird für gewöhnlich von der Zentralbank emittiert, die dabei gleichzeitig die Rolle einer Kreditgeberin einnimmt, die zu Beginn des Geldschöpfungsprozesses steht.³²³ Wie war ihre Stellung im jugoslawischen Wirtschaftssystem definiert? War die neue Verfassung potentiell mit Instrumenten ausgestattet, um genannten Widerspruch zu bearbeiten?

³¹⁸ Vgl. Madžar 1992, 83 f., der zwar von einer nach wie vor „bescheidenen“ Zahl spricht, aber nicht erwähnt, dass die Zunahme der Auslandsverschuldung in diesen vier Jahren mehr als 50 Prozent betrug.

³¹⁹ vgl. Singleton/Carter 1982, 143-6

³²⁰ vgl. Trost 2001, 43

³²¹ vgl. Singleton/Carter 1982, 142

³²² vgl. Zakošek 1984, 57

³²³ vgl. Becker 2002, 86

2.2 DIE LETZTE NEUE VERFASSUNG AUS DEM JAHRE 1974 UND IHRE FOLGEN

Vor dem Hintergrund der im Vorabschnitt beschriebenen Vorkommnisse erscheint es zumindest seltsam, dass bereits 1974 der kurz zuvor gefasste Beschluss, eine neue Verfassung zu formulieren, in die Tat umgesetzt wurde. Im Wesentlichen verwandelte diese Verfassung *Jugoslawien* (endgültig) *in einen föderalistischen bis konföderalistischen Staat* und billigte den nun souveränen Republiken den Status von Einzelstaaten mit garantierten Grenzen zu.³²⁴ Somit war neben der Finanzpolitik auch ein wesentlicher Teil der Innenpolitik, bis dahin strikte Bundeskompetenz, auf Republiksorgane übertragen worden und „das maßgebende politische Leben verlagerte sich in die Republiken.“³²⁵ Im Hinblick auf die Nord-Süd-Verhältnisse muss noch herausgearbeitet werden, ob wirklich „statt der postulierten nationalen Gleichheit eine ungeschriebene Hierarchie der Völker herrschte, an deren Spitze wieder die Serben standen, während am Fuß dieser Skala die Kosovo-Albaner (und Roma) geblieben“ und daher „reichlich Anlässe zu nationalen Rivalitäten“ gegeben waren – eine Ansicht, wie sie von Dunja Melčić (2007, 219) vertreten wird. Drulović (1972, 133 f.) beschreibt in einem lesenswerten Überblick die weiterbestehenden sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den föderalen Einheiten der SFRJ – so war beispielsweise in Slowenien zu Beginn der 1970er-Jahre jede/r Dritte erwerbstätig, im Kosovo nur jede/r Zwölfte; Ebendiese/r Erwerbstätige hatte im nördlichen Gebiet 1,3 Unterhaltsbedürftige zu versorgen, im südlichen waren es deren neun! Die Voraussetzungen für die von Melčić beschriebene Problemstellung national(istisch)er Hierarchien waren mit diesen Differenzen also gegeben. Als Konsequenzen der Unruhen zu Beginn der 1970er-Jahre können nicht nur die Repression von Seiten der Bundesorgane sondern auch die Einsicht Titos, den föderalistischen Tendenzen in den Republiken Zugeständnisse machen zu müssen, identifiziert werden.³²⁶

Auch auf mikropolitischer Ebene hatte sich einiges getan. Die fortgeschrittene Autonomie der ArbeiterInnen in den Betrieben hatte in einigen Fällen den Gruppenegoismus bestimmter ArbeiterInnen sowohl gegenüber dem eigenen Betrieb als auch gegenüber anderen Betrieben und somit der Gesellschaft allgemein gefördert. Daher wurden insbesondere zwischen 1970 und 1975 neue Institutionen eingeführt, welche die autonome Selbstverwaltung in den Unternehmen des sozialisierten Sektors (abermals) reformieren sollten: Dazu zählten *Selbstverwaltungsübereinkommen*, die die Beziehungen der Unternehmen untereinander und die Beziehungen mit der Gesellschaft fördern sollten. Parallel dazu sahen *Sozialpakete* auf Republiken-

³²⁴ vgl. Meier 2007, 204

³²⁵ ebd., 206

³²⁶ vgl. Meier 2007, 205

und Gemeindeebene Einschränkungen der Unternehmensautonomie (welche ab 1971 groÙteils gegeben war) vor.³²⁷ Der BdKJ übernahm nun eine Scharnierfunktion zwischen mikro- und makropolitische Agitation – es wurden sogenannte gesellschaftspolitische Räte innerhalb der Delegiertenversammlungen etabliert.³²⁸ Miteingebundene (und vom BdK zumindest nicht unabhängige, KS) Institutionen beim Ausverhandeln der Sozialpakete waren ArbeiterInnen-, Wirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund.³²⁹ Und „[i]mmerhin hatte Tito, da aus den mittelmäßigen Jasagern in seiner Umgebung ein vollwertiger Nachfolger ohnehin nicht zu finden war, mit der Verkündung der ‚kollektiven Führung‘ und mit dem ‚einjährigen Mandat‘, das für alle hohen Bundesfunktionen gelten sollte, noch, wie er meinte, gewisse Weichen für die Zukunft gestellt.“³³⁰ Ob aber damit „[t]he 1970s saw a creeping recentralisation in certain major areas of policy-making“,³³¹ wird in diesem Abschnitt jedenfalls geklärt werden. Dies zählt für die makropolitische Perspektive. Mit seiner Feststellung bringt Zakošek (1984, 62 f.) die Verbindung von Makro- und Mikropolitik zum Ausdruck: „Diese Wiederbelebung traditioneller autoritärer Legitimationsmechanismen konnte unter den Parteimitgliedern, aber auch unter der Bevölkerung, auf eine relativ breite Unterstützung [sic] rechnen. Das entschlossene Handeln der Parteiführung und Festigung der „Parteidisziplin“ vermittelten das Gefühl der Krisenüberwindung“.

Für die mikropolitische Sicht der Dinge stellt sich die Frage, ob durch die weitere Stärkung der Selbstverwaltungsorgane nicht jene Netze von Privilegien durch Machtakkumulation in den Händen der Direktorin/des Direktors mit ihren/seinen ExpertInnen weiter gestärkt worden waren,³³² die der inzwischen emigrierte Milovan Đilas so harsch kritisiert hatte. Zumindest gibt es für die frühen 1970er-Jahre einige Beweise für die Zunahme von Korruption innerhalb der Arbeitsorganisationen. Daraufhin wurden die Rechte der Polizei gestärkt (1973) und kommunale Kommissionen zur Ermittlung der Umstände von Privatbesitz eingerichtet (1974).³³³ Mit dem 1976 beschlossenen Betriebsverfassungsgesetz wurden nach Ansicht von Meier (2007, 207) die Unternehmen weitgehend aufgelöst, sie waren – nach Größe variierend - der Kontrolle von Bund, Gemeinden oder Republiken unterstellt worden. Banken und ManagerInnen hätten demnach den FunktionärInnen keine Konkurrenz um Machtausübung machen dürfen. Doch dass „zu wenig Markt“ vorhanden war, konnte – soferne es überhaupt eines war - nicht das zentrale Problem sein,

³²⁷ vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 26

³²⁸ vgl. Zakošek 1984, 64 f.

³²⁹ vgl. Aleksić 1979, 26

³³⁰ Meier 2007, 206

³³¹ Singleton/Carter 1982, 142

³³² vgl. Zakošek 1984, 52 f.

³³³ vgl. Trost 2001, 43

welches in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre noch angegangen werden musste, wenn nach wie vor eine Form sozialistischer Gesellschaft angestrebt wurde.

Der ständige Reformbedarf ergab sich eben primär wegen „zahlreiche[r] Beispiele [...] technokratisch bestimmter Machtausübung, wo alle wichtigen Entscheidungen von Fachleuten der Unternehmensleitung, Technikern und Ökonomen getroffen“³³⁴ worden waren. Technokratischen Tendenzen in der Verwaltung der Unternehmen und der Gefahr von Lohnbeziehungen sollte mit der 1974 beschlossenen neuen Verfassung vorgebeugt werden, als mikroökonomische und –politische Knotenpunkte wurden darin die *Grundorganisationen der vereinten Arbeit* benannt. Im Rat dieser Grundorganisation, dem höchsten Exekutivorgan, war automatisch das gesamte ArbeiterInnenkollektiv vertreten (sofern nicht das gesamte Kollektiv selbst, wie in kleinen Betrieben, die Exekutive stellte).³³⁵ Denn wie aus den Erfahrungen der Pariser Kommune hergeleitet, stellte sich im selbstverwalteten im Gegensatz zum kapitalistischen Betrieb/Unternehmen die Frage, welche Entscheidungen im gemeinsamen Interesse zum Zwecke der Koordination an eine *höhere* Instanz übertragen werden konnten³³⁶ - so der Anspruch. In der jugoslawischen Realität lief diese Delegation aber darauf hinaus, dass „die Entfremdung zwischen Mandanten und Mandatsträger der der Delegationsbeziehung als Möglichkeit immer schon immanent [war ...]. In dem Maße, wie jene ihrem Bevollmächtigten einen Blankoscheck ausstellen – und das ist die Regel, sei es auch nur aus ihrer Unkenntnis der Fragen, auf die er wird antworten müssen -, *liefern sie sich ihm aus.*“³³⁷ Vor allem im Hinblick auf die in vieler Hinsicht überzogenen Steigerungen der ArbeiterInneneinkommen wegen der Absprachen in den ArbeiterInnenräten gewinnt dieses Zitat an Bedeutung.

Der bekannte jugoslawische Theoretiker Edvard Kardelj hatte die Grundlagen für integrale gesellschaftliche Selbstverwaltung und den fortgeschrittenen De-Etatisierungsprozess innerhalb der SFRJ konzipiert, nachdem von ihm eine „Verselbständigung der betrieblichen Verwaltungsstrukturen gegenüber den Belegschaften“ und „eine[...] tendenzielle[...] Erneuerung des Kapitalverhältnisses“ konstatiert worden waren.³³⁸ Bisher bleibt aber unklar, welchen Einfluss die sich aus dem neuen System ergebenden mikropolitischen Entscheidungen, wie sie in den kommenden Absätzen noch genauer beschrieben werden, auf das Wirken makropolitischen EntscheidungsträgerInnen und die (Re-)Aktionen von Institutionen in Republiken und Gemeinden

³³⁴ Drulović 1972, 65

³³⁵ vgl. Burger/Kester/den Ouden 1977, 27

³³⁶ vgl. Lemân 1976, 33

³³⁷ Bourdieu 2010, 26 (Hervorhebungen im Original)

³³⁸ vgl. Zakošek 1984, 64 f.

ausgeübt haben. Von sowjetischer Seite war den jugoslawischen IdeologInnen – möglicherweise voreilig – das Einbringen sinngemäß so bezeichneter kleinbürgerlicher Flausen von der Prägung Proudhons im „Prozess der sozialistischen Entwicklung“ vorgeworfen worden. Proudhon hätte letztlich das Eigentum eines Jeden an einer selbst hergestellten Ware mit besonderem Charakter vorgesehen, die dann über Marktprozesse vermittelt getauscht werden sollte.³³⁹

Die für die selbstverwalteten Betriebe und Unternehmen zentralen Entscheidungsinstanzen wurden im vorangegangenen Abschnitt skizziert. Prinzipiell kann Selbstverwaltung in Abstufung zur Komplexität der Arbeitsorganisation in drei Stufen erfolgen – unmittelbare Selbstverwaltung (in kleinen Betrieben), zweistufige Selbstverwaltung (in Betrieben und Unternehmen, welche Arbeitseinheiten aufweisen) als der häufigste Fall und dreistufige Selbstverwaltung (in komplexen Organisationen der Eisenbahn, von Unternehmenszusammenschlüssen, etc.).³⁴⁰ Im Detail können die Funktionen der Selbstverwaltungsorgane - ArbeiterInnenkollektiv, ArbeiterInnenrat und Verwaltungsausschuss - folgendermaßen beschrieben werden:³⁴¹

Über den *Anreiz* des steigenden Unternehmenserfolgs, wonach sich sein Einkommen proportional vergrößern würde, sorgte das *ArbeiterInnenkollektiv* dafür, dass die Selbstverwaltung unmittelbar oder mittelbar ausgeübt wurde. Bei einer großen Anzahl Beschäftigter war die mittelbare Ausübung wahrscheinlicher – das Kollektiv hat dann die Entscheidungsfindung dem ArbeiterInnenrat übertragen, der in geheimen Wahlen bestimmt wurde. Regelmäßiger Informationsfluss, Öffentlichkeit der Sitzungen aller Selbstverwaltungsorgane sowie die Möglichkeit zur Abberufung der gewählten AmtsträgerInnen stellten die notwendigen Kontrollmechanismen dar. An dieser Stelle bleibt jedoch anzumerken, dass sich die Wirkung dieser Kontrollmechanismen nur entfalten konnte, wenn die ArbeiterInnen tatsächlich aktiv Gebrauch von ihren Rechten machen wollten. Damit waren Gefahren von Deformation der dem Anspruch nach direkten Demokratie wegen der von Pierre Bourdieu beschriebenen Delegationsbeziehung gegeben.

Im Unternehmensstatut waren die Zuständigkeitsbereiche des *ArbeiterInnenrates* festgelegt, die üblicherweise umfassten:

- Allgemeine Organisation: Festlegung von Entscheidungskompetenzen der einzelnen Selbstverwaltungsorgane.

³³⁹ vgl. A. Rumjancev in einer 1956 erschienenen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift „Kommunist“, zit. nach Roggemann 1970, 15

³⁴⁰ vgl. Drulović 1972, 56

³⁴¹ vgl. die nächsten zwei Absätze mit ebd., 60 f.

- Buchhaltung und Finanzierung: Dazu zählten die Bestimmung von Produktionsparametern bzgl. Qualität und Quantität der Erzeugnisse, die Preiskalkulation, Controllingfunktionen (Durchführung von Investitionsrechnungen), Beschlüsse im Hinblick auf die Mittelverwendung aus Fonds sowie die Rechnungsprüfung.
- Organisation der Arbeit: Die Pläne und Entwicklungsprogramme wurden dort entworfen und Maßnahmen zu deren Umsetzung besprochen.
- Personalpolitik: Bestellung der/s DirektorIn und weiterer führender MitarbeiterInnen der Arbeitsorganisation, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Rekrutierung und Entlassung von MitarbeiterInnen.

Nachdem das Mandat des ArbeiterInnenrates ursprünglich auf die Dauer von einem Jahr beschränkt gewesen war, wurde diese später auf zwei Jahre ausgedehnt. Auch diese Angelegenheit war zu diesem Zeitpunkt bereits in den Statuten der jeweiligen Arbeitsorganisation geregelt. Der Professionalisierung der ArbeiterInnenräte wurde derart vorgebeugt, dass eine Person nicht in zwei Funktionsperioden hintereinander aktiv sein durfte (was im Gegensatz zur ausdrücklich gewünschten Professionalisierung der DirektorInnen stand, KS). Allerdings hatten Ausschüsse und Kommissionen als Hilfsorgane, welche den Räten beratend zur Seite standen, in diversen Angelegenheiten wie Disziplinarverfahren, betriebliche Sozialpolitik, usw. ihren Einfluss geltend gemacht.³⁴² Hier zeigte sich also ein weiteres Element von Delegation politischer Entscheidungskompetenzen, das auf ein Principal-Agent-Problem (in der Auffassung Bourdieus) hinweist. Auch das in der Verfassung definierte Delegiertensystem unterlag im Bezug darauf „eine[r] Einschränkung: Die Delegierten mussten zuvor vom Sozialistischen Bund des werktätigen Volkes Jugoslawiens [...] „vorgeschlagen und bestimmt“ werden (Art. 135). Die Delegierten vertraten nicht [...] ein allgemeines WählerInneninteresse, sondern die Interessen jener Versammlung aus der sie zur Vertretung gewählt worden waren.“³⁴³

Im Vergleich zu den ArbeiterInnenräten, wie sie in Russland und der frühen UdSSR Bestand hatten,³⁴⁴ war die Institutionalisierung und die rechtliche Einbettung der jugoslawischen Räte nun noch deutlicher als in den vergangenen zwei Dekaden gegeben. Mit den aktuellen Reformen sollte die verfassungsrechtliche Absicherung des Systems weiter gestärkt werden - von Streikkomitees, die sich gegen einen etablierten Apparat richteten, konnte schon lange keine Rede mehr sein. Zu

³⁴² vgl. Drulović 1972, 62; Aleksić 1979, 25

³⁴³ Weißenbacher 2003, 63

³⁴⁴ vgl. hierzu oben, Abschnitt 1.4

Beginn der 1970er- Jahre formulierte Kardelj (1972, 14 [Hervorhebung KS]) optimistisch:

„In Form einer direkt anwendbaren Verfassungsnorm wurde mit diesen Ergänzungen präzisiert, daß die Arbeiter im Bewußtsein gegenseitiger Abhängigkeit und wechselseitiger Verantwortung über die Gesamtheit des Einkommens, das sie durch ihre Arbeit erzielen, *unmittelbar* verfügen und daß sie die Mittel der erweiterten Reproduktion verwalten, unabhängig davon, ob es sich um Geld- oder Sachwerte handelt. Nur eine solche ökonomische Position der Arbeiter konnte ihre dominierende Rolle im System der politischen Macht verbürgen.“

Durchgesetzt wurden die Entscheidungen des ArbeiterInnenrates durch den *Verwaltungsausschuss*, der jährlich von Ersterem gewählt worden war – also entgegen den Vorstellungen Kardeljs, *mittelbar* über Delegation (Anm. KS). Seine Mitgliederanzahl betrug zwischen fünf und zwölf, wobei die Mitglieder nicht zwingend aus dem Rat kommen mussten - auch andere Beschäftigte hatten das passive Wahlrecht zum Verwaltungsausschuss. Dieser trat einmal pro Woche zusammen und hatte durch das Vorschlagsrecht für Entscheidungen im ArbeiterInnenrat in der Praxis großen Einfluss. Von Amts wegen war *die/der DirektorIn* automatisch Mitglied des Ausschusses. Relativ neu gestaltete sich die Tatsache, dass die Kompetenzen der/s Ersten im Unternehmensstatut definiert wurden, nachdem diese vor 1969 per Gesetz geregelt worden waren. Die/der DirektorIn war mit einem Bündel an Fachleuten jene Person, die schließlich prinzipiell zur Durchführung von Entscheidungen des ArbeiterInnenrats und des Verwaltungsausschusses verpflichtet war. Drulović verschweigt auch gar nicht, dass die/der DirektorIn entsprechendes technologisches und wirtschaftliches Fachwissen für diese Aufgaben ihr/sein Eigen nennen musste (was er für andere Organe der Selbstverwaltung nicht vorsah, KS). Die/der DirektorIn konnte Entscheidungen des Rates aber auch vorübergehend außer Kraft setzen, die Gemeinde als Schiedsrichterin hat dann schlussendlich die Beschlussfähigkeit besessen.³⁴⁵

Obzwar also vor allem in größeren Betrieben gewisse *Tendenzen zur Repräsentativität* vorhanden waren, musste im Prinzip jedes Arbeitskollektiv zumindest fünf- bis sechsmal jährlich zu betrieblichen Angelegenheiten (Bilanzen, Produktionspläne, ...) eine Stellungnahme abgeben. Am Beispiel des slowenischen Eisenwerks „Jesenice“ kann illustriert werden, dass mit den ausgeweiteten Möglichkeiten direkter ProduzentInnendemokratie mitunter sorglos umgegangen worden war – es sei wenig diskutiert worden, und wenn, dann sprachen immer die „Gleichen“. Abstimmungen waren zu einer rein formellen Angelegenheit verkommen, so Drulović³⁴⁶ abschließend. Die Organismen der assoziierten Arbeit hatten ehemals staatliche Aufgaben in der

³⁴⁵ vgl. Drulović 1972, 63 f.

³⁴⁶ vgl. ebd., 65 f.

Wirtschaft zu übernehmen, was grundsätzlich in den angesprochenen Selbstverwaltungsabkommen (auf mikro-) und Sozialpakten (auf makropolitische Ebene) festgeschrieben wurde. Die Sozialpakete stellten also ursprüngliche Kernkompetenzen staatlicher Autorität (zumindest theoretisch, KS) in Frage, indem die Arbeitsorganisationen mittelbar oder unmittelbar durch die Sozialvereinbarungen ihre Stimme erheben konnten.³⁴⁷

Die administrative Basis eines jugoslawischen Unternehmens bildete eine eigenständige *Arbeitseinheit*. Neben den rechnungsführenden Angelegenheiten kamen dieser Institution auch die Bestimmung von Arbeitsplänen sowie das Erlassen von eigenen Vorschriften zu Arbeitsdisziplin und Organisation zu. Im Normalfall arbeitete die Arbeitseinheit jedoch nur Aufträge und Vorschläge aus dem ArbeiterInnenrat bzw. den ArbeiterInnenräten aus mehreren Betrieben (bei mehrstufiger Selbstverwaltung, KS) weiter aus. Der *ArbeiterInnenrat* konnte folglich von allen beschriebenen AkteurInnen als am besten *mit Kompetenzen* zur betrieblichen Entscheidungsfindung ausgestattet bezeichnet werden. Für den Fall der Klärung einer Frage von betriebs- bzw. unternehmensfundamentaler Bedeutung (z. B. Fusionierung; Verlagerung des Standorts) war das Instrument des *Referendums* zur Verfügung gestanden – dieses wurde aber eigentlich nur angewandt, wenn es Gesetz oder Statut so vorgesehen hatte.³⁴⁸ Die Arbeitseinheit, auch *Arbeitsorganisation* genannt, konnte sich weiter in Grundorganisationen der vereinigten Arbeit auffächern, die ihre eigenen Selbstverwaltungsorgane besessen hatten. Die Arbeitsorganisationen mit ihren einzelnen Grundorganisationen konnten sich in *komplexen Organisationen der vereinten Arbeit* formieren – eine Institution, welche die Entscheidungsfindung von der Basis aus wieder erleichtern sollte, nachdem sich die Bestimmung über Entscheidungsprozesse im Fall von Unternehmenszusammenschlüssen in der Vergangenheit eher von den ArbeiterInnen entfernt hatten. Entweder entsandten die Grundorganisationen direkt oder über ihre vorgelagerten Arbeitsorganisationen Delegierte in den ArbeiterInnenrat der komplexen Organisation.³⁴⁹ So lässt sich in groben Zügen der Aufbau der zwei- und dreistufigen Selbstverwaltung beschreiben.

Beschäftigte, die nicht im unternehmerischen Bereich des sozialisierten Sektors tätig waren, konnten sich in *Interessensgemeinschaften* zusammenschließen. Diese Gemeinschaften hatten aus den Organisationen der vereinten Arbeit, die im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Wissenschaftsbereich tätig waren, bestanden. Auch hier waren die Rechte und Pflichten der ArbeiterInnen gegenüber jenen, denen die empfangenen Leistungen zugutekommen sollten, in

³⁴⁷ vgl. Singleton/Carter 1982, 154 f.

³⁴⁸ vgl. Drulović 1972, 66-8

³⁴⁹ vgl. Singleton/Carter 1982, 153

Selbstverwaltungsabkommen festgehalten.³⁵⁰ *Ortsgemeinschaften* hatten die Funktion, BürgerInnen und Werktätige zu vereinigen, um über Fragen von gemeinsamem Interesse zu beraten und abzustimmen. Zu derartigen Fragen gehörten Ausgestaltung des Wohnumfelds, Bildung, Kinderbetreuung, kommunale Dienstleistungen, Sozialfürsorge, sportliche und kulturelle Tätigkeiten sowie der VerbraucherInnenschutz.³⁵¹

Offenbar hatten sich die ArbeiterInnenräte nun in Bezug auf arbeitsorganisationseigenes Eigentum Entscheidungsmacht *weder* mit staatlichen Organen *noch* mit dem BdK oder einer seiner „Vorfeldorganisationen“ (Gewerkschaft/Volksfront) zu teilen, was zuvor lange Zeit der Fall gewesen war.³⁵² Damit schien doch ein wesentlicher Schritt weg von der Entfremdung, hin zu maßgeblicher Selbstbestimmung der ArbeiterInnen getan. Doch waren es andere inländische Institutionen, die mit ihrem nicht demokratisch fundierten Charakter einen wesentlichen Teil dieser formell bestehenden Selbstbestimmung beschnitten hatten. Ferner wurde die *Selbstverwaltung deutlich von außen beeinflusst*, also von Auslandskapital. Mitunter standen sich aber die selbstverwalteten Institutionen, auch im Hinblick auf den Abbau von Entwicklungsdifferenzen, selbst im Weg: „[T]he possibility of fulfilling up to 20 per cent of one’s financial obligation to the development fund through the pooling of labour and resources of work organizations of the D[eveloped] R[epublic]s and L[ess] D[eveloped] R[epublic]s“ war zwar gegeben, aber „a negligible thirteen ventures [...] were achieved.“³⁵³ Den Föderalstaaten kam eine entscheidende Rolle in der Koordinierung der Prozesse, welche die Wirtschaft kontrollieren und die Entwicklung vorantreiben sollten, zu. Dafür fehlten jedoch die adäquaten wirtschaftspolitischen Instrumente und die strategische Entscheidungsfindung war keineswegs von der Verarbeitung aktueller politischer Ereignisse, deren Wichtigkeit nicht so hoch war, getrennt gewesen.³⁵⁴

Eine makropolitische Konsequenz der neuen Verfassung war die stärkere Stimme, mit welcher nun alle Elemente des Staatenbundes, also auch die autonomen Regionen des Kosovo und der Vojvodina, im Bundesrat vertreten waren. So zählten diese mit ihrer garantierten Autonomie zu konstitutiven Faktoren der SFRJ, waren jedoch gleichzeitig Teil der Republik Serbien und konnten sich dabei aussuchen, ob sie mit oder gegen diese stimmen oder gar ein Veto einlegen wollten. In den beiden Häusern des Parlaments, das einerseits aus dem proportional zur Bevölkerungszahl zusammengestellten Bundesrat und andererseits aus dem von VertreterInnen der föderalen Einheiten

³⁵⁰ vgl. Aleksić 1979, 24

³⁵¹ vgl. ebd., 26

³⁵² vgl. oben, Abschnitt 1.7

³⁵³ Pleština 1992, 147

³⁵⁴ vgl. Madžar 1992, 88

formierten Rat der Regionen und Republiken bestand, herrschte generell Konsensprinzip. Parallel dazu waren drei Mechanismen vorgesehen, um dieses gegebenenfalls zu umgehen: Ein Dringlichkeitsbeschluss des Parlaments oder eine Notmaßnahme der Regierung; Die Kompetenzen der Präsidentschaft, wo das Konsensprinzip bestenfalls bedingt Anwendung fand; Die Parteiorgane, wo das Konsensprinzip überhaupt nicht notwendig war. Der demokratische Zentralismus blieb in den führenden Parteigremien also bestehen. Ferner konnten hier Beschlüsse via Mehrheitsentscheid durchgesetzt werden.³⁵⁵

Durch die nach wie vor wichtige Stellung des BdkJ ist eine *Verzögerung von makropolitischen Reformen* augenscheinlich, hatten doch bereits in den frühen 1950er-Jahren mehr oder weniger koordinierte makroökonomische Steuerungsinstrumente auf föderaler Ebene eingesetzt werden können. Die neue Verfassung ließ das politische Vertretungssystem durch ein mehrstufiges Delegiertensystem bestimmen. In den Gemeinden, Gemeindegemeinschaften und Republiken hatten sich Delegiertenversammlungen in drei Kammern zu formieren, deren Mitglieder nach funktionalen, gesellschaftspolitischen und territorialen Kriterien ausgewählt worden waren.³⁵⁶ Doch war das Arrangement mikro- und makropolitische Legislative und Exekutive in der Version von 1974 schon die höchste Form der Selbstverwaltung, angesichts dessen, dass es „utopisch [wäre] anzunehmen, daß alle Entscheidungen unmittelbar getroffen werden könnten“ und stand „[d]ie unmittelbare Demokratie“ tatsächlich in „kein[em] Gegensatz zur repräsentativen“³⁵⁷ in dieser Form?

Einige der *letzten wesentlichen Systemveränderungen aus eigenem Antrieb* (im jugoslawischen Fall oft Vertiefungen bereits bestehender Praxis, KS) hatten sich bis 1978 vollzogen. Das „Gesetz über die vereinte Arbeit“, welches Ende 1976 verabschiedet wurde, sollte die in der Verfassung festgeschriebenen Beschlüsse modifizieren. Bereits in Kraft war zu diesem Zeitpunkt das „Gesetz über die Grundlagen des Systems der gesellschaftlichen Planung und über den Gesellschaftsplan Jugoslawiens“, das alle Gebietskörperschaften und Wirtschaftssubjekte dazu verpflichtete, sich mittels Entwicklungsplänen an der Konjunktur- und Wachstumspolitik zu beteiligen. Die Partizipation dieser zahlreichen AkteurInnen war zweifelsohne zu befürworten, aber es blieb unklar, welche Instanz in welcher Form die Integration der vielen Einzelpläne erbringen sollte (was für einen zumindest dem Anspruch nach einheitlichen Wirtschaftsraum gewährleistet werden musste,

³⁵⁵ vgl. Meier 2007, 204; Pleština 1992, 149

³⁵⁶ vgl. Zakošek 1984, 69 f.

³⁵⁷ Drulović 1972, 68

KS).³⁵⁸

Wie sich noch herausstellen wird, intensivierten sich die Folgen der fundamentalen Krise des Fordismus, welche in den europäischen Ländern des Zentrums stattgefunden hatte, in der Peripherie des Kontinents,³⁵⁹ an der Jugoslawien verortet werden konnte. Denn auch in diesem Land

„brachte die Erdölkrise in der ersten Hälfte der Siebzigerjahre erste [?] ernsthafte Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich. [...] Das fehlende Geld begann man mit ausländischen Krediten abzudecken. Schon 1976 betrug Jugoslawiens ausländische Schuld 5,7 Mrd. Dollar. In der Zeit des von 1976 bis 1980 laufenden Gesellschaftsplans wurde so verfahren, dass Bund und Republiken ihren „Bedarf“ anmeldeten; was nicht aus eigenen Quellen gedeckt werden konnte, nahm man im Ausland auf.“³⁶⁰

Grundsätzlich war ab März 1977 auch über Fragen des Außenhandels in gesellschaftlichen Absprachen zu entscheiden. Der von Viktor Meier etwas kryptisch erwähnte Bedarf deutete darauf hin, dass in den Provinzen und Republiken Zahlungsbilanzpositionen neu geschaffen worden waren. Wegen des erheblichen Zahlungsbilanzdefizits der SFRJ entwickelten sich diese „regionalen Devisenkonto“ zu Institutionen, welche die Einheit der jugoslawischen Ökonomie negativ beeinflussten.³⁶¹ Die Bedeutung der in obigem Zitat erwähnten Summe an Auslandsschulden muss noch zu anderen Größen in Vergleich gesetzt werden. Das lässt Rückschlüsse auf das Ausmaß der materiellen Einschränkung von in Grundorganisationen vereinigte Arbeit getroffenen Entscheidungen, welche die selbstverwalteten Mittel betroffen hatten, zu. Bei einem geschätzten BMP pro Kopf von 2.750 US-\$ für 1977 und einer Bevölkerung von 21,5 Mio. Menschen ergibt sich ein Gesamt-BMP für Jugoslawien von etwa 51 Mrd. US-\$. Die Auslandsschuld betrug somit etwas mehr als 11% des BMP, war also noch nicht übermäßig hoch. Doch mit nachlassendem Wirtschaftswachstum sollte sich dieser Anteil bald drastisch erhöhen.

Allgemein dürften die zu verteilenden Mittel in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre kaum gewachsen sein, waren diese Jahre bis Titos Tod (1980) doch welche der Stagnation.³⁶² Am stärksten schlug sich die reduzierte Akkumulationsdynamik einmal mehr in den weniger entwickelten Regionen in Form geringerer Investitionen nieder. Anstatt ein Drittel der gesamtjugoslawischen Investitionen auf sich vereinen zu können, lag dieser Anteil der Südprovinzen und –republiken zwischen 1975 und 1980 bei lediglich 26,6%, also bei einem guten

³⁵⁸ vgl. Zakošek 1984, 69 f.

³⁵⁹ vgl. Prebisch 1984, 176

³⁶⁰ Meier 2007, 206

³⁶¹ vgl. Zakošek 1984, 71

³⁶² vgl. Meier 2007, 206

Viertel. Interessanterweise war es der Teilrepublik Montenegro gelungen, seinen Investitionsanteil in genannter Periode etwas zu erhöhen, BiH, der Kosovo und Mazedonien hatten aber mit einer Kürzung von einem Drittel zu kämpfen. Wie auch die Reduktion der Mittel aus dem Entwicklungsfonds bewiesen hatte, waren materielle Ressourcen für eine Überwindung regionaler Disparitäten nicht gegeben.³⁶³ Zu einem Abfluss an Ressourcen aus den südlichen Regionen und einem Zufluss in die nördlicheren kam es ebenso in Folge der Dezentralisierung von Investitionsentscheidungen – der Entwicklungsfonds war den unberechenbaren Preis- und Strukturpolitiken in den Provinzen und Republiken des Südens weder materiell noch in Form von Expertise und wissenschaftlicher Beratung gewachsen.³⁶⁴ Vieles deutet darauf hin, dass „the concentration of technical progress and its fruits in economic activities oriented toward exports became characteristic of a heterogenous social structure in which a large part of the population remained on the sidelines of development.“³⁶⁵ Anders ausgedrückt, um die Handelsbilanz zu reparieren, waren starke Anreize gegeben, (knappes) Kapital in den ohnehin relativ gut ausgestatteten Industrien des Nordens anzulegen. Die Nord-Süd-Differenzen konnten damit sicherlich nicht vermindert werden.

Konsequenterweise wirkte sich die wirtschaftliche Situation der gesamten Föderation auf die Akteure in den autonomen Provinzen und Teilrepubliken aus. Wie bereits ausgeführt, war die Unruhe in den südlichen Regionen mithilfe von Unterstützungsmaßnahmen und Versprechungen vorerst verfliegen – ein Effekt auf die Entwicklung der regionalen Disparitäten aber nicht festzustellen.³⁶⁶ Ein weiteres Gesetz, das den föderalisierten Charakter der Wirtschaftspolitik in der SFRJ unterstreichen sollte, war jenes über die Notenbanken von 1976,³⁶⁷ welches die (in Abschnitt 2.1 erwähnten) Maßnahmen von 1972 vertiefte und die Bestimmungen der neuen Verfassung umsetzte. Neun (!) Notenbanken konnten über die Volkswirtschaft wachen und ihren Lauf mitbestimmen: Die Nationalbank (Bund), zwei Nationalbanken in den autonomen Provinzen und sechs Nationalbanken in den Republiken. Es sollte nicht lange dauern, bis sich diese Form der Verankerung von Geldpolitik in entsprechenden Gesetzen der Republiken und Provinzen niedergeschlagen hatte.³⁶⁸ Auch das Ausmaß regionaler (überwiegend in den föderalen Einheiten angesiedelte Kompetenzen) und funktionaler (17 000 autonome parafiskalische Einheiten hoben Steuern ein und entschieden über deren anschließende Verausgabung) Segmentierung der

³⁶³ vgl. Pleština 1992, 146 f.

³⁶⁴ vgl. ebd., 144

³⁶⁵ Prebisch 1984, 177

³⁶⁶ vgl. Pleština 1992, 145

³⁶⁷ vgl. Djeković-Sachs 1994, 77

³⁶⁸ vgl. ebd., 79

Fiskalpolitik war bemerkenswert. Dies verkomplizierte die Durchsetzung sinnvoller Finanzpolitik ungemein und den Stabilisierungspolitiken war es sehr schwer gemacht worden, ihre Wirkung entfalten zu können.³⁶⁹ Die zunehmende Föderalisierung Jugoslawiens manifestierte sich auch in weiteren Politikfeldern: „Jugoslawiens Außenpolitik in den siebziger Jahren schwankte und vermochte dem Land nur bedingt in der Welt einen Platz zuzuweisen. Die prowestliche und europäische Orientierung [zweier Außenminister ...] lehnte Tito ab.“³⁷⁰

Drei wesentliche Probleme des jugoslawischen Finanzsystems, von denen erst- und letztgenannter Punkt bereits in einem anderen Kontext angesprochen wurden, waren:

- Der sozialisierte Sektor häufte über längere Zeit Defizite an. Die relativ hohen *persönlichen Einkommen*, welche an die ArbeiterInnen geflossen waren, trugen wesentlich zu diesem Defizit bei und verursachten Opportunitätskosten (also Kosten in Form von Erträgen, die bei alternativer Mittelverwendung angefallen wären) für andere Sektoren der Ökonomie. Die Arbeitskosten reichten die Arbeitsorganisationen in Form erhöhter Preise an die End- und ZwischenverbraucherInnen weiter, was die Inflationsraten steigen ließ. Nun tun sich an dieser Stelle neben den Nord-Süd-Differenzen weitere Verteilungsproblematiken in der jugoslawischen Volkswirtschaft auf: Der sozialisierte Sektor bekam Kredite zu (in Folge der Inflation) sehr niedrigen, mitunter sogar negativen, Realzinsen ausgehändigt, die Mittel für dieses Geld hatten die einheimischen Haushalte, der einheimische private Sektor oder eben ausländische KreditgeberInnen zur Verfügung zu stellen.³⁷¹ Eine in entwicklungstheoretischen Diskussionen oft genannte Handlungsmöglichkeit, um die Inflation zu beschränken, wäre ein (abermälig, KS) staatlich verordneter Lohnstopp gewesen, also eine Wiederherstellung der Unternehmenseinkommen nach Abzug der persönlichen Einkommen – in nicht-jugoslawischen Begriffen, die Erhöhung der Profite zu Lasten der Lohnabhängigen.³⁷² Dabei hätte sich der BdKJ in den Augen der Bevölkerung vermutlich jedoch selbst ordentlich delegitimiert (abgesehen von der Tatsache, dass bundesweite Interventionen zu diesem Zeitpunkt ohnehin bereits schwer durchzusetzen waren).

Kredite aus dem Ausland nahmen auch deswegen in ihrer Bedeutung zu, da der Investitionsmittelzufluss aus inländischen privaten Haushalten ausgetrocknet war. Der

³⁶⁹ vgl. Madžar 1992, 88

³⁷⁰ Meier 2007, 206

³⁷¹ vgl. Madžar 1992, 90

³⁷² vgl. Prebisch 1984, 188

Grund dafür liegt wiederum in der Inflation, welche „aggravated social disparities but did not help to increase accumulation, as some would expect. On the contrary, it promoted conspicuous consumption.“³⁷³ Die Einkommenszuwächse führten also zu Inflation, die indirekte Umverteilungswirkungen sowohl innerhalb der SFRJ als auch zwischen der Föderation und den Kreditgeberländern/-institutionen zeigten. In anderen Worten: Zwar allokierten die Selbstverwaltungsmechanismen reichlich Mittel direkt bei den ArbeiterInnen, wonach das jugoslawische System zu dieser Zeit jedenfalls als reformistisch anzusehen war. Dabei wurde aber – und das ist der springende Punkt - die Gefahr zunehmender Außenabhängigkeit aufgrund der drückenden Schuldenlast unzureichend wahrgenommen. Dies schränkte die budgetpolitischen Spielräume der makropolitischen Akteure (Bund, Provinzen und Republiken) wesentlich ein. Obwohl diese dem Anspruch nach ebenfalls selbstverwaltet waren, schien der (nationalistisch inspirierte) Egoismus in einzelnen Arbeitsorganisationen oder komplexen Organisationen der vereinigten Arbeit überwogen zu haben.

- Die Finanzinstitute schrieben wegen o. a. Gründe Verluste, für die keine (Rechts-)Persönlichkeit des sozialen Sektors verantwortlich gemacht werden konnte. Die dadurch angefallenen Schulden wurden großteils durch die Bundesnationalbank gedeckt.³⁷⁴ Ob diese einzelne Akteurin im Stande war, die immer größer werdende Schuldenlast zu tragen, wird an dieser Stelle dahingestellt. Regulationstheoretisch lässt sich die von der zentralen Notenbank vorgenommene Bankenstabilisierung folgendermaßen erklären: Erstere deckt private Kreditkontrakte, die (aufgrund ihrer geringen Einbringbarkeit, KS) bereits der Kapitalverwertung entzogen sind. Es kommt zu einer „Pseudo-Verwertung“ der Verbindlichkeiten, für die der Preis permanenter Inflation zu zahlen war. Die Finanzkrise weitete sich in Jugoslawien somit zu einer monetären Krise aus.³⁷⁵
- Die *Eigentumsstrukturen der Banken* waren dezentralisiert (wie oben auf S. 42 beschrieben). Die SchuldnerInnen selbst konnten folglich durch ihr Abstimmungsverhalten auf ihr Interesse, möglichst niedrige Zinsen bezahlen zu müssen, einwirken. In Folge dessen war ein Gesetz erlassen worden, welches den Banken verboten hatte, zu unrentable und unsichere Kredite zu vergeben.³⁷⁶

³⁷³ ebd., 182; Jenen Prozess, der auf die zusätzliche Geldschöpfung folgt, um den höheren persönlichen Einkommen nachkommen zu können, nennt Raúl Prebisch (1984, 187) „strukturelle Inflation“.

³⁷⁴ vgl. Madžar 1992, 91

³⁷⁵ vgl. Becker 2002, 86 f.

³⁷⁶ vgl. Madžar 1992, 92

Ein weiterer Aspekt der Verteilungsproblematiken in Jugoslawien war die Aufteilung der Ressourcen zwischen verschiedenen Branchen der Ökonomie:

„[D]ie wichtigsten sozialen Ungleichheiten [ergeben sich] aus unterschiedlichen monopolistischen Strukturen [...], wobei ganze Segmente der Arbeitskräfte dadurch benachteiligt oder privilegiert werden [...]. Ein Typus der Privilegien wird durch klassische monopolistische Strukturen ermöglicht: das sind z.B. [...] Banken, Handel (besonders Außenhandel), deren Beschäftigte aufgrund geltender Distributionsregeln einen Teil der monopolistischen Rente in ihre persönlichen Einkommen bzw. kollektive Sozialleistungen (z.B. Wohnungen) umsetzen können.“³⁷⁷

Darüber hinaus war es eine jugoslawische Besonderheit, dass jene Sektoren und Firmen mit einer besseren Kapitalausstattung und folglich höherem Einkommen letzteres ihren Beschäftigten zukommen lassen konnten, ohne dabei verpflichtet zu sein, andere Wirtschaftssubjekte für ihre diesbezüglichen Kosten in irgend einer Form abzugelten.³⁷⁸ Wegen des fehlenden Nachschubs an liquiden Mitteln aus dem Inneren der jugoslawischen Volkswirtschaft, „the savings potential of the social sector has been drastically reduced. [...] It turns out that since 1979 the social-sector business savings have been either around zero or negative.“³⁷⁹ Das Ausnutzen dieser individuellen Freiheiten konnte nicht im Sinne Edvard Kardeljs gewesen sein, der den Raum für alle allgemeinen und kollektiven Interessen in der selbstverwalteten Gesellschaft nur durch freiwillige Absprachen und freie Interaktion gegeben sah. Der Theoretiker nannte dies 1977 den „Pluralismus selbstverwalteter Interessen“.³⁸⁰ Dieser hatte notwendigerweise durch die monopolistischen Strukturen verzerrt werden müssen, die in obigem Zitat angesprochen sind.

Die Verwerfungen zwischen den föderalen Einheiten Jugoslawiens waren in dieser Periode bereits so groß, dass bis Ende 1978 *drei* verschiedene Studien angefertigt worden waren, welche Kriterien für die Evaluierung des Entwicklungsstands der jeweiligen Regionen bestimmen sollten. Die Regionen des Südens, Kroatien und Slowenien im Verbund sowie Serbien allein brachten ihre Vorschläge vor (die Vojvodina hatte sich enthalten). Alle Studien glichen sich darin, dass der Kosovo zwar für lange Zeit weiterhin bevorzugte Behandlung erfahren sollte, wie diese aber genau aussehen hätte sollen, konnte weder unter den föderalen Einheiten selbst noch im (proportional zur Bevölkerungszahl der Provinzen und Republiken zusammengestellten, KS) Bundesrat präzisiert werden. Einmal mehr konvergierten die Konflikte zwischen den Provinzen und Republiken also zum Thema der Regionalentwicklung – eine Wunde der jugoslawischen Volkswirtschaft, welche

³⁷⁷ Zakošek 1984, 51 f.

³⁷⁸ vgl. ebd., 52

³⁷⁹ Madžar 1992, 86

³⁸⁰ vgl. Zakošek 1984, 52

sich durch die angespannte wirtschaftliche Situation Ende der 1970er-Jahre weiter vertiefte.³⁸¹

Zwar schien wenigstens die Inflation zwei Jahre nach Verabschiedung der neuen Verfassung wieder halbwegs im Griff zu sein, bis 1980 erreichte sie jedoch wieder ein Rekordniveau von 30%. Die Tendenzen zur regionalen Autarkie verstärkten sich, was an der innerjugoslawischen Handelsbilanz abgelesen werden konnte. Nur ein Drittel der hergestellten Dienstleistungen und Güter wurden innerhalb der Grenzen der Föderation gehandelt - jegliche umfassende Wirtschaftspolitik musste in ihrem Wirkungsgrad somit unweigerlich eingeschränkt werden. Die Außenabhängigkeit der Ökonomie der SFRJ manifestierte sich wegen den Ungleichgewichten in der Handelsbilanz konsequenterweise in der Leistungsbilanz, die sich nach dem zweiten Ölschock 1978 ein Jahr darauf mit 3,7 Mrd. US-\$ im Minus befunden hatte.³⁸² Der Bundesrat tat sich wirklich schwer mit der Durchsetzung seiner Agenden, obwohl der zentrale Parteiapparat nach den Ereignissen der frühen 1970er-Jahre wieder gestärkt worden war. Entweder war der (mächtigste) Entscheidungskörper Jugoslawiens nicht stark genug, regionale Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, oder, diese Meinungsverschiedenheiten hatten sich innerhalb desselben manifestiert. Jedenfalls war 1980 nur etwas mehr als ein Fünftel des jugoslawischen Handels innerhalb der Föderation abgewickelt worden, gegenüber 1970 hatte das einen Rückgang um 5,3 Prozentpunkte zu bedeuten.³⁸³ „Allen Dezentralisierungsbemühungen zum Trotz“, wie Weißenbacher (2003, 66) die Situation des Bundesparlaments beschreibt, „wurde die Politik auf der Bundesebene von den Republiken bzw. den Teilrepublikversammlungen bestimmt und nicht von den Basisgemeinschaften der Selbstverwaltung.“

Das Leistungsbilanzdefizit reflektierte die verschlechterten Außenhandelsbedingungen. Der auf günstigen Krediten aus dem Ausland basierende jugoslawische Wohlstand war zwischen den föderalen Einheiten nach wie vor sehr ungleich verteilt: Im Vergleich zu Slowenien nahm die Benachteiligung des Kosovo bis 1980 weiter zu, allgemein war anstatt der für die einkommensschwächeren Gebiete angepeilten, um 20-25% höheren Wachstumsraten lediglich ein siebenprozentiger Vorsprung gegenüber dem „Norden“ erreicht worden.³⁸⁴ Aus der bedenklichen Situation im Kosovo speisten sich nationalistische Bewegungen, die ihre UnterstützerInnen primär unter den gut ausgebildeten jungen Menschen fanden, welche mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert waren. Die ganzen 1970er-Jahre über waren ethnische AlbanerInnen wegen ihrer

³⁸¹ vgl. Pleština 1992, 145 f.

³⁸² vgl. Trost 2001, 43 f.

³⁸³ vgl. Pleština 1992, 146 f.

³⁸⁴ vgl. ebd., 150 f.

Organisation in unerwünschten Gruppierungen oder ihrer Teilnahme an Demonstrationen angeklagt und verurteilt worden.³⁸⁵ Schließlich konnten mit den stagflationären Entwicklungen der Volkswirtschaft die persönlichen Einkommen der ArbeiterInnen nicht mehr gesteigert werden, im Gegenteil sollten sie vor allem mit den krisenhaften Tendenzen der 1980er-Jahre genauso schnell sinken wie sich die Arbeitslosigkeit erhöht hatte.³⁸⁶

Mikroökonomisch gesehen reflektierten die ehemals hohen persönlichen Einkommen der ArbeiterInnen des sozialisierten Sektors abgesehen von ihrer Konsumneigung einen Schutzschild gegen die Aufnahme zusätzlicher Angestellter (die Folge dieser Aufnahme wäre einer Verteilung des bestehenden betrieblichen Einkommens gewesen, KS). Die ArbeitgeberInnen (Arbeitsorganisationen, Regierungsinstitutionen) wiederum wollten so viel Unabhängigkeit in ihren Entscheidungen über die Verwendung ihrer Mittel erlangen und stellten sich dabei gleichzeitig um zusätzliches Geld aus den diversen Fonds an.³⁸⁷

Das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd innerhalb der SFRJ konnte also auch in den 1970er-Jahren nicht begradigt werden, im Gegenteil. Kapitalabfluss, unterschiedliches Volkseinkommen und regional stark differenzierte Arbeitslosenquoten deuten darauf hin, dass es in der genannten Periode – trotz zeitweise noch vorhandener Zunahmen des Volkseinkommens – zu einer Vertiefung der Nord-Süd-Differenzen gekommen ist. Die sehr weit, vielleicht sogar zu weit gehende Föderalisierung der Wirtschaftspolitik ließ eine kohärente Einführung von Mechanismen zur Koordination der geplanten und umgesetzten Maßnahmen vermissen. Andererseits war versucht worden, gewisse Politikfelder zentralisiert zu halten – man denke an die Agenden der Verteidigungspolitik. Doch die These von Singleton/Carter (1982, 142), wonach in den 1970ern eine starke *Re-Zentralisierung wesentlicher Gebiete des policy-making* erfolgte, kann mithilfe der in diesem Abschnitt gewonnenen Erkenntnisse nicht bestätigt werden. Einer positiven Entwicklung des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems arbeiteten darüber hinaus die internationalen Rahmenbedingungen entgegen: Man denke an die tiefe Rezession 1973/74, die in der globalen Wirtschaftspolitik einen grundlegenden Paradigmenwechsel einläutete, aber auch an die hohen Verbindlichkeiten jugoslawischer Institutionen, gleichgültig, ob Letztere öffentlicher oder privater Natur gewesen waren. Die/der LeserIn wird an dieser Stelle schon vermuten, dass sich an den dargelegten Schwierigkeiten auch in den 1980er-Jahren für die innerjugoslawischen Verteilungsproblematiken nichts zum Besseren verändern konnte.

³⁸⁵ vgl. ebd., 149

³⁸⁶ vgl. Woodward 1995, 15

³⁸⁷ vgl. Woodward 1995, 23

2.3 DIE 1980ER-JAHRE – JUGOSLAWIEN AM ABSTELLGLEIS

Zu Beginn der 1980er-Jahre hatte das Zweite Jugoslawien durch den Tod seines Staatspräsidenten auf Lebenszeit eine der letzten Quellen, aus welchen es Kraft schöpfen konnte, verloren. Während der sehr bedenklichen ökonomischen Entwicklung Südosteuropas konnte das einende Element Tito nicht mehr die Rolle eines führenden Repräsentanten auch jener Gruppe einnehmen, die mittellos geblieben war oder die wegen der Ungleichgewichte innerhalb der Föderation den Eindruck hatte, stark benachteiligt zu sein. Diese inhomogene Gruppe konnte nun nicht mehr darauf zählen, sich wirkungsvoll Gehör verschaffen zu können.³⁸⁸ Wegen stark ansteigender Arbeitslosigkeit und wegen des Schrumpfens des Volkseinkommens waren immer mehr Menschen vom sozialisierten Sektor ausgeschlossen und somit zwangsweise politisch marginalisiert worden. Die unterdrückte Opposition bekam dadurch jedoch Zulauf, besonders rege im Kosovo, in Kroatien und in Slowenien.

Nach Titos Tod am 4. Mai 1980 galt es also, die Präsidentschaft der SFRJ neu zu bestimmen. Präsident und Vizepräsident waren binnen kürzester Zeit von den acht RepräsentantInnen der Republiken und Provinzen gewählt. Schon zehn Tage später wurden diese Posten wieder neu besetzt, die jährliche Personalrotation für genannte Funktionen wurde in Gesetzesform gegossen.³⁸⁹ Damit „verlor der „demokratische Zentralismus“ rasch an Bedeutung, aber es wurde bis hoch in die achtziger Jahre immer wieder versucht, damit Druck auf Republiken und Regionen auszuüben.“³⁹⁰ Das auch, um den Kurswechsel in der Regierungspolitik umzusetzen – die Orientierung lag explizit bei Effizienz-orientierten, marktwirtschaftlichen Reformen, welche dem „slowenischen Modell“, wie es Woodward (1995, 345) nennt, entsprochen hatten. Obwohl konservative Kräfte nach dem Ableben Titos durchaus vorhanden und mächtig waren, ließ sie die 1980 eingetretene Wirtschaftskrise ihr Motto „Nach Tito – Tito!“ nicht durchziehen. Auch der Konflikt im Kosovo schien innerhalb der bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen nicht mehr bewältigbar.³⁹¹ Offenbar waren es in der autonomen Provinz keine jugoslawisch orientierten Bevollmächtigten, an die sich die bildungsmäßig und kulturell relativ arme, überwiegend albanische Bevölkerung – angesichts der wenig hoffnungsvollen wirtschaftlichen Situation zwangsweise - überantwortet hatte.³⁹²

³⁸⁸ abgewandelt übernommen von Bourdieu 2010, 24

³⁸⁹ vgl. Pleština 1992, 148

³⁹⁰ Meier 2007, 205

³⁹¹ vgl. Pavković 1997, 76

³⁹² vgl. hierzu allgemein Bourdieu 2010, 26

Das immer tiefer werdende Leistungsbilanzdefizit wollte mit der Abwertung des Dinars bekämpft werden. Diese geriet in den frühen 1980er-Jahren aber außer Kontrolle, ein Faktor, der zur Liquiditätskrise 1982 geführt hatte. Dabei teilte der Internationale Währungsfonds (IWF) 1981 Jugoslawien einen Kredit über 2,2 Mio. US-\$ zu. Weitere Darlehen und Kredite der Internationalen Organisation folgten, Bedingungen für die Auszahlung der Mittel waren aber restriktive Geld- (Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation) und Fiskalpolitiken (Kürzungen der Staatsausgaben). Mitte 1982 schließlich hatten die Staatsschulden der SFRJ auf eine Rekordhöhe von 5 Mrd. US-\$ erklommen, womit die Volkswirtschaft kaum mehr fähig gewesen war, ihre offenen Rechnungen zu begleichen. Jenen jugoslawischen Personen, die 1983 unter Anweisungen der Weltbank die „Stabilisierungspakete“ ausverhandelt hatten, fehlte der Überblick darüber, wo sich die ungedeckten Verbindlichkeiten überhaupt befunden haben könnten.³⁹³ Schließlich hatte die Summe der Auslandsschulden im Jahre 1982 bereits 24 Mrd. US-\$ betragen (mehr als eine Vervierfachung gegenüber dem Stand von sechs Jahren zuvor, KS), der Lebensstandard war auf das Niveau zu Beginn der 1970er-Jahre reduziert worden. Im Sommer 1983 sah auch eine innerjugoslawische Reformkommission in der Liberalisierung der Wirtschaft mit vollem Einsatz von Marktmechanismen den einzigen Ausweg aus der Misere.³⁹⁴ Das Sozialprodukt stagnierte zumindest seit Beginn der 1980er-Jahre, mitunter war es sogar geschrumpft. Die Kapazitäten der Unternehmen waren schwach ausgelastet, die Anzahl jener Firmen, die rote Zahlen schrieben und daher staatlicher Mittel bedurften, wuchs an. Das Beschäftigungswachstum verringerte sich, Konsequenz davon war ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenraten.³⁹⁵

Die Veränderungen, welche von Seiten der internationalen Geldgeber gefordert worden waren, sowie die Maßnahmen mit Ziel der makroökonomischen Stabilisierung schürten zuerst in den nord-westlichen Republiken Unzufriedenheit. Vor allem Slowenien hatte seine eigenen Ideen im Hinblick auf Veränderungen des jugoslawischen Systems. Dieses war offenbar nicht mehr fähig, bundesweite Politiken zu koordinieren, ganz abgesehen von Maßnahmen, die als Gegenvorschlag zu den Vorgaben von IWF und Weltbank getroffen hätten werden können. Offizielle Zahlen zur Arbeitslosigkeit lieferten für den Beginn der 1980er-Jahre einen Wert von knapp 14%, mehr als die Hälfte der Arbeitssuchenden war unter 25 Jahre alt und mit Diplom- oder Ingenieurstiteln ausgestattet.³⁹⁶

³⁹³ vgl. Trost 2001, 45 f.

³⁹⁴ vgl. Pleština 1992, 151

³⁹⁵ vgl. Zakošek 1984, 85

³⁹⁶ vgl. Woodward 1995, 346 f.

Obwohl auch innerhalb Jugoslawiens Rohstoffe und Vorprodukte hergestellt wurden, hatte die industrielle Produktion unter einem Mangel dieser Inputfaktoren gelitten. Hinzu kamen Absatzschwierigkeiten im In- und Ausland, mangelnde Arbeitsmotivation und zunehmende Liquiditätsprobleme.³⁹⁷ Das wesentliche makroökonomische Problem, welches sich aus diesen mikroökonomischen Schwierigkeiten ergab, war folgendes: Selbst wenn manche Arbeitsorganisationen noch hohe persönliche Einkommen auszahlten, waren die Nationalbanken (durch die Vorgaben der internationalen Organisationen, KS) gezwungen, sowohl zur Inflationsvermeidung die Notenpresse ruhen als auch die Unternehmen zur Forderungsbefriedigung der ArbeiterInnen Gewinne abbauen zu lassen. Die (in Firmen der südlichen Regionen ohnehin spärlich vorhandenen, KS) Produktivitätsfortschritte konnten somit nicht in steigende Gesamteinkommen umgesetzt werden – mit entsprechenden Folgen für die Kapitalakkumulation und die Wachstumsrate der Beschäftigung.³⁹⁸

Zunächst hatten sich einige Hoffnungen auf Besserung der unbefriedigenden Situation an die neue Regierung - mit der Kroatin Milka Planinc an der Spitze - geknüpft, doch auch ihre Reformbemühungen waren unter dem Druck des drohenden Staatsbankrotts im Sande verlaufen. Als Klotz am Bein hatte sich die Armeeführung erwiesen – problematisch dabei war, dass das Militär sowohl in sicherheitspolitischer als auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht ein nicht zu unterschätzender Akteur innerhalb der Föderation gewesen war.³⁹⁹ Der Premierministerin ging es vor allem darum, das Vertrauen der ausländischen KreditgeberInnen zurückzugewinnen. Explizites Ziel der damit einhergehenden „Stabilisierungsprogramme“ war das Bremsen einheimischer Nachfrage, um Auslandsschuld und Handelsbilanzdefizit in den Griff zu bekommen. Die Arbeitskosten mussten sinken, um die Inflationsraten zu reduzieren, die Wettbewerbsfähigkeit der Industriegüter zu stärken, die Produktivität zu erhöhen und verbleibende Ersparnisse dem technologischen Fortschritt zuzuteilen.⁴⁰⁰ So die Doktrin.

Mitunter waren – ebenso wie in den Ländern des Zentrums spätestens ab dem Übergang zu den Achtzigerjahren – die ArbeitnehmerInnen im staatlichen Sektor (BeamtenInnen, Beschäftigte im Bereich sozialer Dienstleistungen) als arbeitsmarktpolitisches Problem wahrgenommen und von BdKJ-IdeologInnen gar als „unproduktive“ Menschen mit „garantierter Bezahlung in künstlich geschaffenen Stellen“ bezeichnet worden.⁴⁰¹ Mit der Bezeichnung dieser „Unproduktiven“ gesellte

³⁹⁷ vgl. Djeković-Sachs 1994, 235

³⁹⁸ vgl. Prebisch 1984, 187

³⁹⁹ vgl. Meier 2007, 207 f.

⁴⁰⁰ vgl. Woodward 1995, 347

⁴⁰¹ vgl. ebd., 30

sich zur Unterscheidung zwischen öffentlich und privat Beschäftigten eine weitere Unterscheidungskategorie: die nationale Identität dieser Personen.⁴⁰² Die landwirtschaftliche Prägung der jugoslawischen Regionen war nämlich nach wie vor sehr unterschiedlich, relativ hohe Anteile des primären Sektors am Volkseinkommen gab es verständlicherweise in den südlichen Gebieten. Im Durchschnitt flossen in den Perioden der 1970er- und 1980er-Jahre Mittel im Ausmaß von ca. drei Prozent des Sozialprodukts der entwickelten Republiken (Kroatien, Serbien, Slowenien) in den „Süden“ (Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro) ab. Die nördlichen Republiken hatten die Belastungen durch den zentralen Entwicklungsfonds als große Belastung wahrgenommen, sodass sie zu Beginn des neuen Jahrzehnts die Abschaffung dieses Fonds forderten und sich fortan in ausgewählten Entwicklungsprojekten über Direktinvestitionen beteiligen wollten.⁴⁰³

Die kurzfristig nach langer Zeit wieder ein wenig ansprechendere wirtschaftliche Entwicklung im ersten Semester des Jahres 1985 wurde durch die Konservativen unter der Leitung von Branko Mikulić unterminiert, der Milka Planinc nachgefolgt war. Die Vision des neuen Premierministers einer „kontrollierten Inflation“ zeigte nur Misserfolge.⁴⁰⁴ In der Tat konnte bei hyperinflationären Tendenzen mit zweistelligen Inflationsraten nicht von „kontrollierter Inflation“ gesprochen werden. Der Dinar war für Inlandstransaktionen immer wieder durch harte Fremdwährung ersetzt worden. Alle Regionen und sozialen Schichten hatten in Folge der Außenhandels- und Schuldenkrise einen abnehmenden Lebensstandard zu beklagen, die Arbeitslosigkeit war allgemein im Steigen begriffen. In diesem Klima hatten sich in den föderalen Einheiten wieder verstärkt Fragen nach Identität und Grenzen, aber auch nach der Stellung des Landes auf dem Kontinent gebildet. Nachdem noch die Vorschläge zur Verfassungsreform, welche 1985 veröffentlicht worden waren, gewisse Kompromisse zwischen AkteurInnen des Nordens und des Südens inkludierten, war der Druck der internationalen AkteurInnen für eine eindeutige Entscheidung zu Gunsten des „slowenischen Modells“ immer stärker geworden.⁴⁰⁵

Von den durch die internationalen Organisationen wesentlich mitinitiierten „Reformen“ blieb auch das Notenbanksystem nicht verschont. Nachdem sich das jugoslawische politische System weitgehend dezentralisiert hatte,⁴⁰⁶ rief der IWF (!) nun zu mehr zentralistischer Autorität auf:

„Focusing first on the need to create a renewed capacity for effective monetary policy in the hands of an

⁴⁰² vgl. ebd., 347

⁴⁰³ vgl. Pavković 1997, 75 f.

⁴⁰⁴ vgl. Pleština 1992, 151

⁴⁰⁵ vgl. Woodward 1995, 349

⁴⁰⁶ vgl. oben, Abschnitt 2.2

independent central bank, by 1985 the IMF in particular began to insist on a strengthened federal administration as well. [...] By 1987, the IMF and the World Bank placed priority in negotiations for new loans on this political capacity for macroeconomic policy, referring to „radical surgery“ to remove the remaining socialist elements inhibiting market allocation of capital and labor.“⁴⁰⁷

Auch massiver innenpolitischer Druck blieb den Regierungen der späten 1980er-Jahre nicht erspart. Streikende ArbeiterInnen einer ehemals prosperierenden und wettbewerbsfähigen Firma marschierten im frühen Juli 1988 in Belgrad ein. Zu dieser Zeit war die Arbeitslosigkeit bei bundesweit 17% gelegen, 20% der Bevölkerung war unterbeschäftigt. Der Kosovo meldete Arbeitslosenquoten jenseits der 50%-Marke. Die katastrophale Entwicklung der immer weniger selbstverwalteten Wirtschaft bildete sich im stark reduzierten Volkseinkommen ab: Zwischen 1985 und 1988 sank das Pro-Kopf-Bruttomaterialprodukt von 3.000 US-\$ auf 2.400 US-\$ - ein Rückgang um 20% in nur drei Jahren! Die verstärkten Streikaktivitäten verhinderten die Implementierung eines weiteren vom IWF konzipierten Restriktionspakets. In dieser Stimmung konnten sich PopulistInnen wie etwa Slobodan Milošević in Serbien durchaus Zuspruch für ihre Pläne einer „neuen Ordnung“ erwarten. Milošević verstand es, die prekäre Situation im Kosovo geschickt für seine Interessen zu nutzen und argumentierte für die ausgeweitete Macht Serbiens in der kleinen Provinz und die „Wiederherstellung von Recht und Ordnung“.⁴⁰⁸ Offenbar nutzten nun AmtsträgerInnen in den Teilrepubliken ähnliche Argumentationslinien wie die Bundesregierung im Vorfeld der Verfassungsänderungen 1971, um repressive Maßnahmen zu ergreifen. Diese trafen zuerst die ArbeiterInnen. Bereits zwischen 1982 und 1983 war die Zahl der Arbeitsniederlegungen und Streiks (in ganz Jugoslawien) um 80% angestiegen, im Jahre 1987 taten 365 000 Personen offiziellen Angaben zufolge durch 1 570 Arbeitsniederlegungen ihren Unmut kund.⁴⁰⁹

Im November 1988 wurden die Pro-marktwirtschaftlichen und Effizienz-orientierten Politiken in Form konstitutioneller Zusätze in Gesetzesform gegossen. Ein Tag vor Silvester desselben Jahres reichten Premierminister Mikulić und der gesamte Bundesrat ihre Rücktritte ein – die ersten in der Geschichte einer kommunistischen Führung.⁴¹⁰ Die nächste Regierung unter Ante Marković, welcher die marktwirtschaftlich orientierten Umstrukturierungen nochmals intensivieren wollte, kam in den Augen vieler westlicher BeobachterInnen „zu spät“, um Systemveränderungen einleiten zu können. Das Beschäftigungsprogramm, das im Zusammenhang mit den Stabilisierungspolitiken umgesetzt werden wollte, brachte den Vorschlag einer dualistischen Arbeitsmarktstrategie mit sich:

⁴⁰⁷ Woodward 1995, 350

⁴⁰⁸ vgl. Pleština 1992, 152 f.

⁴⁰⁹ vgl. Woodward 1995, 353

⁴¹⁰ vgl. Pleština 1992, 154 f.

Auch der öffentliche Sektor sollte in einen hohe Löhne auszahlenden und technologisch fortgeschrittenen nördlichen Teil und einen arbeitsintensiven, schlecht bezahlenden südlichen Teil dividiert werden. Eine Zunahme des Zuflusses von Auslandsinvestitionen wurde versucht, indem die letzten Beschränkungen von Auslandsbesitz aufgehoben und die letzten Selbstverwaltungseinflüsse auf Manager-Entscheidungen erstickt worden waren. Das *Ende der ArbeiterInnenmitspracherechte und der Unterteilung von Firmen in Basisorganisationen vereinter Arbeit* wurden 1988 formell besiegelt. Die ersten offensichtlichen Massenentlassungen waren die Folge von Betriebs- und Unternehmensschließungen in zerfallenden Industrien (und damit zerfallenden Dorf- und Stadtgemeinschaften).⁴¹¹ Um die Konsequenzen der „Reformen“ für Jugoslawien als Bundesstaat deutlich zu machen, bleibt nur noch hinzuzufügen, dass

„more astounding than the formation of opposition groups and the ‚warning‘ by the presidency, was the response of Šušvar and Kučan [Vorsitzende des BdK in Kroatien bzw. Slowenien]. While both remained unwilling to legalize opposition groups, they defiantly refused to act against them. [...] It was not clear whether Slovenia’s and Croatia’s defiance signalled their support for democracy, or whether it was only an assertion of republican sovereignty; but conflict at the very top over vastly different conceptions of Yugoslav federalism had been made public.“⁴¹²

Bereits vor den kriegerischen Konflikten in den frühen 1990er-Jahren war das Selbstverwaltungsregime, ein – trotz aller struktureller Unvollkommenheiten – einmaliger Versuch, Ökonomie von der Basis der ArbeiterInnen ausgehend zu organisieren, am Ende. Diese Tatsache war in Folge des immer stärker wachsenden fiskalischen Drucks in den späten 1980er-Jahren kodifiziert worden – das erst etwa 15 Jahre zuvor grundlegend reformierte System musste abdanken. Ob die Sezession Jugoslawiens eine logische Folge der beschriebenen Entwicklungen sein musste, kann nicht an dieser Stelle erforscht werden. Zu den Entwicklungen im südosteuropäischen Raum nach 1990 gibt es jedoch eine Vielzahl an Literatur, exemplarisch seien hier Gagnon (2006) und Kuljić (2010) genannt.

⁴¹¹ vgl. Woodward 1995, 351 f.

⁴¹² Pleština 1992, 157

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Dieser abschließende Abschnitt dient dazu, die aus der Literatur gewonnenen Erkenntnisse auf die Ausgangsthese zurückzuführen. Bei der Rezeption dieser Diplomarbeit ist zu beachten, dass die Conclusio folgenden Einschränkungen unterliegt:

- Durch den Fokus auf die *industrielle* Entwicklung kommt die Betrachtung der landwirtschaftlichen Strukturen, die für die Gesellschaften in Südosteuropa bis in die 1950er-Jahre hinein prägend gewesen waren, gezwungenermaßen zu kurz.
- Wegen der überwiegenden Betrachtung von makroökonomischen Variablen (Wirtschaftswachstum; Arbeitslosigkeit; Inflation) kann vor allem für das zweite Kapitel nicht von einer systematischen Herausarbeitung von Interessensgemeinschaften und -gegensätzen einzelner sozioökonomischen Gruppen in der jugoslawischen Gesellschaft gesprochen werden.
- Keine Erkenntnisse konnten – primär wegen o. a. Einschränkung - über die Strukturen der Care-Ökonomie und der informellen Ökonomie (Schattenwirtschaft, Korruption) Jugoslawiens,⁴¹³ deren Bedeutung vor allem angesichts der verschlechterten wirtschaftlichen Lage ab Mitte der 1970er-Jahre zugenommen hatte, gewonnen werden.

Im Wesentlichen kann Weißenbacher (2003, 78) zugestimmt werden, wenn er feststellt, dass „[d]as sozialistische Jugoslawien mit seiner doppelten Strategie, die wirtschaftlich unterentwickelten Regionen zu fördern und die wirtschaftliche Macht des Staates zu dezentralisieren und damit schließlich (obwohl ursprünglich nicht geplant) beinahe zur Gänze an die Teilrepubliken und die Provinzen zu übergeben, [...] die ökonomischen Unterschiede zwischen den Regionen Jugoslawiens nicht aufheben [konnte].“ Wie in der vorliegenden Arbeit festgestellt und aus mehreren Quellen der Literatur bestätigt, hatten die im Zitat angesprochenen ökonomischen Differenzen wesentliche historische Determinanten, die auf den vergangenen Seiten ausführlicher als in anderen Darstellungen beschrieben worden sind. Um diese Determinanten im Lichte der vorangestellten Thesen zu beleuchten, können auf Basis des ersten Abschnitts die folgenden Punkte hervorgehoben werden:

- **These 1:** Unterschiedliche geografische Gegebenheiten, natürliche Ressourcen und Rollen in den jeweiligen monarchischen Reichen, denen die Regionen zugehörten, bildeten erste

⁴¹³ vgl. hierzu das Fünf-Sektoren-Modell einer Ökonomie von Gubitzer (2006)

Grundlagen für das Wohlstandsgefälle von Nord nach Süd innerhalb des späteren Jugoslawiens.

Ursprünge der Nord-Süd-Differenzen in den Gebieten des Zweiten Jugoslawiens sind in den Anfängen der Industrialisierung zu finden, die in Südosteuropa gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Rudimenten begonnen hatte. Einerseits konnten die nördlichen Regionen, vor allem die kroatischen und slowenischen Länder, aus Handel und dem damit verbundenen Aufbau immaterieller und materieller Infrastruktur profitieren. Sie waren durch die Anbindung an die K. u. K. Monarchie auch im Zugriff auf neue Technologien relativ im Vorteil. Andererseits waren die südlicheren Regionen aufgrund der geografischen Gegebenheiten sowohl im Handel als auch in der Produktion (durch einen hohen Wertschöpfungsanteil von Primärgütern), aber auch durch die Tendenzen zur Stagnation im späten Osmanischen Reich, das weite südliche Teile des späteren Jugoslawiens besetzt gehalten hatte, relativ benachteiligt.

- **These 2:** Während primär Kroatien die Idee der föderalen Integration der jugoslawischen Länder voranzutreiben versuchte, also eine politische Vereinigung ohne Vorherrschaft einer bestimmten Nation anstrebte, forderten die meisten serbischen Kräfte einen Zusammenschluss der Länder unter besonderer Stellung der serbischen Nation. Dies förderte die ökonomische Ausbeutung relativ entwickelter wie auch relativ unentwickelter Regionen zugunsten der „Zentrale“, was zu Widerstand in den ausgebeuteten Gebieten führte.

Differenzen in den Überlegungen zur Form eines ersten gemeinsamen Staates zeichneten sich vor allem zwischen Kroatien und Serbien ab. „FöderalistInnen“ waren in Kroatien stärker vertreten, „UnitaristInnen“ konnten sich in Serbien mehr Gehör verschaffen. Dies prägte die regionalen Konflikte im Königreich der SerbInnen, KroatInnen und SlowenInnen bzw. im Königreich Jugoslawien: Die zunehmend autoritäre Regierung in Belgrad war im Stande, teils massiven Widerständen zum Trotz die Ressourcen der entwickelten und der weniger entwickelten Gebiete zu ihrem Vorteil zu nutzen. Diese Entwicklung hatte jedoch den Samen für eine unterschiedlich starke, nach 1940 aber immer mächtigere, revolutionäre Bewegung gesät.

- **These 3:** Die Volksbefreiungsorganisationen hatten wegen ihrer Organisation „von unten“ in relativ peripheren Gebieten aufgrund ihrer Kampftaktik größeren Rückhalt in der Bevölkerung als in „wohlhabenderen“ Regionen. Ferner war die wirtschaftliche

Entwicklung in den Gebieten, die die größten (materiellen) Verluste zu beklagen hatten, in der Nachkriegszeit besonders dynamisch. Diese beiden Aspekte hatten Einfluss auf die späteren Muster der innerjugoslawischen Umverteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts.

Nicht nur wegen ihrer Organisationstaktik sondern auch wegen den unterschiedlichen geografischen Gegebenheiten waren es eher die ländlichen Regionen, in denen Unterstützung für die PartisanInnen besser gedeihen konnte. Doch aufgrund ihrer strategischen Bedeutung waren ebenso Gebiete mit substantieller Industrie (primär Belgrad und seine Agglomeration) im Zweiten Weltkrieg früh und schwer umkämpft. Die Erkenntnisse aus Abschnitt 1.5 sind zur Bestätigung dieser These nicht eindeutig genug. Ferner kann nicht bestätigt werden, dass jene Regionen, die im Zweiten Weltkrieg die größten Verluste zu verzeichnen hatten, während der Periode des administrativen Sozialismus besonders stark gewachsen wären. Die Verteilung des Zuwachses im Volkseinkommen erfolgte unter den Regionen des Zweiten Jugoslawien für eine gewisse Zeit recht gleichmäßig – womit jedenfalls eine Stärke des administrativen Systems bestätigt werden kann.

- **These 4:** Der Bruch mit der Stalin-UdSSR führte zu einer Intensivierung der Debatten in der KPJ, welche Rolle dem Staat im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zukommen soll. Sowohl auf Bundes- als auch auf Republikebene gab es innerhalb der KPJ Konflikte über die Pläne und das Programm der ArbeiterInnenselbstverwaltung, die sich nach den ökonomischen Krisen Anfang der 60er-Jahre noch verschärften. Die „liberalen“ AnhängerInnen der SV setzten sich durch.

Für die Entwicklung einer kodifizierten Form von ArbeiterInnenselbstverwaltung war der Bruch mit der SU auf jeden Fall ein wesentliches Antriebsmoment. In der Tat lassen sich Auseinandersetzungen über das Ausmaß von Zentralisierung (Über welche Produktions- und Verteilungsmechanismen wird auf Bundes- oder Republikebene entschieden?) und Dezentralisierung (Welche Produktions- und Distributionsentscheidungen sollen an der „Basis“, also von den ArbeiterInnen des sozialisierten Sektors selbst und in den Kommunen gefällt werden?) nachzeichnen, wobei sich die wesentlichen Konflikte zu diesem Zeitpunkt noch vor allem in der KPJ bzw. im BdKJ auf Bundesebene abgespielt hatten. Infolge des nachlassenden Wirtschaftswachstums zu Beginn der 1960er-Jahre sind tatsächlich jene gesellschaftspolitischen Kräfte gestärkt worden, die weitere institutionelle Reformen *in Richtung* Dezentralisierung gefordert hatten. In der Praxis sollten diese aber zu einem

Hervorkehren von Uneinigkeiten unter den föderalen Einheiten Jugoslawiens, vor allem zwischen den Republiken und Provinzen, führen.

- **These 5:** Große Wohlstandsgewinne und eine Veränderung der Wirtschaftsstrukturen während der ersten zwei Fünf-Jahres-Pläne (1951-1961) führten nicht zu einer substantiellen Verringerung der Einkommensschere zwischen „fortgeschrittenen“ und „rückständigen“ Regionen. Dennoch schienen sich in Jugoslawien bei den großen Verfassungsreformen 1963 und 1974 jene Kräfte durchgesetzt zu haben, die bereits den Zeitpunkt für die Förderung von mehr Eigeninitiative und SV in den Republiken und Betrieben eingetreten sahen. Dies führte rasch zu einer Fülle von Eigendynamiken in Betrieben und Regionen, die wenig mit den Ideen des Selbstverwaltungssozialismus zu tun hatten und innerhalb eines Staates nicht mehr koordiniert werden konnten.

Weder die Tatsache, dass Jugoslawien in einzelnen Jahren der 1950er-Jahre im weltweiten Vergleich höchste Raten des Wirtschaftswachstums aufzuweisen hatte noch die Kodifizierung einer ersten Form selbstverwalteter Wirtschaftsstrukturen (der Umbau politischer Strukturen konnte erst allmählich einsetzen) hatten bezüglich der Nord-Süd-Differenzen innerhalb des Landes einen angleichenden Effekt. Vor dem Hintergrund fiskalpolitischer Konzessionen der Republiken im Norden waren die südlichen Regionen bereit, die – 1963 noch eingeschränkt, in den späten 1960er-Jahren und insbesondere in den 1970er-Jahren jedoch offener hervortretenden – marktwirtschaftlichen Einschlüge bei Reformen der ArbeiterInnenselbstverwaltung zu akzeptieren. Um Maßnahmen gegen die Krisen zu beschließen, wurde die Dezentralisierung so weit getrieben, dass vor allem die Republiken, aber auch bestimmte AkteurInnen (die DirektorInnen) in den selbstverwalteten Betrieben zu eigennutzorientiertem Verhalten neigten. Doch auch die sich intensivierende Außenabhängigkeit Jugoslawiens durch zunehmende Verschuldung und die Einbindung in den westlich-kapitalistischen Weltmarkt lassen sich neben intern fehlenden Selbstverwaltungs-Koordinationsinstrumenten als Faktoren identifizieren, welche den Motor des dem Anspruch nach selbstverwalteten Systems immer stärker ins Stottern brachten.

Das zweite Kapitel der Arbeit war dem Schwerpunkt der Ausleuchtung von Nord-Süd-Differenzen innerhalb Jugoslawiens nach Verabschiedung der letzten Verfassung im Jahre 1974 gewidmet. In Bezug darauf kann im Rückgriff auf die oben formulierten Thesen folgendes festgehalten werden:

- **These 6:** Da keine genügenden Wege zur Auflösung regionaler Disparitäten innerhalb

Jugoslawiens gefunden werden konnten, arbeiteten insbesondere die nördlichen Republiken (Slowenien, Kroatien) auf eine stärker autonome Stellung in der Föderation hin. Dazu trug auch die zunehmende Außenabhängigkeit ihrer regionalen Ökonomien von Deutschland und Österreich bei. In den benachteiligten Regionen manifestierten sich die Stagnationstendenzen des jugoslawischen Wirtschaftsmodells der 70er-Jahre besonders stark. Dies förderte auch dort desintegrative Kräfte und trug nicht zur Kohäsion der Volkswirtschaft bei.

Einerseits waren vor allem Kroatien und Slowenien, als auch deren regionale Ökonomien die Auswirkungen der Rezession 1973/74 zu spüren bekamen, immer weniger zufrieden damit, Mittel für die innerjugoslawische Umverteilung bereit zu stellen. Andererseits war bis in die frühen 1980er-Jahre bei wesentlichen Gesetzesänderungen über Kompromisse der Konsens aller Beteiligten im Bundesrat (als höchstem Legislativorgan in der SFRJ) hergestellt worden. Die Außenabhängigkeit *aller* jugoslawischen Regionen (ob speziell von Deutschland und Österreich, konnte nicht beobachtet werden) war schon alleine dadurch gegeben, dass sie in einem Bundesstaat zusammengeschlossen waren und ein relativ geringer Anteil des jugoslawischen Handels innerhalb des Landes abgewickelt worden war. In der Tat waren die regionalen Disparitäten in der zweiten Hälfte der 1970er und besonders in den 1980er-Jahren gewachsen. Ein Beispiel für den gewaltsamen Ausdruck dieses Faktums waren die Konflikte im Kosovo, die nach 1968 immer wieder angefacht worden waren.

- **These 7:** Bereits in der Nachkriegszeit war bzgl. Annahme von Hilfszahlungen eine gewisse Orientierung gen „Westen“ festzustellen. Die negative Außenhandelsbilanz und die u. a. darauf folgende Verschuldung bei „westlichen“ KreditgeberInnen führte jedoch erst in den 70er-Jahren über eine Form von Strukturanpassungsprogrammen dazu, dass der ArbeiterInnenselbstverwaltung wichtige Instrumente der Wirtschaftspolitik aus der Hand genommen wurden. Die Widersprüche zwischen neoliberaler Konjunkturbeeinflussung und den Methoden der SV führten zu intensiven sozialen Widerständen in den meisten Regionen Jugoslawiens, die sich vorwiegend nationalistisch und desintegrativ äußerten.

Schon nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die DFJ/FNRJ Hilfe aus dem Marshall-Plan in Anspruch genommen. Die fiskalischen Lücken, die sich indirekt wegen der Außenhandelsdefizite, aber ebenso indirekt wegen den überzogenen Steigerungen der ArbeiterInneneinkommen ergeben haben (für Mittel, die auf Betriebs- oder

Republikenebene nicht gedeckt werden konnten, wurde Bedarf angemeldet, der mit Krediten aus dem Ausland befriedigt worden war), konnten eine wahrlich unabhängige Selbstverwaltung nicht zur Entfaltung kommen lassen. An dieser Stelle sei auf die Verteilungsprobleme der jugoslawischen Volkswirtschaft (in Abschnitt 2.2 behandelt) verwiesen. Die 1980er-Jahre waren von hoher Inflation, steigender Arbeitslosigkeit und Strukturanpassungsprogrammen der Marke IWF und Weltbank geprägt. Die stärksten konservativen Kräfte fanden sich noch in der Armee, in der die serbische Bevölkerung stark überrepräsentiert war. Die Behandlung von Desintegration und Nationalismus im Rahmen des späten Jugoslawiens konnte im Rahmen dieser Arbeit aber nicht mehr erfolgen.

Literatur

- Aleksić, Boža (1979). Jugoslawien. Tatsachen, Bundessekretariat für Informationen: Belgrad.
- Amin, Ash (Hrsg.) 1994. Post-Fordism. A Reader, Cambridge/Oxford.
- Andjelković, Aleksandar (1978). Theorie und Praxis der betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung und der Einkommensverteilung (Diplomarbeit), Wien.
- Aschenbrenner, Jörg et al. (2009). Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens, AV+Astoria: Wien.
- Baletić, Zvonimir/Baučić, Ivo (1979). Population, Labour Force and Employment in Yugoslavia 1950 – 1990. Forschungsbericht Nr. 54, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Wien.
- Banac, Ivo (2007). Jugoslawien 1918-1941, in: Melčić, Dunja (Hrsg.). Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Becker, Joachim (2002). Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Metropolis: Marburg.
- Becker, Joachim (2009). Anatomie der Sozialismen. Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, in: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hrsg.) (2009). Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Promedia: Wien.
- Becker, Joachim et al. (2007). Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung, in: Becker, Joachim et al. (Hrsg.) (2007). Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat, Mandelbaum: Wien.
- Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hrsg.) (1997). Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Berlin/Hamburg.
- Behschnitt, Wolf Dietrich (1976). Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914. Analyse und Typologie der nationalen Ideologie (Dissertation), Köln.
- Bićanić, Rudolf (1972). Turning Points in Economic Development. Mouton: Den Haag/Paris.
- Boarov, Dimitrije (2007). Vojvodina, in: Melčić, Dunja (Hrsg.). Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Bošković, Blagoje/Dašić, David (1980). The Inception of Socialist Self-Management. 1950-1963, in: Dieselben (Hrsg.). Socialist Self-Management in Yugoslavia. 1950-1980. Documents, Socialist Thought and Practice: Beograd. 51-8
- Bourdieu, Pierre (2010). Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2, UVK Verlagsgesellschaft: Konstanz.
- Burger, Willem/Kester, Gerard/den Ouden, Guus (1977). Self-Management and Investment Control in Yugoslavia. An explanatory investigation, Institute of Social Studies: Den Haag.
- Cardaklija, Abida (2001). Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung von Bosnien & Herzegowina. Eine wirtschaftsgeographische Analyse mit Fallstudien (Diplomarbeit), Wien.
- Central Intelligence Agency (CIA) (1970). Intelligence Report. Yugoslavia: The outworn structure.
- Chang, Ha-Joon (2006). The East Asian Development Experience. The Miracle, the Crisis and the Future, Third World Network/Zed Books: Penang/London/New York.
- Collier, Paul (2007). The Bottom Billion. Why the Poorest Countries Are Failing and What Can Be Done About It, University Press: Oxford.
- Cvjetičanin, Veljko (1971). Die Entwicklung der Selbstverwaltung in Jugoslawien, in: Supek, Rudi/Bošnjak, Branko

- (Hrsg.). Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus, Europa Verlag: Wien/Frankfurt/Zürich.
- Dilas, Milovan (1973). Der junge Revolutionär. Memoiren 1929-1941, Molden: Wien/München.
- Djeković-Sachs, Liliana (1994). Währungsunion und Notenbankpolitik in Jugoslawien. Ein Lehrstück für Europa, LDV: München.
- Drulović, Miloško (1972). Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand. Erfahrungen in Jugoslawien, J. H. W. Dietz Nachf.: Berlin/Bonn-Bad Godesberg.
- Fehr, Ernst (1986). Ökonomische Theorie der selbstverwalteten Unternehmung (Dissertation), Wien.
- Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (2008). Einleitung, in: Dieselben (Hrsg.). Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, Mandelbaum: Wien.
- Gagnon, Valère Philip (2006). The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s, Cornell University Press: Ithaca.
- Gerschenkron, Alexander (1973). Wirtschaftliche Rückständigkeit in historischer Perspektive, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Geschichte und Ökonomie. Kiepenheuer & Witsch: Köln.
- Goldstein, Slavko (2007). Der Zweite Weltkrieg, in: Melčić, Dunja (Hrsg.). Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Graovac, Igor (2007). Menschenverluste durch Kriegseinwirkung, in: ebd.
- Gubitzer, Luise (2006). Wirtschaft ist mehr! Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit, in: Widerspruch, Nr. 50/06.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986). Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg.
- Hirschman, Albert (1965). Entwicklungshindernisse: Wie man sie klassifizieren und gleichsam wegzaubern kann, in: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hrsg.) (2008). Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, Mandelbaum: Wien.
- Horvat, Branko (1964). Towards a Theory of Planned Economy. Yugoslav Institute of Economic Research: Beograd.
- Horvat, Branko (1972). Die jugoslawische Gesellschaft. Ein Essay, Suhrkamp: Frankfurt am Main.
- Kardelj, Edvard (1979). Die Wege der Demokratie in der sozialistischen Gesellschaft. Europäische Verlagsanstalt: Köln/Frankfurt am Main.
- Kidrić, Boris (1948). The (basic) law on state economic enterprises. Jugoslavenska Knjiga: Beograd.
- Kuljić, Todor (2010). Umkämpfte Vergangenheiten. Die Kultur der Erinnerung im postjugoslawischen Raum, Essay, Verbrecher: Berlin.
- Lemân, Gudrun (1976). Das jugoslawische Modell. Wege zur Demokratisierung, Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main/Köln.
- Madžar, Ljubomir (1992). The Economy of Yugoslavia: Structure, Growth Record and Institutional Framework, in: Allcock, John/Horton, John/Milivojević, Marko (Hrsg.). Yugoslavia in Transition. Choices and Constraints, Berg: New York/Oxford.
- Mandel, Ernest (1971). Einleitung von Ernest Mandel, in: Derselbe (Hrsg.). Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Selbstverwaltung. Eine Anthologie, Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main.

- Margold, Stella/Woods, George (1967). Yugoslavia's New Economic Reforms, in: *American Journal of Economics & Sociology* Vol. 26, No. 1. 65-78
- Marx, Karl (1872). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Ungekürzte Ausgabe nach der zweiten Auflage von 1872*, Voltmedia: Paderborn.
- Meier, Viktor (2007). Der Titostaat in der Krise: Jugoslawien nach 1966, in: Melčić, Dunja (Hrsg.). *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage*, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Melčić, Dunja (2007). *Der Jugoslawismus und sein Ende*, in: ebd.
- Menzel, Ulrich (1993). 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.). *Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme, Theorien, Strategien (Band 1)*, Bonn.
- Pavković, Aleksandar (1997). *The Fragmentation of Yugoslavia. Nationalism in a Multinational State*, Macmillan: Basingstoke/London.
- Pleština, Dijana (1992). From ‚Democratic Centralism‘ to Decentralized Democracy? Trials and Tribulations of Yugoslavia's Development, in: Allcock, John/Horton, John/Milivojević, Marko (Hrsg.). *Yugoslavia in Transition. Choices and Constraints*, Berg: New York/Oxford.
- Pokrovac, Zoran (2007). Sozialistische Reformen am Fall „Jugoslawiens“ und sozialistische Konstruktion der Wirklichkeit, in: Boyer, Christoph (Hrsg.). *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*, Klostermann: Frankfurt am Main.
- Pomeranz, Kenneth (2000). *The Great Divergence. China, Europe and the Making of the Modern World Economy*, Princeton University Press: Princeton/Oxford.
- Prebisch, Raúl (1984). Five Stages in My Thinking on Development, in: Meier, Gerald/Seers, Dudley (Hrsg.). *Pioneers in Development*. New York.
- Pusić, Eugen (1969). Territorial and Functional Administration in Yugoslavia, in: *Administrative Science Quarterly* Vol. 14, Issue 1. 62-72
- Radak, Stevan (2007). *Die Arbeiterselbstverwaltung in der jugoslawischen Wirtschaft der Jahre 1957 bis 1985 vor dem Hintergrund sozialistischer Wirtschaftstheorien des 19. Jahrhunderts (Diplomarbeit)*, Wien.
- Roberts, Walter (1973). *Tito, Mihailović and the Allies, 1941-1945*. Rutgers University Press: New Brunswick/New Jersey.
- Roggemann, Herwig (1970). *Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien*. Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main.
- Rosenstein-Rodan, Paul (1944). Die internationale Entwicklung ökonomisch rückständiger Gebiete, in: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hrsg.) (2008). *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*, Mandelbaum: Wien.
- Rostow, Walt Whitman (1960). Die fünf Wachstumsstadien – eine Zusammenfassung, in: ebd.
- Röttger, Bernd (2011). Theoretische und praktische Probleme der Organisation anti-kapitalistischer Übergänge, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 1/2011, Sonderzahl: Wien.
- Singleton, Fred/Carter, Bernard (1982). *The Economy of Yugoslavia*. St. Martin's Press: New York.
- Solow, Robert (1956). A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics* Vol. 70, No. 1. 65-94
- Steindorff, Ludwig (2007). Zwischen Aufbruch und Repression: Jugoslawien 1945-1966, in: Melčić, Dunja (Hrsg.). *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage*,

Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Stiglitz, Joseph (1999). Volkswirtschaftslehre. Zweite Auflage, Oldenbourg Verlag: München/Wien.

Stransky, Kajetan (2009, unveröffentlicht). Die Strukturanpassungsprogramme und deren Implikationen für die Entwicklungsperspektiven Simbabwe (Bachelorarbeit), Wien.

Supek, Rudi (1970). Problems and Perspectives of Worker's Selfmanagement in Yugoslavia, in: Broekmeyer, Marius (Hrsg.). Yugoslav Workers' Selfmanagement. Proceedings of a symposium held in Amsterdam, 7-9 January, 1970. D. Reidel Publishing: Dordrecht.

Sywottek, Arnold (1982). Genossenschaften oder Die konkrete Utopie der „kleinen Leute“, in: Haupt, Heinz-Gerhard et al. (Hrsg.). Jahrbuch Arbeiterbewegung 1982. Selbstverwaltung und Arbeiterbewegung, Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main.

Trost, Peter (2001). The interdependency between national economic performance and national security: Case studies in the region of the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia (Diplomarbeit), Wien.

Trotzki, Leo (1905/1971). Die Sowjets von 1905, in: Mandel, Ernest (Hrsg) (1971). Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Selbstverwaltung. Eine Anthologie, Europäische Verlagsanstalt: Frankfurt am Main.

Vodopivec, Peter (2007). Slowenien, in: Melčić, Dunja (Hrsg.). Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.

Ward, Benjamin (1968). Political Power and Economic Change in Yugoslavia, in: American Economic Review Vol. 58, No. 2. 568-79

Weißbacher, Rudy (2005). Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration, Promedia: Wien.

Weißbacher, Rudy (2003). Zwischen den Nationen. Zur politischen Ökonomie der Desintegration Jugoslawiens (Dissertation), Wien.

Weissenbacher, Rudy (2009). Sozialismus in Jugoslawien. Die Selbstaflösung des Entwicklungsstaats, in: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (Hrsg.) (2009). Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Promedia: Wien.

Wheeler, Mark C. (1980). Britain and the War for Yugoslavia, 1940-1943. Columbia University Press: New York.

Woodward, Susan L. (1995). Socialist Unemployment. The Political Economy of Yugoslavia 1945-1990, Princeton University Press: Princeton/New Jersey.

Wunderlich, Volker (1980). Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung. KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik mit dem Beispiel Solingen, Peter Hammer: Wuppertal.

Zakošek, Nenad (1984). Staat und Selbstverwaltung in Jugoslawien. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in einer sozialistischen Gesellschaft am Beispiel jugoslawischer Investitionspolitik (Dissertation), Berlin.

Internetquelle:

<http://www.gbwwien.at/article859.htm>, abgerufen am 8. 12. 2011

Anhang

Abstract (Deutsch)

Ein Ziel dieser Diplomarbeit ist es, einige Gründe für die Nord-Süd-Differenzen innerhalb des Zweiten Jugoslawiens herauszuarbeiten. 1974 war die letzte große Verfassungsreform erfolgt, welche zentrale Elemente des bereits seit den frühen 1950er-Jahren aufgebauten, polit-ökonomischen Systems der ArbeiterInnen selbstverwaltung modifizieren sollte. Diese letzte Verfassung konnte keine Impulse für das Schließen der Wohlstandskluft zwischen nördlichen (Kroatien, in geringerem Ausmaß Serbien und die Vojvodina, Slowenien) und südlichen Regionen (in geringerem Ausmaß Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro) der SFRJ (Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien) setzen. Die Wurzeln dieser Kluft wiederum sind in den Unterschieden der frühen Industrialisierung zu finden. Die Differenzen zogen sich bis zum Sieg der PartisanInnenarmee und der Volksbefreiungsbewegung im Jahre 1945 – in leicht schwankender Stärke – durch. Die geringste Politisierung von Wohlstandsunterschieden lässt sich für Ende der 1950er-Jahre feststellen: Bis dahin war es dem in vielerlei Hinsicht noch administrativ gelenkten Selbstverwaltungssozialismus gelungen, die Früchte des Wirtschaftswachstums (welches mitunter beträchtliche Ausmaße annahm) recht gleichmäßig unter den diversen Regionen des bis 1963 so heißen DFJ (Demokratischen Föderativen Jugoslawiens) zu verteilen. Bereits in den 1960er-Jahren geriet das Wachstumsregime ins Stocken, was einen Impuls für Reformen des 1952 erstmals in Verfassungsrang erhobenen Selbstverwaltungsregimes setzte: Bundesstaatliche Kompetenzen in der Wirtschaftspolitik wurden auf Teilrepubliken und Unternehmen übertragen. Hinzu kamen zu Beginn der 1970er-Jahre verstärkt Äußerungen nationalen Selbstbewusstseins in Teilrepubliken und Provinzen sowie die Rezession 1973/74. Die letzten „Systemgesetze“ von 1976 sahen den weiteren Ausbau der Selbstverwaltung auf Basis freiwilliger Absprachen zwischen staatlichen Körperschaften und/oder Unternehmen vor, ohne geeignete Koordinationsmechanismen zu benennen. Auch die wachsende Außenabhängigkeit der SFRJ (Außenhandelsschwierigkeiten; Auslandsverschuldung) erwies sich als Hemmschwelle für das modifizierte Selbstverwaltungsregime und somit für die Annäherung oder zumindest abwesende Vergrößerung der Nord-Süd-Ungleichheiten im Zweiten Jugoslawien. 1988 endete formell das historisch einmalige Experiment, einen „Dritten Weg“ als Alternative zum Markt- oder Staatskapitalismus zu beschreiten.

Abstract (Englisch)

An aim of this diploma thesis is to search for some of the foundations of differences between northern and southern regions within the Second Yugoslavia. In 1974, the last fundamental constitutional reform to modify main elements of the political-economic system of workers self-management, built up since the early 1950s, has been managed. This last constitution could not create any impulses for closing the differences in welfare between northern (Croatia, Slovenia and, to a lesser extent, Serbia and the Vojvodina) and southern regions (Kosovo, Macedonia, Montenegro and, to a lesser extent, Bosnia-Herzegovina) of the SFRY (Socialist Federative Republic of Yugoslavia). The roots of these differences are, however, to be found in the inequalities of early industrialization and, in a slightly varying intensity, they amounted to a constant factor until the victory of the partisan army and the people's liberation movement in 1945. The lowest level of politicization of welfare differences can be diagnosed for the ending 1950s: Until then, self-managed socialism has been able to distribute the fruits of the welfare gains (which, in this period, were mostly very large) relatively equally across the different regions of the - until 1963 so-called - DFY (Democratic Federative Yugoslavia) – relying thereby on a considerable extent of administrative regulation. Already in the 1960s, the growth regime began to stuck, creating an impulse for reforms of the self-management regime which has been promoted to constitutional form for the first time in 1952. Newly, considerable federal competencies in economic policy have been transferred to the republics and companies. At the beginning of the 1970s, articulation of national self-confidence in republics and provinces as well as the recession 1973/74 came along with the mentioned developments in policy-making. The last “systemic laws“ of 1976 tried to further establish self-managed economic relationships on the basis of voluntary agreements between state entities and/or companies without naming suitable mechanisms of coordination. Furthermore, the growing dependency of the SFRY from outside (foreign debt; foreign trade difficulties) turned out to be a substantial burden for the modified regime of self-management and, for that, the closing or, at least, not further growing gap between northern and southern regions within Second Yugoslavia. Formally, in 1988, the historically unique experiment of implementing a conception of a “third way“ as an alternative to market or state capitalism has been coming to an end.

LEBENS LAUF

Vor- und Nachname, Titel: Kajetan Stransky, BSc
E-Mail-Adresse: kajetan.stransky@wu.ac.at
Geburtsort: Bregenz
StaatsbürgerInnenenschaften: Österreich, Tschechische Republik

Bildungsweg

ab 03/2007: **Diplomstudium der Politikwissenschaft** an der Universität Wien
ab 09/2009: **Masterstudium der Volkswirtschaftslehre** an der WU Wien
09/2006-09/2009: **Bachelorstudium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften** an der WU Wien; Abschluss: Bachelor of Science (BSc)

Publikationen

Stransky, Kajetan (2011). Ideas, Possibilities and Limitations of Sustainable Economic Policy – the Example of Ecological Economics. EUGOV Working Paper No. 30, Institut Universitari d'Estudis Europeus: Bellaterra (Barcelona).

Stransky, Kajetan (2010). A Critical Contribution to the „Growth Paradigm“, in: Hlaváček, Jiří et al. (Hrsg.). Towards a Green Economy. Young Researchers Perspective, Litomyšl Seminar Publishing: Praha.

Konferenzteilnahmen

VIth Annual International Scientific Meeting des Instituti Alb-Shkenca an der Universität Prishtina (September 2011)

12th International Conference on Environmental Economics, Policy and International Relations an der Wirtschaftshochschule in Prag (Oktober 2010)

Berufserfahrung

seit 05/2010: **Wissenschaftlicher Assistent** am Industriewissenschaftlichen Institut (IWI) mit Sitz in Wien
09/2011-11/2011: **Tutor** am Institut für Arbeitsmarkttheorie und –politik an der WU Wien
02/2011-07/2011: **Tutor** am Institut für Finanzwissenschaft und öffentliche Wirtschaft an der WU Wien

Wien, im Jänner 2012